

# Preussische Allgemeine



75 Jahre

Nr. 33 · 15. August 2025

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 4,40 €



## Der rot-grüne Triumph

Hundert Tage nach dem Start der neuen Bundesregierung wird immer deutlicher, wer die Richtlinienkompetenz im Lande hat. Der Kanzler ist es nicht **Seiten 1, 3 und 8**



**Interview** Raffelhüschchen beklagt fehlenden Willen zu nötigen Reformen **Seite 7**



**Geschichte** Wie Alaska idealer Treffpunkt für Putin und Trump wurde **Seite 11**

BILDER: SHUTTERSTOCK.COM; PICTURE ALLIANCE/DPA | GREGOR FISCHER, WIKIMEDIA

VON JENS EICHLER

### GEFÜHLTE SCHATTENREGIERUNG

## Glückwunsch zu 100 Tagen Kanzlerschaft, Herr Klingbeil!

Kanzler Merz macht anscheinend, was der Vizekanzler will. Aus Opportunismus, aus Angst ums Amt und mangels Alternativen. Ein Drama in acht Akten

Friedrich Merz war für viele Wähler der konservative CDU-Hoffnungsträger nach über drei Jahren Ampeldesaster. Doch seit der überraschenderweise nur knapp gewonnenen Bundestagswahl wird er immer mehr zum Protagonisten eines Dramas, bei dem er nur noch eine Nebenrolle zu spielen scheint. Für Hauptrolle, Regie und Drehbuch hat sich ein ganz anderer in Stellung gebracht: SPD-Vizekanzler Lars Klingbeil. Er ist in Wahrheit derjenige, der im Schatten von Merz die Fäden zieht und seinen Kanzler von einem gebrochenen Wahlversprechen zur nächsten rotgefärbten Entscheidung treibt, die bei Wählern, Unionsanhängern und -parteimitgliedern nur noch Kopfschütteln und ungläubige Fassungslosigkeit hervorruft. Die Richtlinienkompetenz eines Bundeskanzlers liegt somit bei Klingbeil, während er Merz brav Männchen machen lässt. Zusammen schreiben die beiden ein deutsches Drama in acht Akten:

**Akt 1:** Kaum begonnen, verspielt Merz mühsam aufgebautes Vertrauen im Namen der Transparenz. Die „551 Fragen“ über zweifelhaftes, vom Bund finanzierte linke NGOs wurden stillschweigend wieder einkassiert. Ein Rückzug ohne Debatte. Man will die SPD als wohl einzigen möglichen Koalitionspartner nach dem Brandmauerbau nicht verärgern. Führungsstärke und ein angekündigter Kampf gegen Links sieht anders aus.

**Akt 2:** Merz leistet beim Thema Haushaltsdisziplin ganze Arbeit – aber in verkehrter Richtung. Das Versprechen zum Erhalt der Schuldenbremse wird gebrochen – Klingbeil freut sich. All das in einem Klima, in dem die Bürger besorgt sind, wegen steigender Inflation, steigender Zinsen, steigender Lebenshaltungskosten. Wer sich in den Zeiten für mehr Staatsschulden ausspricht, trotz ständig anderer Beteuerungen, der handelt nicht konservativ, sondern nach SPD-Willen.

**Akt 3:** Die Ampel schüttete beim unstrittenen Bürgergeld Milliarden an Haushaltsgeldern aus – auch an solche, die das Geld nicht verdient haben. Merz wollte das beenden. Bewegt hat er in Wahrheit nichts. Im Gegenteil: Die Ausgaben steigen sogar noch. Statt seines einst angekündigten klaren „Nein“ folgt ein stilles „meinetwegen“, aber bitte nicht laut drüber reden, damit sich niemand aufregt.

**Akt 4:** Im Koalitionsvertrag ist vage von Digitalisierung, Entbürokratisierung und Effizienz die Rede. In Wahrheit erleben wir: mehr Behörden, mehr Zuständigkeiten, mehr Formulare. Alles heiße Luft und Rauch um nichts? Der Kanzler, dem nachgesagt wurde, klare Strukturen zu schaffen, lässt sich ersticken vom Verwaltungsdschungel statt ihn auszulichten.

**Akt 5:** Auf der Bundesebene fehlen die klaren, strikten Entscheidungen gemäß der vor der Wahl gemachten Versprechungen zur Migrationspolitik. Stattdessen zusätzliche Charterflüge, um noch mehr Afghanen ins Land zu holen. Klare Kante, klare Linie? Nicht bei Merz, dafür bei Klingbeil, der sich auch bei diesem Thema wieder durchsetzt.

**Akt 6:** Ein ganz dickes Ding – die Wahl der Bundesverfassungsrichter. Unionskandidaten? Blockt Klingbeil? Seine Vorschläge: zwei Linksaußen als fiese Falle. Und die Merz-Truppe tappt rein, aber so richtig. Der Test für Konsensfähigkeit im Bundestag wird zum Abgang mit peinli-

chem Gekrampfe. Wieder zeigt Merz, dass er entscheidende Themen weder für sich entscheiden noch durchboxen kann.

**Akt 7:** Es kommt noch schlimmer. In der großen Debatte im Bundestag mit dem Thema Abtreibung antwortet der Kanzler auf die Frage der AfD-Abgeordneten von Storch, ob er eine Kandidatin guten Gewissens zur Verfassungsrichterin wählen könne, die dem ungeborenen Leben die Menschenwürde abspreche und es auch noch kurz vor der Geburt abtreiben lassen würde, mit einem klaren Ja. Mehr als ein Tiefschlag für jeden christlich geprägten Menschen und zugleich für viele Mitglieder einer christlichen Partei. Es ist in der Diskussion um die SPD-Kandidatin Brosius-Gersdorfer nichts als purer Opportunismus und das nächste Besänftigungsgeschenk an Klingbeil und Co.

**Akt 8:** Und jetzt als Sahnehäubchen des Unerträglichen der Waffenlieferstopp an Israel. Schamlose Mutlosigkeit im Angesicht einer beinahe schon schleimigen Solidarität zum kleinen 13-Prozent-Koalitionspartner. Denn spätestens hier wird klar: Merz lässt sich auf einen außenpolitischen Rückzieher ein. Nach Absprache mit wem? Natürlich mit Klingbeil. Nicht mit CSU-Chef Söder, nicht mit dem Kabinett, nicht mit anderen Unions-Führungspersonlichkeiten. Es ist ein Hauruck-Rückzug als folgenschwere „Hab-mich-wieder-lieb“-Geste an die Abhängigkeit von seinem Vize-Kanzler.

Dabei hätte ein Kanzler Merz gerade bei diesem Thema Zeichen setzen und Stärke beweisen können – und müssen. Doch die oft und viel beschworene deutsche Staatsraison, dass Deutschland fest an Israels Seite steht, ist nun zur bloßen Floskel verkommen.

Und so hat es Merz nach 100 Tagen geschafft, aktuell noch unbeliebter als sein Vorgänger Scholz zu sein. Klar, es ist ja mittlerweile eine SPD-Revue und keine Merz-Show. Der Vizekanzler, auf Platz 4 der SPD-Landesliste, mit etwa 16 Prozent der Stimmen bei der letzten Bundestagswahl, steuert das Regierungsschiff „Deutschland“, während Merz nur unkontrolliert paddelt – zögerlich und auf den Mast mit SPD-Segel starrend.

Was bleibt, ist eine Zerreißprobe zwischen Profil und Opportunismus. Viel Angst um den eigenen Posten, wenig Mut zur Politik. Statt konservativer Führung mit Kompetenz erleben wir eine Blaupause Merkelscher Machtvermeidung – ergänzt durch einen opportunistischen Kanzler, der sich nicht zutraut, seine Koalitionspartner zu führen, statt sich permanent in ihrem Sinne zu arrangieren. Für Schattenkanzler Klingbeil steht der Titel des Dramas fest: „Der mit dem Merz tanzt!“ Merz selbst ist sich noch unsicher. Er präferiert den Song zum Untergang der Titanic: „My Heart Will Go On.“ Er will sich aber noch mit Klingbeil abstimmen, ob er den Titel genehmigt. Der soll ihm ja gefallen ...

### IN DIESER AUSGABE

**Politik**  
Warum den Grünen im Osten der üble Mief der SED anhängt **Seite 4**

**Kultur**  
Ein Westpreuße und sein legendäres Kuss-Foto vom New Yorker Times Square **Seite 9**

**Das Ostpreußenblatt**  
Litauen fördert das Gedenken an den Dichter Christian Donelaitis **Seite 13**

**Lebensstil**  
Schrieb Musikgeschichte: Mit Ozzy Osbourne starb ein Stück Rock-Epoche **Seite 21**



**Lesen Sie die PAZ** auch auf unserer Webseite **paz.de**



ZKZ 05524 – PVST. Gebühr bezahlt

**China** lässt keine Gelegenheit ungenutzt, um von den Konflikten auf der Welt auch militärisch zu profitieren. Im Ukrainekrieg könnte Peking ein heimliches Doppelspiel aufführen, das Moskau sowohl stärkt als auch schadet

## Ein lehrreicher Krieg

Die Volksrepublik unterstützt Russland im Ukrainekrieg – und lernt dabei viel über westliche Militärtechnik

VON WOLFGANG KAUFMANN

Trotz massiver westlicher Sanktionen, welche genau dies verhindern sollen, konnte Russland seine Drohnenproduktion im bisherigen Verlauf des Jahres 2025 nahezu verdreifachen. Dadurch erhalten die russischen Streitkräfte in der Ukraine nun beispielsweise 500 Kamikaze-Drohnen des Typs Garpiya-A1 pro Monat. Diese Flugkörper kommen unter anderem als „Köderdrohnen“ zum Einsatz, um die ukrainische Luftabwehr auszumanoevrieren. Jetzt mehren sich die Hinweise darauf, dass der Hersteller IEMZ Kupol im udmurtischen Ischewsk restlos alle Komponenten für die Garpiya-A1 aus der Volksrepublik China bezieht, wobei die Lieferkette akribisch getarnt ist.

Die Produktion der Motoren, Steuerungselemente und sonstigen Bauteile erfolgt in chinesischen Unternehmen, zu denen die CUAV Tech Inc. in Guangzhou zählt, welche Navigationsmodule fertigt. Danach werden die Drohnenbestandteile von Firmen wie der Beijing Xichao International Technology & Trade Co. Ltd. über die russischen Zwischenhändler SMP-138 und LIBSS nach Ischewsk geliefert. In den Frachtpapieren mutieren die militärischen Güter dabei zu „Kühlaggregaten“ und „elektronischen Ausrüstungen für die Industrie“.

Details hierzu veröffentlichte die internationale Nachrichtenagentur Reuters am 23. Juli nach umfangreichen Recherchen, bei denen sie sich unter anderem auf den ukrainischen Militärgeheimdienst HUR stützte. Dieser fand die chinesischen Drohnenbauteile in etlichen Garpiya-A1-Wracks, welche der kompletten Zerstörung entgingen.

### Chinesische Drohnenkomponenten

Doch damit nicht genug: Nach Erkenntnissen des HUR werden jetzt zunehmend auch chinesische Minicomputer vom Typ Leetop A203 in autonome russische Angriffsdrohnen eingebaut, um eine auf Künstlicher Intelligenz beruhende Zielauswahl zu ermöglichen. Des Weiteren liefert China Spulen mit faseroptischen Leitungen von bis zu 50 Kilometern Länge für ferngesteuerte Drohnen, welche der Gegner nicht durch Störsignale ausschalten kann. Ebenso erhielten die

Streitkräfte Moskaus neue chinesische Lasersysteme zum Abschuss feindlicher Drohnen. Außerdem entdeckte der HUR chinesische Komponenten in bestimmten Billig-Marschflugkörpern und Tarnkappen-Marschflugkörpern.

Dennoch behauptet Peking weiterhin steif und fest, im Ukraine-Konflikt eine neutrale beziehungsweise „strategisch ausgeglichene“ Haltung einzunehmen. Die aus Estland stammende Außenbeauftragte der Europäischen Union, Kaja Kallas, quittierte dies mit den Worten: „China kann nicht gleichzeitig Russland unterstützen und ein verlässlicher Partner für Europa sein.“ Daraufhin entgegnete der chinesischen Außenminister Wang Yi bei einem Treffen mit den Gesandten der Europäischen Union und deren Mitgliedsstaaten in Brüssel auf ungewöhnlich offene Weise: „China kann sich eine Niederlage Russlands nicht leisten.“ Damit spielte er auf den Umstand an, dass ein geschlagenes Russland keine Gefahr mehr

für die USA wäre, was Washington ermöglichen würde, China im indopazifischen Raum deutlich stärker als bisher unter Druck zu setzen. Das wiederum könnte das Ende der Ambitionen Pekings sein, die „abtrünnige“ Inselrepublik Taiwan mit militärischen Mitteln in die Volksrepublik einzugliedern.

### Vorübung für Kampf um Taiwan?

Dass die Absicht zur Annexion Taiwans besteht, legt eine weitere Form der chinesischen Verwicklung in den Ukraine-Konflikt nahe. Augenscheinlich betrachtet Peking das Schlachtfeld in Osteuropa als „blutiges Klassenzimmer“, in dem man lernen kann, wie ein moderner Krieg geführt werden muss. Immerhin hat die Volksbefreiungsarmee seit den ebenso kurzen wie verlustreichen Grenzschermüßeln mit Vietnam Anfang 1979 keine Kämpfe gegen einen ernst zu nehmenden Gegner mehr ausgefochten. Daher schickt die Pekinger Führung nun etliche Ge-

heimdienstmitarbeiter und Offiziere aus Eliteeinheiten aller Waffengattungen nach Russland oder ins Kampfgebiet in der Ukraine, um dort Erfahrungen zu sammeln und realitätsnahe Schulungen zu durchlaufen – laut der ukrainischen Wochenzeitung „Kyiv Post“ liegt die Zahl der Abkommandierten inzwischen bei mindestens 600. An der Front sollen die Angehörigen der Volksbefreiungsarmee unter anderem die Möglichkeiten zur Ausschaltung westlicher Waffensysteme studieren.

Enthüllungen der „New York Times“ zufolge haben manche chinesischen Militärs sogar Sondergenehmigungen erhalten, die ihnen Zugang zu sensiblen militärischen Einrichtungen in Russland verschaffen. Dass Moskau sich derart tief in die Karten schauen lässt, zeigt die Abhängigkeit Russlands von den chinesischen Lieferungen militärischer Güter und der Unterstützung Pekings auf dem internationalen Parkett.



Reste eines russischen Marschflugkörpers vom Typ Ch-101 Kodiak, der in der Ukraine eingeschlagen ist: Laut ukrainischem Geheimdienst stammen einige der elektronischen Komponenten aus China  
Bild: imago/Pond5 Images

### RUSSISCH-CHINESISCHE BEZIEHUNGEN

## Der gehasste Freund oder ein geliebter Feind?

Russischer Geheimdienst verbreitet Zweifel an der Freundschaft von Peking – Es könnte sich um eine Täuschungsaktion handeln

Auf den ersten Blick stehen sich Moskau und Peking so nahe wie nie: Im Mai sprach der chinesische Staats- und Parteichef Xi Jinping mit Blick auf seine Person und den russischen Präsidenten Wladimir Putin von einer „Freundschaft aus Stahl“, während der erste Mann im Kreml zugleich die derzeitige „Goldene Ära“ in den bilateralen Beziehungen feierte. Allerdings scheint der russische Inlandsgeheimdienst FSB diese Euphorie nicht zu teilen. Das suggeriert zumindest das achtseitige interne Dokument, welches die anonyme Hackergruppe ARES Leaks kürzlich der „New York Times“ zuspielte, die den Inhalt des Papiers auch sogleich publik machte.

In der Denkschrift, deren Authentizität inzwischen von sechs westlichen Geheimdiensten sowie dem im Exil lebenden russischen Sicherheitsexperten Andrej Soldatow bestätigt wurde, bezeichnet der FSB die Volksrepublik China als „Feind“ und „ernsthaften Gegner“. So seien deren Geheimdienste emsig bemüht, russische Experten auf dem Gebiet der Militärtechnologie als Informanten zu gewinnen und auf diese Weise existentiell wichtiges Wissen zu stehlen.

Weiterhin stelle es eine Bedrohung dar, wenn chinesische Wissenschaftler immer öfter im Grenzgebiet zu Russland Daten sammeln. Offensichtlich diene dies der Vorbereitung der Geltendma-

chung territorialer Ansprüche im Fernen Osten – so zum Beispiel in den umstrittenen Gebieten entlang des Grenzflusses Ussuri. Außerdem steche die wachsende chinesische Präsenz in der Arktis ins Auge, wo es zahlreiche unerschlossene Bodenschätze sowie strategisch wichtige Seewege gebe.

Angesichts dessen empfiehlt der FSB mehrere Gegenmaßnahmen. Dazu zählen das Präventionsbriefing von Wissenschaftlern und Militärs in sensiblen Bereichen sowie gründlichere Überprüfungen des persönlichen Umfelds von Geheimnisträgern. So sollen Anwerbeversuche der chinesischen Geheimdienste wirksamer als bisher vereitelt werden. Des Wei-

„China kann nicht gleichzeitig Russland unterstützen und ein verlässlicher Partner für Europa sein“

Kaja Kallas  
Außenbeauftragte der Europäischen Union

teren hält der FSB schärfere Kontrollen an den Universitäten für nötig, weil sich dort sicher chinesische Spione tummeln. Der russische Inlandsgeheimdienst macht sich auch für eine stärkere Überwachung der Arktis stark, um über das Treiben der Chinesen dort informiert zu sein.

Das FSB-Dokument erweckt den Eindruck, dass Russland und China trotz der anderslautenden offiziellen Bekundungen freundliche Feinde oder feindliche Freunde sind. Allerdings könnte es sich auch um eine Täuschungsaktion des FSB handeln, um den Westen hinters Licht zu führen und die immer engere Zusammenarbeit zwischen Peking und Moskau zu verschleiern. W.K.

### MARINESTÜTZPUNKTE

## Chinas Militär expandiert im Ausland

Nach dem Willen der Führung in Peking soll die chinesische Volksbefreiungsarmee die stärkste Militärmacht der Welt werden. Daher steht die Marine des Reiches der Mitte auch in Konkurrenz zur U.S. Navy und zur Seekriegsflotte der Russischen Föderation. Dabei gewinnt sie zumindest gegenüber der Letzteren zunehmend an Boden. Das zeigt sich auch bei den Stützpunkten in Übersee.

Während die russische Marine im Dezember 2024 ihre einzige Auslandsbasis in Tartus an der syrischen Mittelmeerküste verlor, errichteten die chinesischen Seestreitkräfte nun einen Stützpunkt in Libyen. Dies ist die Folge der strategischen Allianz Pekings mit der libyschen Gegenregierung von General Chalifa Haftar, welche in der Hafenstadt Tobruk residiert, wo demnächst sicher auch chinesische Kriegsschiffe eintreffen werden. Dann wäre Tobruk der Auslandsstützpunkt Nummer Zwei der Marine der Volksbefreiungsarmee nach der „Logistik-Support-Einrichtung“ in Balbala, einem südlichen Vorort der Hauptstadt der ostafrikanischen Republik Dschibuti.

Doch damit enden die Ambitionen Pekings wohl noch lange nicht. So ist im Jahresbericht des US-Verteidigungsministeriums vom Juni dieses Jahres die Rede davon, dass es sehr ernst zu nehmende Hinweise auf die unmittelbar bevorstehende Eröffnung eines dritten Stützpunktes in der strategisch günstig gelegenen pakistanischen Hafenstadt Gwadar unweit des Eingangs zum Persischen Golf gebe. Darüber hinaus gilt der von China finanzierte Hafen von Hambantota im Süden Sri Lankas als klarer Stützpunktkandidat Nummer Vier.

Außerdem vermutet das Pentagon, dass Peking seine Kriegsschiffe zukünftig auch in sechs weiteren Häfen stationieren will, nämlich Bata in der Republik Äquatorialguinea, Kribi im Süden Kameruns, Ream in Kambodscha, Luganville im südwestpazifischen Inselstaat Vanuatu, Nacala im Norden von Mosambik und Nouakchott, der Hauptstadt der Islamischen Republik Mauretanien in Westafrika. W.K.

# Das linke Lager vor dem Durchbruch

Die Diskussion um die Wahl neuer Verfassungsrichter und Enteignungspläne in der Hauptstadt bestimmen die Debatten im Sommer 2025. Szenen eines Kulturkampfes, dessen Ausgang das Land schon bald nachhaltig verändern könnte

VON JOSEF KRAUS

Den Sozialismus in seinem Lauf hält weder Ochs noch Esel auf. Das meinte Erich Honecker, Noch-Staatsratsvorsitzender der DDR, am 14. August 1989, als sein Arbeiter-und-Bauern-Staat längst am Ende war. 36 Jahre später muss man Honecker jedoch prophetische Gaben attestieren. Denn der Sozialismus hat sich im vereinten Deutschland als erfolgreicher Kulturkampf um die ideologische Hegemonie gegen alles Bürgerliche und gegen alles „Rechte“ eingenistet.

Im Ergebnis sind Staat und Gesellschaft nachhaltig nach links gedriftet – gegen den Willen der Mehrheit der Wählerschaft. Befeuert wird dieser Kampf von Heerscharen links-ideologisch Bewegter: von mindestens drei Parteien, von arrivierten Medien, von Migranten-„Communities“, von „woken“ Wissenschaften, von Teilen der Kirchen und von einem Gestrüpp an Hunderten von Nichtregierungsorganisationen (NGOs). Alle miteinander haben sie sich den Staat zur Beute gemacht und indoktrinieren das Volk auf allen denkbaren Kanälen.

Sie tun das trickreich, indem sie das Volk gegen alles mobilisieren, was nicht links ist. Und indem sie dem Volk einträufeln, was das „Gute“ am Linkssein sei: der internationalistische, anti-nationale Affekt, der Antifaschismus, die zur „Gerechtigkeit“ umdefinierte Gleichmacherei, die Entmündigung des einzelnen Bürgers durch Kontrolle und Denunziationsphantasie, ein gottähnlicher Machbarkeitswahn im Zuge einer Emanzipation von Bibel und Biologie. Und das alles einhergehend mit Hypertoleranz gegenüber dem grundgesetzwidrigen Menschenbild des Islam – sowie dem absoluten Anspruch, allein gültige Wahrheiten zu verkünden.

## Ein toxisches Gebräu

Wer dagegen opponiert, weil er für Freiheit und Eigenverantwortung oder auch für nationale Souveränität eintritt, wird als „Hetzer“ pathologisiert oder als „rechts“, „rechts-extrem“, „Nazi“, zumindest als „AfD-nah“ diskreditiert und im Extremfall dem beruflichen Ruin sowie der sozialen Isolierung zugeführt. Im wahrsten Sinn des Wortes pervers wird der konzertierte linke Kampf gegen alles Bürgerliche, wenn die Linken Andersdenkenden den Willen zum Kulturkampf unterstellen. Denn in Wahrheit betreiben die Linken einen Kulturkampf: zum Beispiel gegen das ungeborene Leben oder gegen das Eigentum oder auch – wenn es der Zeitgeist verlangt – gegen die Ungeimpften.

Im CDU-SPD-regierten Land Berlin betreiben derweil die Genossen „Vergesellschaftungen von Grund und Boden, Naturschätzen und Produktionsmitteln“. Grundlage ist die Arbeit einer „Expertenkommission“, der auch die von der SPD zur Verfassungsrichterin vorgeschlagene Ann-Katrin Kaufhold angehört. Was die Linken als „rechte Verschwörungstheorie“ und „rechte Desinformation“ ausmachen, ist selbst Verschwörungstheorie und Desinformation. Im psychoanalytischen Sinn eine Projektion, die die eigene Absicht verdrängen und kaschieren soll.

Aber die Projektion wirkt. Zum Beispiel mit der Erfindung des Potsdamer „Wannsee-2.0“-Treffens im Herbst 2023 mit dem angeblichen Ziel einer „Remigration“ von Migranten mit deutschem Pass. Zigtausende von „woken“, rot-grün-links Bewegten gingen auf die Straße, um die Regierenden zum noch härteren „Kampf gegen Rechts“ zu motivieren. Diese Projektion wirkt aktuell vor allem medial, wenn sich die Haltungspresse inklusive der jährlich mit neun Milliarden Euro zwangsfinanzierten öffentlich-rechtlichen Medien wie eine Wagenburg um die linke, angeblich politisch „mittige“ Juraprofessorin



Ein Meilenstein auf dem Weg in die Neuauflage des Sozialismus: Linke Enteignungsbestrebungen in Berlin

Frauke Brosius-Gersdorf schart. Im ZDF erhielt sie bei „Lanz“ 50 Minuten lang eine Solo-Audienz, wie sie sonst nur Bundespräsidenten und Kanzlern gewährt wird. Vor lauter Brosius-Gersdorf blieb die andere SPD-Kandidatin Ann-Katrin Kaufhold mit ihren offenbar noch grundgesetzwidrigeren Vorstellungen in Sachen Enteignung, Impfpflicht, AfD-Verbot etcetera ausblendet.

So wurde ein toxisches Gebräu aus Verschwörungsjudikatur, Angst um die Demokratie und perifer Opferstilisierung angerührt. Selbst Lebensschützer, also Abtreibungsgegner, gelten inzwischen als „extrem“. Die frühere SPD-Fraktionsvorsitzende Eva Högl nannte sie 2018 „widerliche Lebensschützer“. All das wirkt. Die Extremisten und die Kulturkämpfer sind immer die anderen, die „Rechten“. Die neurolinguistische Programmierung, das „Wording“, um all diese Vorstellungen und Haltungen zu verbreiten, sind dabei mindestens so verlogen wie die Sprachmanipulation von Orwells Big Brother. Siehe: „Unwissenheit ist Stärke“, „Freiheit ist Sklaverei“, „Krieg ist Frieden“. Was früher „links“ war, heißt jetzt „Mitte“.

## Folgen einer Koordinatenverschiebung

Die neue Definition von „Mitte“ zeigt indes überdeutlich, wie es im dialektischen Sinn zu einer radikalen Linksverschiebung kam. Es begann mit den 68ern; deren Marsch durch die Institutionen und Definitionen setzt sich über deren Söhne, Töchter und Enkel fort. Der bisherigen (bürgerlichen) Mitte wird zunehmend die linke „Zivilgesellschaft“ antithetisch entgegengestellt. Weil die Bürgerlichen stets bereit sind, der linken Gegenseite Zugeständnisse zu machen, entsteht eine neue Realität, die sich wiederum nächsten und übernächsten Schritten sowie neuen linken Antithesen stellen muss – und wieder nachgibt.

Die „repressive Toleranz“ eines Herbert Marcuse hat sich erneut durchgesetzt. Sprich: Alles Linke ist zu tolerieren, alles Nicht-Linke ist zu unterdrücken. Merkel hat das perfektioniert, indem sie unter dem Schlagwort „asymmetrische Demobilisierung“ ihre eigene Partei nach links rückte. Unter Merz sitzt die Union nun in den Fängen eines Linkskartells, das vor allem deshalb wie geschmiert funktioniert, weil es dort – anders als unter den Bürgerlichen – die Schutz-, Protegier- und Zitierkartelle, also einen Corps-Geist gibt, mit dem tagtägliches „Agenda Setting“ gelingt.

Alles angeblich zur Rettung „unserer“ Demokratie. „Unsere“ Demokratie? Allein dieses Possessivpronomen verrät, wie die Linken den „Demokratie“-Begriff gekapert und umdefiniert haben. Die gesamte gesellschaftliche Linke geriert sich damit wie der Lordsigelbewahrer des politischen Systems – und wird dafür in Form der NGOs jährlich mit dreistelligen Millionenbeträgen fürstlich entlohnt. Allein für das Programm „Demokratie leben!“ sind es pro Jahr 182 Millionen. Und das bis in die 2030er Jahre hinein. So rüstet man die Kulturkämpfer auf. Und züchtet noch mehr dazu heran. Die Hochschulen mit ihren „woken“ Studiengängen der „Gender-“ und „Diversität“-„Forschung“ sorgen für Nachwuchs. Mit den Worten „Es muss demokratisch aussehen, aber wir müssen alles in der Hand behalten“, tarnte schon Walter Ulbricht, Stalins Statthalter in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ), seine Absichten.

Was setzen die Bürgerlichen diesem Umbau von Staat und Gesellschaft entgegen? Gibt es noch ein Korrektiv gegen die Transformation der Demokratie? Wenig bis nichts. Schon Merkels Linksdrift der Union – mit Ausstieg aus der Atomkraft, Aussetzen der Wehrpflicht, willkürlicher Grenzöffnung, Kappen des Verfassungsgerichts, Preisgabe nationaler Souveränität, Euro-„Rettung“, Ehe für alle, Eingriff in demokratische Wahlen (siehe Thüringen 2020) – nahm das bürgerliche Lager widerstandslos hin. Merkel selbst war nie eine Bürgerliche, sie hätte mühelos zu den Grünen oder auch in die Ex-SED gepasst. Aber dort hätte „Kohls Mädchen“ keine Karriere bis ins Kanzleramt machen können.

## Beispiele bürgerlicher Selbstaufgabe

Gibt es noch ein Korrektiv? Was macht die Union jetzt, wo sie mit Friedrich Merz wieder den Kanzler stellt? Intellektuell und programmatisch ist sie auf Tauchstation oder schwimmt mit im linken Fahrwasser. Im Regierungsalltag lässt sich die CDU von der SPD, zuletzt laut Forsa nur noch bei 13 Prozent stehend, durch die politische Manege führen. Hauptsache, so scheint es, man stellt den Bundeskanzler.

Wie groß das Maß der Unterwerfung ist, zeigen die folgenden Beispiele: Die noch zu Zeiten der Rest-Ampel gestellten 551 Fragen von CDU und CSU zur Finanzierung von linken NGOs interessieren in der Union niemanden mehr. Dafür verkündet die Merz-Partei-Vize Karin Prien auf einem CDU-Parteitag,

dass der Antifaschismus zur DNA der CDU gehöre. Das unsägliche Selbstbestimmungsgesetz der „Ampel“ von 2024, nach dem Personen ab dem 14. Lebensjahr jährlich (!) ihre sexuelle Identität ändern können, besteht fort. Der grüne Chef der Bundesnetzagentur Klaus Müller bleibt im Amt und kann somit weitere „trusted flagger“ – sprich: immer neue Denunziationsstellen – ernennen. Auch die linke Anti-Diskriminierungsbeauftragte Ferda Ataman bleibt im Amt. Die sächsische SPD-Landtagsabgeordnete Sophie Koch, die bekannt wurde mit Attacken gegen die Union, wurde – der CDU-Frau Prien unterstellt – „Queer-Beauftragte“. Den „Karlsruhe“-Kandidaten Robert Seegmüller vom Bundesverwaltungsgericht zog die Union hingegen zurück, weil er den Grünen wegen dessen migrationskritischen Aussagen nicht gefiel. Die beiden SPD-Kandidatinnen für „Karlsruhe“ Brosius-Gersdorf und Kaufhold stoppte die Union erst im allerletzten Moment. Immerhin haben gegen die Wahl von Brosius-Gersdorf 50 der 208 Unions-Abgeordneten rebelliert. Die anderen 158 offenbar nicht.

## Nur zwei Schritte bis zum politischen Suizid der Union?

Die Union merkt nicht, wie für sie der „Point of no return“ näherrückt. Sie durchschaut nicht, dass es hier um einen langfristig angelegten Kampf des Kulturmarxismus geht, der vernebelnd als Rettung von „Demokratie“ und „Zivilgesellschaft“ verkauft wird. Zurück geht diese Strategie auf Antonio Gramsci, der 1921 ein Mitgründer der KP Italiens war. Nachdem dieser 1927 zu 20 Jahren Kerker verurteilt worden war, schrieb er 2848 Seiten „Gefängnishefte“, in denen er als politisches Ziel angab, die kulturelle Hegemonie erringen zu wollen: in Bildungsanstalten, in Kulturkreisen und in der Presse. Gramscis Ansatz ist ein ähnlicher wie Leo Trotzki's „Entismus“, der damit das Eindringen der Marxisten in bürgerliche Organisationen meinte.

All die aktuellen politischen Entwicklungen (AfD-Verbot, Richterwahl, Enteignungen, völlige Liberalisierung der Abtreibung) sind zu sehen als Schritte der SPD auf ihrem Weg zurück ins Kanzleramt. Der Augsburger Staatsrechtler Josef Franz Lindner skizziert hierzu ein erschreckendes, jedoch durchaus reales Szenario: Zunächst habe die SPD auf ihrem jüngsten Parteitag beschlossen, ein Verbot der AfD anzustreben. Zuständig für ein solches Verbotsverfahren ist der Zweite Senat des Bundesverfassungsgerichts – jener Senat also, dessen Zusammensetzung nun mit SPD-Kandidatinnen verändert werden soll. Macht die Union diese Wahl und einen Antrag auf Verbot der AfD mit, dann ist sie laut Lindner nur noch zwei Schritte vom politischen Suizid entfernt. Die AfD würde aus dem Bundestag fliegen, und SPD-Chef Klingbeil könnte sich mit einem AfD-Verbot im Rücken von Rot-Dunkelrot-Grün zum Kanzler wählen lassen.

Es hat sich in diesem Land unter dem Deckmantel eines Kampfes „gegen Rechts“ und „für unsere Demokratie“ ein neuer Totalitarismus mit immer engeren Meinungskorridoren etabliert. Justiz und Verfassungsschutz werden für diesen Zweck instrumentalisiert. Der Staat und die ihn regierenden Machthaber sollen vor dem Souverän, dem „großen Lümmel“ Volk (Heinrich Heine), geschützt werden und nicht umgekehrt. Letzteres, den Schutz der Menschenrechte und der Freiheiten des Einzelnen vor dem Staat, sieht indes das Grundgesetz in Artikel 1 (2) als unveräußerlich vor. Eigentlich.

Und da sage noch einmal einer, die DDR sei tot. Nein, sie lebt als DDR 2.0. Der einzige Unterschied: im Moment noch mit ein wenig mehr Wohlstand. Doch auch hier dürfte die Linksdrift unserer politischen Landschaft schon bald für eine Anpassung an die Verhältnisse des untergegangenen Arbeiter-und-Bauern-Paradieses sorgen.

Die Union merkt nicht, wie für sie der „Point of no return“ näherrückt. Sie durchschaut nicht, dass es hier um einen langfristig angelegten Kampf des Kulturmarxismus geht, der vernebelnd als Rettung von „Demokratie“ und „Zivilgesellschaft“ verkauft wird

## Zur Person

● **Josef Kraus** war von 1987 bis 2017 Präsident des Deutschen Lehrerverbandes. Zuletzt erschien „Im Rausch der Dekadenz. Der Westen am Scheideweg“ (Langen Müller 2024).

## ● MELDUNGEN

## Polen baut Riesenterminal

**Swinemünde** – Bis 2029 will Polen in Swinemünde ein Tiefwasser-Containerterminal bauen, das Schiffe bis maximal 400 Meter Länge abfertigen und zwei Millionen Standardcontainer à 20 Fuß pro Jahr umschlagen kann. Mit Liegeplätzen bis 17 Metern Tiefe am ULCV-Quai – für die größten Containerschiffe – und 14,5 Metern am zweiten Kai entsteht damit auf 45 Hektar einer der größten Ostseehäfen. Das mit EU-Mitteln und von internationalen Investoren finanzierte Projekt soll Polens Rolle als Drehscheibe zwischen Skandinavien und Mitteleuropa stärken – im Wettbewerb mit Hamburg, Rostock und Lübeck. Swinemünde, im Krieg schwer zerstört und Schauplatz tausender Flüchtlingstode und Vertreibung der deutschen Bevölkerung, steht heute für wirtschaftlichen Aufbruch und für die ständige Frage, ob dieser mit gemeinsamem Erinnern verbunden werden kann. C.R.

## EU treibt Heizkosten hoch

**Brüssel** – Ab 2027 drohen für das Heizen hohe Mehrkosten für Eigentümer und Mieter. Laut Recherchen des „Urban Journalism Network“ könnten die Heizkosten europäischer Haushalte in den kommenden Jahren um bis zu 40 Prozent steigen, falls die Verbraucher nicht entlastet werden. Als Grund nennt das Netzwerk das ab 2027 geltende neue europaweite System zur CO<sub>2</sub>-Bepreisung. Das ETS 2 genannte Bepreisungssystem soll nach dem Willen der EU das Heizen mit fossilen Brennstoffen in ganz Europa deutlich verteuern. Das Journalistennetzwerk warnt, dass die geplante CO<sub>2</sub>-Bepreisung beim Heizen auf einen vielerorts ohnehin schon angespannten Wohnmarkt treffen wird. Laut Daten der EU-Statistikbehörde Eurostat können sich bereits jetzt sechs Prozent der Haushalte im Winter kein ausreichendes Heizen mehr leisten. EU und Bundesregierung haben mit Blick auf das neue System zur CO<sub>2</sub>-Bepreisung zwar eine Entlastung der Verbraucher angekündigt, konkrete Pläne fehlen aber bislang. H.M.

## FDP mit neuem Programm

**Berlin** – Nach dem Absturz bei der Bundestagswahl auf 4,3 Prozent startet die FDP ihre Erneuerung. Der neue Parteichef Christian Dürr und Generalsekretärin Nicole Büttner wollen bis 2026 ein neues Grundsatzprogramm erarbeiten. Start ist eine Mitgliederbefragung, später sollen auch Nichtmitglieder Ideen einbringen. Ziel ist ein liberaler Gesellschaftsentwurf, der mehr auf Alltagsorgen eingeht. Gleichzeitig sorgt ein internes Strategiepapier für Aufsehen: Es rechnet mit der Ära des Ex-Vorsitzenden Christian Lindner ab, spricht von einem „System der Abschottung“, mangelnder Debattenkultur und strategischer Führungslosigkeit. Die Partei sei zu einer „One-Man-Show“ verkommen, viele Funktionäre hätten sich entmachtet gefühlt. Nun will man verlorenes Vertrauen zurückgewinnen – durch mehr Transparenz, echte Beteiligung und inhaltliche Öffnung zur gesellschaftlichen Mitte. P.E.



BILD: PICTURE ALLIANCE/JÖRG CARSTENSEN/JOERG CARSTENSEN

Verbote, Vorgaben, Dämonisierung: An den Grünen und ihrem Führungskader hängt der miese Mief der SED-Diktatur. Felix Banaszak, Franziska Brantner, Britta Haßelmann und Katharina Dröge (v.l.) wecken mit ihrem Gehabe längst vergangene DDR-Abscheu

### DIKTATURPARALLELEN

## Grüne als geistige SED-Erben

In Mitteldeutschland befürchten Wähler zunehmend eine „grüne DDR light“

VON HAGEN RITTER

Im ARD-„Sommerinterview“ vermied es Grünen-Co-Chef Felix Banaszak auf die Frage zur „Vaterlandsliebe“ ein klares Bekenntnis zu Deutschland geben. Der 1989 in Duisburg geborene Linksaußen-Grüne führt damit eine Tradition fort, die nicht erst mit Robert Habecks Aussage „Ich wusste mit Deutschland noch nie etwas anzufangen und weiß es bis heute nicht“ begonnen hat. Bereits bei der ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl 1990 hatte die Öko-Partei mit dem Slogan „Alle reden von Deutschland. Wir reden vom Wetter“ punkten wollen. Als Resultat scheiterte die Partei an der Fünf-Prozent-Hürde und flog aus dem Bundestag.

Jahrzehnte später nun kündigt Banaszak im besagten TV-Interview eine „Präsenzoffensive im Osten“ an: Man müsse „gesamtdeutsch handeln und gesamtdeutsch denken“. Aber abgesehen von Berlin sind die östlichen Bundesländer für die Grünen seit 1990 ein eher schwieriges

Terrain geblieben. Bei den Landtagswahlen im vergangenen Herbst schafften die Grünen in Sachsen nur knapp den Einzug in den Landtag. In Thüringen und Brandenburg blieb die Partei unter der Fünf-Prozent-Marke und muss sich seitdem mit der Rolle einer außerparlamentarischen Opposition begnügen. Aktuelle Umfragewerte lassen auch fraglich erscheinen, ob die Grünen im kommenden Jahr in Magdeburg und Schwerin den Einzug in den Landtag schaffen.

### Grüne gelten als Verbotsparterie

Offenbar als Teil seiner angekündigten Präsenzoffensive will der Co-Parteichef im Herbst in Brandenburg an der Havel ein Bürgerbüro eröffnen. Gegenüber den Parteifreunden vor Ort räumte er ein: „Ich bin Wessi durch und durch.“ Er hoffe aber, dass er durch das Büro mehr von den Lebensrealitäten in Brandenburg für seine Arbeit mitnehme.

Bereits Mitte Juli hatten zwei Kommunalpolitiker in einem Brandbrief an die Grünen-Parteispitze ihre Lebensrealität

in Thüringen geschildert. Beide Grüne beschrieben, dass ihnen in ländlichen Regionen „abgrundtiefer Hass“ entgegen schlage. Im Wahlkampf 2024 sei es „normal“ gewesen, auf der Straße beleidigt oder bespuckt zu werden, so die beiden Grünen aus dem thüringischen Gotha.

Mittlerweile gibt es diverse Diagnosen, warum die Grünen im Osten allenfalls in den Universitätsstädten ein wenig reüssieren können. Die Partei werde als elitäre Westpartei wahrgenommen, oder aber es herrsche das Bild einer Verbotsparterie vor, so zwei einschlägige Erklärungsmuster. Mitunter wird auch der Hinweis auf das weitgehende Fehlen jener Milieus bemüht, die im Westen der Republik die Stammwähler der Grünen hervorgebracht haben.

### Freiheit mit bitterem Beigeschmack

Dem geschichtsbewussten Beobachter drängt sich allerdings noch eine Deutung auf, die weit weniger schmeichelhaft für die Grünen ist. Keine andere bundesdeutsche Partei ist in der Lage, im Osten der

Republik so stark negative Erinnerungen an die frühere Sozialistische Einheitspartei Deutschlands zu wecken wie die Grünen. Gemeinsam ist der früheren SED wie den Grünen ein ins Totalitäre gehendes Bemühen, die Entscheidungsfreiheit der Bürger von Staatswegen einzuschränken, dem Bürger aufzuzwingen, was aus Sicht der Partei auf dem Weg zum Kommunismus oder der vermeintlichen Weltklimaretter notwendig ist. Dazu passend hatte der Begriff „Freiheit“ im Vokabular der SED-Genossen Seltenheitswert. Auch Grüne-Spitzenpolitiker erwecken nicht unbedingt den nachhaltigen Eindruck, als wenn sie beim Wort „Freiheit“ leuchtende Augen bekämen.

### Dämonisierung des Gegners

Altbekannt klingt auch der Anspruch, die verfolgte Politik beruhe auf einer streng wissenschaftlichen Grundlage. Die SED-Führung bemühte regelmäßig die Phrase vom „wissenschaftlichen Sozialismus“. Bei den Grünen hat sich die Behauptung mittlerweile schon zur politischen Allzweckwaffe entwickelt, die Theorie vom menschengemachten Klimawandel sei in der Wissenschaft unumstritten. Aus dieser Argumentation abgeleitet hat sich bei den SED-Sozialisten wie auch bei den grün-linken Klimarettern geradezu eine Art Unfehlbarkeitsanspruch entwickelt.

Gemeinsam ist beiden Parteien ebenso die Sichtweise, sich als Sperspitze des gesellschaftlichen Fortschritts zu sehen. Die SED verstand sich im Klassenkampf als Avantgarde der Arbeiterklasse. Selbstverständnis der Grünen ist es, sich als eine führende und treibende Kraft in der Klimapolitik zu sehen. Passend dazu hat sich bei Funktionären das Gefühl entwickelt, einer gesellschaftlichen Elite anzugehören. Kehrseite dieses Denkens ist ein Stück weit Abkapselung vom Volk und ein strikt-konsequentes Freund-Feind-Denken, das mit der bewusst stigmatisierenden Dämonisierung des politischen Gegners einhergeht.

Wie dieses politische Amalgam im Osten der Bundesrepublik bei vielen Wählern ankommt, macht ein Bericht der „Berliner Zeitung“ über einen früheren Grünen-Anhänger aus Dresden deutlich. Dessen Kritik gleicht einer schonungslosen Abrechnung mit den Grünen: „Sie schreiben uns vor, was wir für ein Auto zu fahren haben, was wir für eine Heizung nutzen sollen, und sobald ich irgendeine Kritik daran übe, bin ich rechts.“ Auch die Bemühungen der Grünen, politische Konkurrenz wie die AfD durch ein Verbot auszuschalten, wecken bei denjenigen, die noch die DDR-Diktatur bewusst erlebt haben, extrem ungute Gefühle: Ein AfD-Verbot „wäre pure DDR“, so der frühere Grünen-Wähler aus Dresden.

### SOFTWARE

## Politischer Streit um Palantir

So sehr der Einsatz von der Polizei gefordert wird, so vehement ist die Gegenwehr von links

Bundesinnenminister Alexander Dobrindt hat eine Büchse geöffnet, die andere lieber verschlossen hielten. Der CSU-Politiker prüft „den bundesweiten Einsatz der umstrittenen Polizei-Analyse-Software des US-Unternehmens Palantir“, berichtete die „Tagesschau“ Ende Juli. Palantir wurde 2003 in den USA für die Analyse großer Datenmengen gegründet. Seine KI-gestützte Software verknüpft unterschiedliche Datenquellen und erkennt Muster in Sekundenschnelle. Dobrindt sieht darin ein zentrales Werkzeug, um die seit Jahren stockende Datenabstimmung zwischen den Polizeibehörden der Bundesländer zu verbessern.

Palantir entstand nach den Anschlüssen vom 11. September 2001, um US-Sicherheitsbehörden zu befähigen, Gefahren frühzeitig zu erkennen. Gründer sind

der deutschstämmige PayPal-Mitgründer Peter Thiel, bekannt für seine auf individuelle Freiheit setzenden libertären Positionen, und Alex Karp, promovierter Philosoph mit Fokus auf ethische Leitplanken. Ziel war von Beginn an nicht Überwachung, sondern der Schutz von Freiheit und Demokratie. Dass dieser ursprüngliche Impuls in Deutschland aber kaum beachtet wird, ist bezeichnend. Stattdessen gilt Palantir fast automatisch als verdächtiges „US-Tool“. Es fehlt die grundsätzliche Debatte: Wofür wollen wir solche Werkzeuge nutzen – und welches Menschenbild, welche Vorstellung von Freiheit und Sicherheit leitet uns dabei?

Tatsächlich setzen aber bereits mehrere Bundesländer auf Palantir-Technologie: Hessen seit 2017/2018 als Hessendata, Nordrhein-Westfalen befindet sich seit

2020 in der Einführungsphase und Bayern nutzt seit 2024 die abgespeckte Version VeRA. Diese verknüpft polizeiliche Datenbanken und liefert Ergebnisse, welche die Ermittlungen erheblich beschleunigen. Das System läuft nur auf LKA-Servern; eine Fraunhofer-Prüfung fand keine Hintertürchen als Schlupfloch.

Doch der Widerstand war absehbar: Linke, Bürgerrechts-NGOs und Teile von Rot-Grün sehen in Palantir primär ein Einfallstor für US-Einfluss. Unterstützung erhält Dobrindt hingegen von der Gewerkschaft der Polizei, die betont, ohne solch eine Technik seien die wachsenden Datenmengen nicht zu bewältigen. Ex-Innenministerin Nancy Paeser stoppte den Einsatz seinerzeit auf Bundesebene, was in Sicherheitskreisen als rein politisch motiviert galt.

Wer jedoch Palantir ablehnt, ohne eine gleichwertige Alternative zu haben, nimmt eine sicherheitstechnische Selbstentwaffnung in Kauf. Europäische Lösungen sind weder kurzfristig verfügbar noch vergleichbar erprobt. Chinesische Systeme dürfen niemals eine Alternative sein. Der eigentliche Konflikt liegt somit zwischen der Illusion völliger Souveränität und der Notwendigkeit, den Bürger effektiv zu schützen.

Entscheidend ist also das „Wie“: Ohne einen klaren Rahmen – fest verankerte Menschenwürde und Grenzen staatlicher Macht – wird jede Sicherheitssoftware ein Spielball politischer Interessen. Experten sind sich sicher: Es braucht den Mut, den Rahmen klar zu definieren. Dann kann Palantir ein Werkzeug werden, um Freiheit und Sicherheit zu vereinen. C.R.

## INNERE SICHERHEIT

## Uniformierte im Zwielficht

Räuber und Gendarm: In Berlin geraten Polizisten gehäuft ins Visier von Ermittlungen

VON HERMANN MÜLLER

R evierkämpfe krimineller Clans, jährlich mehr als 3000 Messerdelikte, Raubüberfälle und Einbrüche haben dazu geführt, dass sich viele Berliner in ihrer Stadt nicht mehr sicher fühlen. Obendrein tauchen nun immer öfter Berichte auf, in denen es um Ermittlungen gegen Polizisten geht. Die Palette der Vorwürfe reicht von Körperverletzungen über Drogenhandel bis zum Raubüberfall.

Erst im Juli hatten Zivilpolizisten am Abend im Bereich der Französischen Straße in Berlin-Mitte einen Mann beim Verkauf von Kokain beobachtet. Als nach der Festnahme die Identität des mutmaßlichen Drogendealers überprüft wurde, kam die Überraschung: Der Festgenommene stellte sich als Kollege heraus. Mittlerweile arbeitet der Polizist nicht mehr, gegen ihn laufen dienstliche Maßnahmen.

Bereits im Juni hatte die Vollstreckung von Haftbefehlen gegen drei Berliner Polizisten für Aufsehen gesorgt. Die Beamten stehen im Verdacht, bei vorgetäuschten Verkehrskontrollen und mit gefälschten Papieren Autofahrern größere Summen Bargeld abgenommen zu haben. Die Staatsanwaltschaft ermittelt gegen die zwei Polizeikommissare und einen Polizeimeister wegen des Verdachts, im April dieses Jahres bei einer fingierten Kontrolle von einem Autofahrer in Pankow 500 Euro erhalten zu haben. Einige Wochen später soll das Trio in einem weiteren Fall mindestens 8000 Euro von einem weiteren Autofahrer zu Unrecht kassiert haben.

## Mit Faustschlägen misshandelt

Bereits vor Gericht verhandelt wurde ein Fall, in dem die Staatsanwaltschaft gegen Polizisten wegen Vorwürfen wie Körperverletzung im Amt, Verfolgung Unschuldiger, Freiheitsberaubung und Nötigung ermittelt hatte. Angeklagt waren vier Berliner Polizisten, die im Juli 2021 Dienst in der Wache auf dem Berliner Alexanderplatz hatten. Dem Hauptangeklagten, dem damaligen Polizeiobermeister Abdullah I., warf die Staatsanwaltschaft vor, einen alkoholisierten Mann, der in die Polizeiwache gekommen war, mit mehreren Faustschlägen misshandelt zu haben. Dabei soll das Opfer laut den Ermittlungen



Tatort Berlin-Mitte: Wo ein Polizist mit Drogen handelte

Bild: Wikimedia

gen der Anklage zumindest einige Sekunden das Bewusstsein verloren haben. Den drei mitangeklagten Polizisten wurde vorgeworfen, die Taten ihres damaligen Kollegen gedeckt zu haben. Davon sprach das Amtsgericht Tiergarten die drei allerdings frei, den Hauptangeklagten Abdullah I. verurteilte das Gericht jedoch wegen Körperverletzung im Amt und der Nötigung. Der 37-Jährige hat den Polizeidienst freiwillig quittiert. Laut Medienberichten stand der ehemalige Polizeiobermeister auch noch in einem anderen Verfahren wegen Verletzung von Dienstgeheimnissen und Bestechlichkeit vor Gericht. Wie die „B.Z.“ berichtete, soll es noch weitere Ermittlungsverfahren gegen den früheren Polizisten geben.

Bislang ungelöst ist ein anderer Fall. Tatort war dabei die Polizeidirektion 5 in Berlin-Kreuzberg. Dort waren in einem Schließfach fast 80.000 Euro aus einem

ungeklärten Nachlassverfahren verwahrt worden. Als im März das Schließfach geöffnet wurde, war das sichergestellte Geld verschwunden. Die internen Ermittlungen wegen des Verdachts des sogenannten Verwahrungsbruchs hat das Landeskriminalamt übernommen. Wie die „Bild“-Zeitung berichtet, hat es schon einmal interne Ermittlungen gegen Mitarbeiter dieser Berliner Polizeidirektion gegeben.

## Nötigung und Freiheitsberaubung

Dabei ging es um den Verdacht, dass zwei Polizisten im Juli 2023 auf der Berliner Stadtautobahn einen 63-jährigen Autofahrer gestoppt und bei einer vorgetäuschten Kontrolle einen Rucksack mit 55.000 bis 60.000 Euro erbeutet haben. Nach einem fünfmonatigen Prozess kam das Gericht zu dem Schluss, dass es für eine Raubtat keine Beweise gebe. Unge-

klärt blieb jedoch die Frage, warum der Autofahrer überhaupt angehalten wurde, und warum sich die Verkehrskontrolle, bei der nichts festgestellt wurde, ungewöhnlich lang hinzog. Das Landgericht sprach die beiden Beamten der gemeinschaftlichen Nötigung im besonders schweren Fall sowie der Freiheitsberaubung schuldig.

Die kriminellen Auswüchse sind möglicherweise die Spitze eines grundlegenden Problems: Die Hauptstadt-Polizei klagt schon länger über Schwierigkeiten, in ausreichender Zahl geeigneten Nachwuchs zu finden. Schon 2017 hatte es Berichte über Probleme an der Polizeiakademie in Berlin-Ruhleben gegeben (die PAZ berichtete). Dabei ging es auch um Schwierigkeiten mancher Polizeischüler mit der deutschen Sprache und um Disziplinlosigkeit bei Teilen des Polizeinachwuchses.

## POLITISCHER RAND

## „Jetzt lässt die Linke die Maske fallen“

Ausschlussantrag gegen Antisemitismus-Beauftragen und „Stadtteilstadt“ mit bekennenden Israelhassern

Andreas Büttner ist der Antisemitismus-Beauftragte des Landes Brandenburg. Der 52-jährige ist Genosse bei der Linkspartei. Büttner hatte sich in der Vergangenheit öfter mit pro-israelischen Aussagen hervorgetan: „Die Anerkennung eines Staates Palästina wäre der falscheste Schritt, den man gehen könnte“, so seine Warnung. Auch rät er seiner Partei, mit dem Zentralrat der Juden in Deutschland ins Gespräch zu kommen: Nun wollen einige Genossen ihn aus der Partei ausschließen. Bundesvorstandsmitglied Ulrike Eifler kritisiert, mit seinen Äußerungen setze Büttner „Ansehen und Glaubwürdigkeit der Partei öffentlichkeitswirksam herab“. Er verstoße „klar gegen Parteibeschlüsse“ und „geltendes Völkerrecht“. Ihn nicht auszuschließen, komme „einer Duldung seiner Positionen gleich“. Eifler hatte un-

längst eine Landkarte im Netz verbreitet, auf der das gesamte ehemalige Mandatsgebiet, auf dem sich heute Israel, das Westjordanland und der Gaza-Streifen befinden, in die Farben der Palästinenser-Bewegung getaucht war. Büttner indes beharrt auf seinen Positionen: „Für mich muss der Fokus darauf liegen, was es bedeutet, wenn in Brandenburg Juden attackiert werden, weil die israelische Regierung Entscheidungen trifft, die den Menschen nicht gefallen.“

Im Hintergrund der Attacken auf Büttner könnte das Bemühen stehen, neue Wählerschichten für die Linkspartei zu werben. Insbesondere in Berlin ist von den bis zu 50.000 dort ansässigen Palästinensern offenbar eine erhebliche Anzahl wahlberechtigt. Auf dem Bundesparteitag heißt es in einem Beschluss unter ande-

rem, das Aushungern der Zivilbevölkerung sei eine Methode Israels zur Beschleunigung der Zerstörung aller Lebensgrundlagen der Palästinenser. Der Bezirksverband Neukölln der Linkspartei veranstaltete vergangenes Wochenende ein Stadtteilstadt unter dem Motto „Neukölln steht zusammen für Palästina“.

Auch ein Vertreter des „Vereinigten Palästinensischen Nationalkomitees“ hat dort geredet. Dem Komitee gehören Hamas-Sympathisanten und Anhängern der linksradikalen palästinensischen PFLP an. Der Verein wird vom Berliner Verfassungsschutz in der Kategorie „Islamismus/Islamistischer Terrorismus“ aufgeführt. Außerdem waren Vertreter der Gruppen „Eye 4 Palestine“ und „Gaza Komitee“ zugegen. Das Veranstalterteam ließ verlauten: „Ob in Neukölln oder an-

derswo: Wir stehen zusammen für die Menschen in Palästina.“

Büttner reagierte empört: „Die Linke macht nicht genug gegen Antisemitismus in den eigenen Reihen, sie muss da deutlicher werden.“ Der innenpolitische Sprecher der SPD-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus, Martin Matz (in früheren Jahren Landesvorsitzender der Berliner FDP), meint: „Jetzt lässt die Linke Neukölln die Maske fallen: Hier geht es nicht um Mitgefühl für die im Nahostkonflikt leidenden Menschen.“

Mit dem Ausschlussantrag gegen Büttner wird sich nun die Schiedskommission des Brandenburger Landesverbands der Linkspartei beschäftigen, weil Büttner dort Mitglied ist. Die Landesschiedskommission besteht aus drei Mitgliedern.

Frank Bücker

## KOLUMNE

## Rückzug

VON VERA LENGSELD

In der vergangenen Woche war die sieggewohnte Linke schockiert. Die umstrittene Kandidatin der SPD für die Neubesetzung des Bundesverfassungsgerichts, Frauke Brosius-Gersdorf, zog ihre Kandidatur zurück. Wer die Erklärung von ihr gelesen hat, kann nur erleichtert sein über ihren Entschluss. Aus ihr spricht so viel Eitelkeit, Selbstüberschätzung und Uneinsichtigkeit, dass dieser Text schon Beweis genug wäre, warum die Dame ungeeignet für das Verfassungsgericht ist: Die Union habe infolge einer Kampagne von rechts signalisiert, dass sie unwählbar sei.

Damit zeigt Brosius-Gersdorf, dass sie vom freigewählten Abgeordneten, der nach seinem Gewissen entscheidet, nichts hält. Die „Kampagne“ sei eine Erfindung der staatsnahen Medien, in Wirklichkeit äußerten alternative Medien und zehntausende Bürger völlig unabhängig voneinander ihre Bedenken, nachdem einige Positionen von Brosius-Gersdorf in der Öffentlichkeit bekannt und diskutiert wurden. Ihre Befürwortung eines AfD-Verbots allein ist mit der gebotenen Neutralität eines Verfassungsrichters nicht vereinbar.

Auf noch viel mehr Ablehnung stieß Brosius-Gersdorfs Festlegung, dass einem Baby bis zur Geburt keine Menschenwürde zugesprochen werden könne. Die Abtreibung in den letzten Schwangerschaftswochen sei zwar in Deutschland verboten, der Staat müsse aber keine Strafen dafür festlegen. Das haben alle Kritiker als verklausulierte Befürwortung des Schwangerschaftsabbruchs bis zur Geburt gelesen. Die „Berliner Morgenpost“ sieht den „letzten Akt eines Dramas, wie man es auf der politischen Bühne in Deutschland lange nicht gesehen hat“, verfälscht aber gleich darauf die Positionen der gescheiterten Kandidatin. Sie halte lediglich einen Schwangerschaftsabbruch bis zur zwölften Woche mit dem Grundgesetz vereinbar. Doch diese vermeintliche Klarstellung passt nicht zu den Aussagen der Juristin zur Menschenwürde von Ungeborenen.

## MELDUNG

## „Einmal und nicht wieder!“

Berlin – Der Berliner FDP-Chef Christoph Meyer hat angesichts der Verwahrlosung an vielen Orten der Stadt den Senat zum Handeln aufgefordert. „Es gibt keine Stadt in Europa, die so dreckig ist“, meint Meyer. Neben der Videoüberwachung an gefährlichen Orten und auf Bahnhöfen sowie der Einstellung von mehr Polizisten schlägt der Politiker die konsequente Ausweisung von europäischen Bürgern vor, „die hier keine Arbeit und keine feste Unterkunft haben“. Meyer sagte, es sei mittlerweile richtiger geklärt, dass in diesen Fällen zurücküberstellt werden kann. Der gebürtige Berliner wies auf verwahrloste Obdachlose hin, die auf Bahnhöfen kampieren: „Frauen und junge Menschen nutzen aus Angst abends nicht mehr den ÖPNV. Wer es sich leisten kann, nimmt das Auto, andere bleiben zu Hause.“ Mit Blick auf Gäste der Stadt erklärte Meyer: „Die Leute sagen sich: Berlin einmal und nicht wieder!“ H.M.

## ● MELDUNGEN

## Gnade für Deserteure

**Kiew** – Nachdem die Ukraine in der Vergangenheit zunehmend schärfere juristische Sanktionen gegen Deserteure verhängt hatte, verabschiedete das Parlament in Kiew im Herbst vergangenen Jahres ein neues Gesetz, welches Soldaten, die sich erstmals unerlaubt von der Truppe entfernt haben und freiwillig zu ihrer Einheit zurückkehren, Straffreiheit garantiert. Daraufhin traten nach Auskunft des Direktors des Staatlichen Ermittlungsbüros, Olexij Suchatschow, zwischen Ende November 2024 und Anfang August 2025 über 29.000 fahnenflüchtige Kämpfer wieder zum Dienst an der Waffe an. Im gleichen Zeitraum desertierten allerdings 122.000 andere Militärangehörige. Insgesamt meldete die Ukraine seit Kriegsbeginn im Februar 2022 um die 224.000 Fälle von Desertion, wobei die Dunkelziffer aber wesentlich höher liegen soll. Allerdings wurden bislang nur wenige Fahnenflüchtige vor Gericht gestellt. Dies liegt vor allem daran, dass man sie nicht fassen konnte. W.K.

## Windkraft geht die Luft aus

**Kiel** – Erstmals konnten zwei Windkraftflächen in der Nordsee bei einer Auktion der grün-geführten Bundesnetzagentur nicht versteigert werden. Grund: Es fand sich kein einziger Interessent. „Das ist Scheitern mit Ansehen“, sagte der Geschäftsführer des Bundesverbandes Windenergie Offshore (BWO), Stefan Thimm. Für Experten wird nun immer deutlicher, dass es in dieser Branche wohl ohne hohe Subventionszahlungen nicht geht. Denn die nicht versteigerten Flächen waren entsprechend subventionsfrei. Netzagenturchef Müller (Grüne) zeigt sich trotz und will die Flächen 2026 erneut ausschreiben lassen. Für viele in- und ausländische Branchenkenner ist das Scheitern der Auktion auch ein Scheitern der kompletten Windkraft, weshalb immer öfter von „Abgesang“ die Rede ist. J.E.

## Jugendliche als Lückenbüßer

**Moskau** – Der Personalmangel wird für zahlreiche russische Unternehmen zu einem drängenden Problem. Zum einen bindet der andauernde Krieg in der Ukraine viele Arbeitskräfte, zum anderen haben seit 2022 Hunderttausende Fachkräfte Russland verlassen. Laut Marktforschern greifen in diesem Sommer deshalb immer mehr Firmen auf Minderjährige zurück. Rund 500.000 Arbeitnehmer unter 18 Jahren sind bei Lebensmittelhändlern und Lieferdiensten beschäftigt. Sie verdienen durchschnittlich ein Tagesgehalt von umgerechnet 30 bis 70 Euro. Arbeitnehmer unter 18 Jahren dürfen laut russischem Recht maximal sieben Stunden pro Tag und 35 Stunden pro Woche arbeiten. Das hilft bereits vielen Unternehmen wie dem Lieferdienst „Kuper“, der über 50 Prozent mehr Jugendliche beschäftigt als vor einem Jahr, oder dem Lebensmittelhändler „X5 Group“, der in seiner Onlinesparte rund 3000 Jugendliche beschäftigt. Insgesamt haben russische Arbeitgeber 3,4 Millionen Stellen für jugendliche Bewerber ausgeschrieben. MRK



Auf Kommunistenführerin Kateřina Konečná, hier auf einer Palästinenserdemonstration in Prag, kommen schwere Zeiten zu

## TSCHECHISCHE REPUBLIK

## Kampf sowohl gegen rechte als auch linke Extremisten

Tschechien setzt Nazismus und Kommunismus gleich – Gesetzesänderung soll durch autoritäre Regime ausgelöste Traumata der Vergangenheit überwinden

VON BODO BOST

**D**er tschechische Präsident Petr Pavel hat eine Änderung des Strafgesetzbuchs unterzeichnet, mit der die Förderung der kommunistischen Ideologie unter Strafe gestellt und mit der NS-Propaganda gleichgestellt wird. Die Novellierung könnte auch Vertreter der Kommunistischen Partei Tschechiens betreffen. Bereits bisher war die Förderung einer Bewegung, die auf die Unterdrückung von Menschenrechten und Freiheiten abzielt, strafbar, aber das Gesetzbuch erwähnt nur Bewegungen im Allgemeinen. Jetzt wurde das Wort „Bewegung“ um die Ad-

jektive „nazistisch, kommunistisch oder anders“ ergänzt.

Das Institut für das Studium totalitärer Regime, das Museum der Erinnerung des 20. Jahrhunderts und die Plattform für das europäische Gedächtnis und Gewissen hatten eine entsprechende Gesetzesänderung gefordert. Sie wiesen darauf hin, dass die Förderung des Nationalsozialismus in der Tschechischen Republik unter Strafe steht, während dies beim Kommunismus nicht der Fall ist.

#### Kommunisten fühlen sich „diskriminiert“

Der Verfassungsrechtler Ondřej Preuss sagte, es werde entscheidend sein, wie die

Gerichte das Gesetz auslegen. Ihm zufolge würden die Kommunisten höchstwahrscheinlich mit der Meinungsfreiheit argumentieren, und die ganze Angelegenheit könnte vor dem Verfassungsgericht landen. Das Oberste Verwaltungsgericht wird entscheiden, ob die Partei aufgelöst werden soll, erklärte Preuss. Außerdem wird das Gesetz, das in Fällen von Verstößen Gefängnisstrafen bis zu fünf Jahren vorsieht, erst am 1. Januar in Kraft treten.

In der Zwischenzeit werden noch Parlamentswahlen abgehalten. Die Kommunistische Partei Böhmens und Mährens (KSČM) liegt bei Meinungsumfragen um die fünf Prozent und könnte bei kommenden Regierungsbildungen noch ein Wört-

chen mitreden. Die KSČM, angeführt von der Europaabgeordneten Kateřina Konečná, bezeichnete den Schritt als politisch motiviert und „diskriminierend“.

Martin Exner, ein Mitglied der Abgeordnetenkammer, stellt sowohl den kommunistische als auch den nationalsozialistischen Totalitarismus auf eine Stufe. „Die Ideologie der Angst und des Hasses war Teil beider Regime, und hier unterschieden sie sich nur dadurch, dass der Hass im Nationalsozialismus rassistisch und national war, während der Hass im Kommunismus auf der Klasse beruhte, aber die Mittel waren immer die gleichen: Lager, Morde, Totalitarismus.“

#### Zwei Seiten derselben Medaille

Das Institut für das Studium totalitärer Regime argumentierte, dass das neue Gesetz die „ungerechte Unterscheidung“ zwischen Nazismus und Kommunismus korrigierte. Kamil Nedvědický, stellvertretender Direktor des Instituts, sagte: „Schon Karl Marx und seine Anhänger sprachen davon, dass Veränderungen nicht ohne den Einsatz von Gewalt möglich sind.“

Seit der Wende von 1989 wird in Tschechien und einigen anderen postkommunistischen Ländern Osteuropas der Kommunismus offiziell mit dem Faschismus beziehungsweise Nationalsozialismus gleichgestellt. Dies geschah aufgrund der Erfahrung der Länder mit autoritären Regimen im 20. Jahrhundert. Im Jahr 2000 hat man ein Gesetz über die „Illegalität des kommunistischen Regimes“ verabschiedet, in dem das kommunistische Regime bereits als „verbrecherisch und mit dem nationalsozialistischen totalitären System gleichwertig“ bezeichnet wurde. In vielen postkommunistischen Ländern betrachtet man Kommunismus und Faschismus als zwei Seiten derselben Medaille.

2008 ist in Prag die „Prager Erklärung über das Gewissen Europas und den Kommunismus“ unterzeichnet worden. Ziel war die Gleichsetzung von NS- und Kommunistenverbrechen auf europäischer Ebene. Gleichzeitig forderte man die Einführung eines europaweiten Gedenktags für die Opfer beider Regime am 23. August, dem Jahrestag des Hitler-Stalin-Pakts. Diese Erklärung haben viele westliche Intellektuelle kritisiert, sie wurde aber in Tschechien und im Baltikum stark unterstützt. Die Gleichsetzung von Kommunismus mit Faschismus in Tschechien ist Ausdruck der historischen Aufarbeitung und Abgrenzung von autoritärer Vergangenheit.

## AFRIKA

## Chinesen plündern Ghana aus

Hunger nach Gold und Rohstoffen führt zu Spannungen mit der Volksrepublik – Auch die USA mischen mit

Obwohl sich Peking intensiv um gute Beziehungen zu den afrikanischen Staaten bemüht, bestehen derzeit erhebliche Spannungen zwischen der Volksrepublik China und der westafrikanischen Republik Ghana. Das resultiert daraus, dass chinesische Kriminelle die ghanaischen Goldlagerstätten plündern.

Ghana ist der größte Goldproduzent in Afrika und rangiert weltweit auf Platz Sechs. 2024 wurden um die 130 Tonnen gefördert, wobei ein erheblicher Teil dieser Menge aus illegal angelegten Gruben stammte. Nicht wenige davon befinden sich in der Hand von Chinesen, von denen ab 2008 mehr als 50.000 nach Ghana strömten, um dort reich zu werden. Viele davon ließ die Regierung in Accra inzwischens außer Landes schaffen oder inhaftieren wie die „Goldminenkönigin“ En Huang, doch der Rest kooperiert weiter mit Stammesführern und korrupten Lokalpolitikern. Diese schauen auch weg, wenn die Chinesen immer öfter große

Fördermaschinen einsetzen, deren Betrieb zur Verschmutzung der Flüsse beziehungsweise auch zu Wassermangel und somit zur Bedrohung der einheimischen Kakao-Industrie führt. Die meisten Ghanaer meinen nun, dass das wahre Motiv hinter dem scheinbar so freundschaftlichen chinesischen Engagement in Afrika einfach nur darin liegt, an die natürlichen Ressourcen des Schwarzen Kontinents zu gelangen – notfalls sogar im Rahmen systematischer illegaler Aktivitäten.

Doch der Rohstoffhunger der Volksrepublik ist nur die eine Seite der Medaille. Parallel dazu geht es Peking auch darum, der weltpolitischen Konkurrenz den Zugang zu strategisch wichtigen Bodenschätzen zu erschweren. So verhängte das Reich der Mitte inzwischen Exportbeschränkungen für Seltene Erden wie Terbium, Gadolinium und Samarium sowie Ausfuhrverbote für die in der Rüstungsindustrie unverzichtbaren Metalle oder Halbmetalle Gallium, Germanium und

Antimon. Gallium wird unter anderem beim Bau von Radar- und Lenkwaffensystemen verwendet, während Germanium in Nachtsichtgeräten zum Einsatz kommt und Antimon eine zentrale Rolle bei der Munitionshärtung spielt. Einer Untersuchung des Verteidigungsministeriums in Washington zufolge enthalten 80.000 Komponenten in Waffensystemen der USA Rohstoffe, welche nun der Exportkontrolle Chinas unterliegen.

#### Kupfer vor der Nase weggeschnappt

Momentan ist dabei auch Kupfer von hoher Bedeutung. Die Vereinigten Staaten fördern das Metall zwar auf eigenem Boden, importieren aber gleichzeitig wachsende Mengen, weil der Bedarf des zivilen und militärischen Sektors unablässig steigt. Um ihre Bezugsquellen für Kupfer zu diversifizieren, setzen die USA neuerdings verstärkt auf Lieferungen aus Afrika. Und hier kommt wiederum Peking ins Spiel. Die Volksrepublik verfügt selbst

über reichliche Kupfervorkommen, tut aber alles, um den USA das afrikanische Kupfer vor der Nase wegzuschnappen.

So kontrolliert Peking mittlerweile drei Viertel der Kupferminen in der Demokratischen Republik Kongo (DRC), dem zweitgrößten Kupferproduzenten rund um den Globus nach Chile. Deshalb stammen auch 40 Prozent des in China verarbeiteten Kupfers aus dem Kongo. Die USA versuchen nun, die chinesische Dominanz in dem afrikanischen Staat zu brechen und ihren Rohstoffkonzernen bessere geschäftliche Bedingungen in der DRC zu verschaffen.

Diesem Zweck dient unter anderem das Lobito-Korridor-Projekt, in dessen Rahmen eine Eisenbahntrasse von den Minen in der DRC über Sambia zum Hafen von Lobito in Angola entstehen soll. Außerdem steigerte Washington seinen Einfluss in der DRC durch die Vermittlung eines Friedensabkommens mit Ruanda. Wolfgang Kaufmann

IM GESPRÄCH MIT  
PROF. BERND RAFFELHÜSCHEN

**Vor Kurzem sorgte Bundeswirtschaftsministerin Katherina Reiche für Wirbel, als sie die Erhöhung des Renteneintrittsalters forderte. Wie bewerten Sie die Forderung? Hat sie recht?**

Die Vorschläge, die Frau Reiche gemacht hat, liegen ja seit 40 Jahren auf dem Tisch, sie sind also nicht wirklich neu. Nichtsdestotrotz hat sie natürlich recht. Wenn ein Mensch länger lebt, kann er nicht gleichzeitig die Zeit, die er länger auf der Erde verweilt, als Rentenbezugszeit bezahlt bekommen. Er muss anteilig zur längeren Lebensdauer auch länger arbeiten. Das ist eine Frage der Logik. So haben wir Anfang der 90er Jahre in Skandinavien – in der Zeit war ich schon in Teilzeit lehrender Professor in Norwegen – begonnen, das Ganze als Lebenserwartungsfaktor umzusetzen, indem wir das gesetzliche Rentenbezugsalter an die entsprechende Lebenserwartung anknüpften. In Deutschland hingegen wurde diskutiert, und zu guter Letzt sind wir die vorliegenden Lösungsansätze nur halbherzig angegangen. Franz Müntefering hatte 2006 als Arbeitsminister in der Großen Koalition die Rente mit 67 eingeführt, was ihm viel Ärger, insbesondere in seiner eigenen Partei, eingebracht hat. Wir hatten zudem als Rürup-Kommission vorgeschlagen, Lebenserwartung und Rentenbezugsalter miteinander zu verknüpfen. Das war letztendlich nichts anderes als die Renten-Agenda 2010 des früheren Bundeskanzlers Schröder.

**Warum leiten wir in Deutschland nicht endlich die notwendigen Schritte?**

Es sind die Interessenkonflikte, die als Bremse arbeiten. Die politische Mehrheit liegt derzeit bei denjenigen, die aktuell älter als 55 Jahre jung sind. Wären die gleichen Verantwortlichen in den 90er Jahren aktiv geworden, dann hätten sie die politische Mehrheit bei den noch Erwerbstätigen gehabt. Rückblickend kann man somit sagen, die notwendigen Schritte wären damals viel leichter umsetzbar gewesen – auch in der Argumentation – als es das jetzt ist. Aber eines ist klar, und darüber brauchen wir nicht mehr zu diskutieren: Wenn wir jetzt nicht bereit sind, die notwendigen Schritte zu gehen, dann brauchen wir es gar nicht mehr zu machen. Heißt: Wenn wir das Renteneintrittsalter jetzt nicht erhöhen, und ich meine wirklich bis 2026, dann können wir es sein lassen. Dann können wir wieder auf die nächste Regierung und die nächsten vier Legislaturjahre warten, die auch wieder für dieses Thema ein oder zwei Jahre Einarbeitungszeit benötigt, und dann reden wir in der konkreten Einführung von 2035, 2036. Also der Zeitraum, wann das Ganze überhaupt erst greifen und spürbar werden würde. Das ist ein Datum, wo alle aus den geburtenstarken Jahrgängen bereits in Rente sind. Eine Erhöhung des Rentenzugangsalters, wenn das Problem sich bereits negativ auswirkt, spielt dann gar keine Rolle mehr. Das gilt auch für den Nachhaltigkeitsfaktor, der ja die Beiträge konstant auf erträglicher Höhe halten und das Rentenniveau abschmelzen soll. Wenn wir das weiterhin aussetzen, wie es die jetzige Arbeitsministerin Bärbel Bas angekündigt hat, dann ist alles überflüssig geworden. Nach 2035 wirken die jetzt diskutierten Schwerver nicht mehr. Dann bleibt uns nichts anderes mehr übrig, als die Rente nach jeweiliger Kassenlage zu definieren.

**In welchem Zustand befindet sich Ihrer Ansicht nach die Rente in Deutschland?**

Der Zustand von einem umlagefinanzierten Rentensystem hängt davon ab, wie die demographische Situation ist und wie man sich dieser anpasst. Es gibt viele Länder, die dies nicht haben. Spanien, Italien, Griechenland und in Frankreich ist es noch schlimmer. Überall herrschte Stillstand zu den parallel laufenden demographischen Prozessen, die diesen Stillstand



Bernd Raffelhüschen appelliert vor allem an die deutschen Wähler, endlich Einsicht in das Notwendige zu zeigen, weil nur dann auch Politiker wiederum bereit sein werden, das Notwendige zu tun und umzusetzen

INTERVIEW

## „Das Richtige zu tun, wird in Deutschland bestraft!“

Rentenexperte Bernd Raffelhüschen macht im Gespräch mit der PAZ deutlich, woran es in Deutschland und dem Rentensystem krankt: mangelnder Reformwille

nicht zuließen. Deshalb schaffte man es nicht, von der komplett demographieabhängigen Umlage- mehr hin in die Kapitaldeckung zu gehen, die diese besagte Abhängigkeit nicht besitzt. Wenn man zwei Beine hat, dann sollte man auch auf beiden Beinen stehen – das haben damals die Skandinavier begriffen und die Amerikaner erst recht – nur wir nicht.

**Ein Begriff in der deutschen Rente sind die „versicherungsfremden Leistungen“. Werden damit auch andere politische Bereiche querfinanziert, allen voran die Migrationspolitik?**

Die Migration, die wir hier in Deutschland erleben, ist vor allem zu alt und viel zu unqualifiziert. Diese beiden Faktoren führen dazu, dass sie die Rentenkasse nicht belasten werden, aber dafür die Kassen, aus denen die Grundsicherung bezahlt wird. Dort landen sie nämlich, und das bedeutet: Die ungesteuerte Migration bezahlt der Steuerzahler. Somit ist es kein internes Rentenproblem, sondern ein Steuerungsproblem, das man sich in Deutschland nicht traut anzugehen, indem klar definierte Steuerungsfaktoren geschaffen werden. Noch ein Fakt mehr, den Rentenexperten seit 40 Jahren einfordern, und was wiederum in skandinavischen Systemen mittlerweile angegangen und umgesetzt worden ist. Es ist stets das gleiche leidige Thema: Woanders reagiert man und handelt richtig und vernunftgesteuert, während man in Deutschland viel zu behäbig ist. Es ist, als ob wir auf einem großen Tanker sind, den wir mit dem kleinen Paddel eines Ruderboots voranbringen wollen. Ein vergebliches Unterfangen. Wir steuern auf einen Eisberg zu, und ein Ruder hilft da nicht. Man sollte lieber schnellstmöglich mit der planlosen Ruderrei aufhören und einen Aufprallschutz in Form eines Fenders installieren, damit der Aufprall nicht zu heftig wird. Aber Notwendigkeit auszusprechen und entsprechend zu handeln, das traut sich in Deutschland keiner, vor allem kein Politiker. Der einzige, der das getan hat, hieß Gerhard Schröder, der genau dafür seine

Quittung bekommen hat. Man muss es so klar aussprechen: Schröder hat damals die größte Rentenreform in der Geschichte der Bundesrepublik durchgeführt, die parallel dazu auch die größte Arbeitsmarktreform und die größte Steuerreform in der Geschichte der Bundesrepublik war. Aber die Ernte hat Frau Merkel eingefahren, während Schröder abgestraft und vom Hof gejagt wurde. Das Resümee ist eindeutig: Das Richtige zu tun, wird in Deutschland offensichtlich bestraft.

**Norbert Blüm hat einst beschworen „Die Rente ist sicher“ – ist das noch so?**

Ja, wir können von einer sicheren Rente ausgehen. Es ist nur die Frage, von welchem Rentenniveau wir sprechen. Wir haben ja auch in Zukunft Beitragszahler, die in das Rentensystem einzahlen. Aber es muss klar sein: Die Rente der Zukunft ist eine Basisversorgung, und jeder weiß heutzutage, dass er privat oder betrieblich mit vorsorgen muss, um seine Zukunft abzusichern. Wer untätig geblieben ist, der hat das Nachsehen. Wir reden da von maximal einem Viertel der Bevölkerung, das schätzungsweise herunterfallen wird und nur mit der Basisversorgung auskommen muss. Denen wird auch kaum noch geholfen werden können. Denn weitere Beitragszahler, die diesen Menschen hätten helfen können, sind ja nicht geboren worden. Zu viele Rentenempfänger und zu wenig geborene Kinder, die Beiträge einzahlen – das ist die Lage. Daher: Es wird eine Grundsicherung sein, die als sicher betrachtet werden kann. Aber mehr nicht.

**Wir hören stets, was nicht geht. Aber was geht überhaupt noch?**

Wir tun seit Jahren exakt das Gegenteil von dem, was rational wäre. Ministerin Reiche wollte das Rentenzugangsalter auf 70 Jahre erhöhen, weil es notwendig und richtig wäre. Stattdessen tun wir alles dafür, dass die Menschen früher in Rente gehen. Alles läuft in die falsche Richtung. Wir haben abschlagsfreie Rentenzugänge nach 45 Jahren, die versicherungsmathematisch komplett unsinnig sind. Wir ha-

ben einen Abschlagssatz von 0,3 Prozent pro Monat, der absurd klein ist. Unterm Strich subventionieren wir den vorgezogenen Ruhestand bis zum Abwinken. Wir verbieten sogar, dass unsere Beamte nach dem 68. Geburtstag noch arbeiten dürfen. Obwohl viele gerne möchten. Wir tun alles dafür, dass die Menschen früh beziehungsweise zu früh aufhören zu arbeiten und im Rentensystem ankommen. Dümmer geht es nicht. Damit wären wir beim zweiten heißen Eisen, nämlich dem subventionierten Rentenzugang. Der gehört abgeschafft. Stattdessen diskutieren wir darüber, diesen noch weiter zu subventionieren. Was wir auch tun, wir tun es falsch.

**Ist das also eine rein politische Frage?**

Es ist ein Dilemma. Soll man es so machen wie einst Schröder? Also das richtige tun und sich dann einen neuen Job suchen müssen? Oder macht man es wie Frau Merkel, indem man sich gut mit den positiven Erträgen des Vorgängers durchwurschtelt. Insofern ist es doch eindeutig: Ein Politiker geht den Weg, der ihm den Job sichert. Genau das haben alle bislang getan – mit der einen besagten Ausnahme namens Schröder, der seinen Job daher auch verloren hat.

**Wir müssen also auf die Einsicht der Wähler vertrauen?**

Ja, die Menschen müssen begreifen, dass sie länger arbeiten müssen, um nicht zu wenig Rente zu bekommen. Bevor sie nicht akzeptieren, dass es Gesundheit nicht kostenlos gibt, sondern Leistungen mit Eigenbeteiligungen bezahlt werden müssen, dass man für eine vernünftige Pflege erst einmal etwas selbst finanzieren muss, statt sich alles vom Staat bezahlen zu lassen – bevor diese Einsicht nicht stattfindet, wird es auch keinen Politiker geben, der das Notwendige fordert und als Politiker überleben kann. Wollen die Wähler alles kostenfrei haben, aber parallel nichts mit zur Wertschöpfung beitragen, dann geht die Rechnung nicht mehr auf. Wer sich einmal in den USA umsieht,

der wird schnell bemerken, wie es dort brummt. Ja, wir bauen hier noch ein paar Autos, aber die Zukunft, wie zum Beispiel die KI-Technologie, wird in den USA oder China gemacht. Und bei uns? Wir freuen uns darüber, dass wir jetzt Flaschen haben, an denen man die Deckel nicht mehr vollständig abnehmen kann. Und das feiern wir auch noch als genial-große Innovation. Es hat schon etwas Absurdes an sich, wie wir hier gerade ticken. Wir müssen uns darüber klar werden: Deutschland ist kein reiches Land mehr. Das war es einmal. Aber aufgrund einer völlig falschen Energie- und Wirtschaftspolitik, einer völlig falschen Sozialpolitik ist das vorbei. Wir hatten Zeiten, wo der Sozialetat maximal 25 Prozent der Wertschöpfung ausmachte, jetzt sind wir bei über 30 Prozent angelangt. Unser Land ist von einer sozialen Marktwirtschaft zu einer marktorientierten Sozialwirtschaft geworden. Wir tun viel für sozial Benachteiligte, aber wir tun nichts mehr für diejenigen, die all das erwirtschaften, um diesen bedürftigen Menschen helfen zu können. Wir beschimpfen die Eliten, vergraulen sie, aber das sind die Initiatoren, die etwas bewegen, die etwas können, die ein Land erfolgreich machen, während wir diejenigen hofieren, die nichts dazu beitragen, dass es uns allen gut geht. Wahnsinn.

**Sind Lösungsideen von früher noch aktuell oder von der Entwicklung überholt worden?**

Einer meiner ersten Artikel, die ich verfasst habe, erschien Anfang 1990 und war ein Petitum dafür, Kapitaldeckung in Deutschland hoffähig zu machen. Das Konzept ist nichts anderes, als was unser letzter Finanzminister 2024 als Lindner-Depot vorgeschlagen hatte. Ich hatte das nachweislich 35 Jahre früher vorgeschlagen. Und deswegen hat Norwegen damals das größte Kapitaldeckungsverfahren der Menschheitsgeschichte durchgeführt. Mit dem Ergebnis, dass jetzt alle neidisch auf Norwegen blicken. Man hätte das alles heute auch in Deutschland haben können, aber man wollte nicht, weil man nicht bereit war, das zu tun, was nötig ist. Und man ist es bis heute nicht.

**Ist denn ein umlagefinanziertes Rentensystem überhaupt noch zeitgemäß?**

Unsere Rentenversicherung ist ein fantastisches System. Auch heute noch. Wir haben ein Lebensleistungsprinzip, dazu eine Einfrierung einer relativen Einkommensposition für das Alter – dieses Prinzip ist nicht schlecht. Wir sollten es sogar beibehalten. Aber bitte für die Grundversorgung, für die das eben dargestellte Prinzip wirkungsvoll und effizient ist.

**Lässt sich Versäumtes noch nachholen?**

Für ein Viertel der Babyboomer ist es zu spät. Denn Kapitaldeckung dauert im ausgereiften Zustand mindestens 30 Jahre. Wenn ich heute einem 60-Jährigen sage, dass er, wenn er 90 Jahre alt wird, in 30 Jahren die Früchte seines heutigen Konsumverzichts ernten wird, dann werde ich nichts außer Kopfschütteln ernten. Junge Menschen hingegen werden ihre Grundversorgung haben und müssen dann nur noch privat vorsorgen. Die junge Generation muss nur eins fürchten: Nämlich, dass wir ihnen die Beiträge so hochtreiben, dass sie von ihrem verdienten Einkommen nicht mehr viel übrig behalten werden. Und das nur, weil wir derart hohe Forderungen haben, die wir auch erfüllt haben wollen, ohne aber die notwendigen Kinder in die Welt gesetzt zu haben. Insofern: Die Rente ist sicher – aber nur für die Jungen, wenn sie alles richtig machen.

Das Interview führte Jens Eichler

● **Prof. Dr. Bernd Raffelhüschen** ist der deutsche Rentenexperte schlechthin. Der Wirtschaftswissenschaftler lehrte an der Universität Bergen, ist seit 1995 Professor für Finanzwissenschaft an der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg und Mitglied in diversen Aufsichtsräten.

## KOMMENTAR

## Schwarz-Rot vor dem „Herbst der Reformen“

HAGEN RITTER

Rund vier Millionen der insgesamt 5,5 Millionen Empfänger von Bürgergeld gelten als erwerbsfähig. Gleichzeitig werden Forderungen nach Erhöhung der Lebensarbeitszeit laut, und Wirtschaftsverbände drängen auf eine unkomplizierte Zuwanderung für Geringqualifizierte. Zudem ist das Bürgergeld einer der größten Ausgabenposten im Bundeshaushalt. Im Jahr 2024 hat der deutsche Staat knapp 47 Milliarden Euro für Bürgergeld-Zahlungen ausgegeben. Ein Jahr zuvor lagen die Ausgaben noch bei rund 42,6 Milliarden Euro.

Im Interview mit dem „Tagesspiegel“ kündigte CDU-Generalsekretär Carsten Linnemann nun einen „Herbst der Reformen“ an. Der Schwerpunkt soll dabei auf der Sozialpolitik liegen.

Vereinbart haben CDU/CSU und SPD zum Start ihres Regierungsbündnisses eine grundlegende Reform des erst 2023 eingeführten Bürgergeldes. Die neue Grundsicherung soll künftig mit einer Bewerbungspflicht einhergehen. Leistungsempfänger, die nicht arbeiten, obwohl sie die Möglichkeit dazu hätten, sollen zudem schärfer sanktioniert werden: „Jede arbeitslose Person hat sich aktiv um Beschäftigung zu bemühen“, so der Koalitionsvertrag.

Die konkrete Umsetzung dieser Absichtserklärung könnte nach der Sommerpause für erheblichen Streit zwischen Union und SPD sorgen. Nachdem die Neubesetzung von drei Stellen am Bundesverfassungsgericht vorerst gescheitert ist (siehe rechts), liegen die Nerven bei vielen SPD-Politikern blank. Die Neigung, bei der Bürgergeldreform auf Vorschläge der Union einzugehen, dürfte damit bei den Sozialdemokraten derzeit nicht sonderlich groß sein.

Auf scharfe Kritik gestoßen ist bereits der Vorschlag von Bundeskanzler Friedrich Merz, neue Obergrenzen für die „Unterkunftskosten“ einzuführen. Merz begründete dies mit dem Hinweis, dass Jobcenter in manchen Großstädten Bürgergeldempfängern „bis zu 20 Euro pro Quadratmeter“ erstatten. Eine vierköpfige Familie könne so mehr als 2000 Euro Warmmiete monatlich erhalten. Durch eine Neuregelung sollen sich die Unterkunftskosten, die von den Job-

centern übernommen werden, künftig an Durchschnittswerten orientieren und in Ballungsräumen nur moderat ansteigen. Vergangenes Jahr hat der Bund für diesen Posten 20 Milliarden Euro ausgegeben. Merz erklärte, dass mit seinem Vorschlag „mehr einzusparen ist als nur ein oder zwei Milliarden“.

Vize-SPD-Fraktionsvorsitzende Dagmar Schmidt bezeichnete die Merz-Idee sogleich als „unausgegoren“: Das Problem des teuren Wohnraums müsse durch Mietpreislösungen und Investitionen in den Wohnungsbau gelöst werden und lasse sich nicht „durch mehr Obdachlosigkeit“ lösen.

## Ukrainer als Nullsummenspiel

Bereits vorgelegt hat Bundesarbeitsministerin Bärbel Bas einen Entwurf zur Neuregelung des Bürgergeldbezugs von Ukraine-Flüchtlingen. Im Koalitionsvertrag hatten Union und SPD festgelegt, dass Ukrainer, die nach dem 1. April 2025 kommen, künftig kein Bürgergeld, sondern die niedrigeren Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz erhalten sollen.

Für die mehr als 1,2 Millionen Ukrainer, die vor dem Stichtag eingereist sind, ändert sich mit den Plänen des Sozialministeriums damit nichts. Nach Angaben der Bundesagentur für Arbeit haben derzeit rund 700.000 Ukrainer, darunter rund 200.000 Kinder, Anspruch auf Bürgergeld. 2024 wurden nach Angaben der Bundesregierung an Menschen aus der Ukraine rund 6,3 Milliarden Euro Bürgergeld ausgezahlt.

Das Bundessozialministerium rechnet bei der Neuregelung offenbar selbst nur mit einem Nullsummenspiel, bei dem der Bund etwas weniger ausgeben muss, dafür aber Länder und Kommunen höhere Kosten und auch mehr Verwaltungsaufwand tragen müssen.

Kaum erwähnt wird, dass sich unter den 5,5 Millionen Leistungsempfängern auch rund 400.000 Ausländer aus anderen EU-Ländern befinden. Zuletzt berichteten Jobcenter aus dem Ruhrgebiet und Berlin im Zusammenhang mit Zuwanderung aus Bulgarien und Rumänien über Fälle von organisiertem Betrug beim Bürgergeld. Bas sprach sogar von „mafiosen Strukturen“, mit denen sich Täter kriminell Bürgergeld ergaunern.



Mauscheln sich ihren Partei-Proporz zusammen: Vizekanzler Klingbeil (SPD) und Bundeskanzler Merz (CDU)

## ANALYSE

## Fatale Orientierungslosigkeit

CHRISTIAN RUDNITZKI

Im Bundestag steht nach wie vor die Wahl von drei neuen Richtern für das Bundesverfassungsgericht an. Formal Routine – faktisch ein Machtspiel, das zum Drama wurde. Parteipolitische Taktieren prägt den Prozess. Auffällig: Kaum jemand benennt, welche Haltung und Tugenden die künftigen Verfassungsrichter verkörpern sollen.

Der Fall Brosius-Gersdorf verdeutlicht diese Orientierungslosigkeit. Die Staatsrechtslehrerin zog ihre Kandidatur zurück – wegen diffuser Kriterien, die eine Debatte auslösten, die für die politischen Verantwortlichen, allen voran Kanzler Friedrich Merz, nicht schlimmer hätte verlaufen können. Ihr Rückzug wirkt wie ein symbolischer Schlussstrich unter eine Bewerbung ohne erkennbaren geistigen Bezugspunkt – ein Sinnbild für eine Rechtskultur, in der nicht Werte, sondern Machtlogik dominiert.

Das Amt eines Richters reicht weit über moderne Staatsordnungen hinaus. In den ältesten Kulturen war er nicht bloß juristischer Funktionsträger, sondern Mittler zwischen einer höheren, überzeit-

lichen Ordnung und den Konflikten der Menschen. In der biblischen Tradition verkörpert Mose diese Rolle: Er empfängt die Zehn Gebote von Gott – und tritt im Auftrag des Volkes vor ihm, weil dieses die direkte Begegnung scheut. Diese doppelte Auserwählung – von oben und von unten – macht ihn zu einem einzigartigen Mittler und leitete sein Richteramt ab.

## Parteiproporz statt Kompetenz und Unabhängigkeit

Ein Richter ist nicht Werkzeug politischer Agenden, sondern Hüter des Rechts, das der Macht Grenzen setzt. Er braucht Urteilskraft, Verantwortung und Maß. Seit der Antike steht er zwischen weltlicher Autorität und übergeordneter Ordnung – als Werkzeug der Macht oder deren Korrektiv. Auch die mittelalterliche Magna Carta lehrt: Unabhängigkeit lebt von der kulturellen Einsicht, dass es ein Recht über dem Herrscherwillen gibt.

Die Aufklärung veränderte das Fundament. An die Stelle göttlicher Maßstäbe trat das positive Recht: Gesetze galten, weil eine legitimierte Autorität sie erlassen hatte. Das 20. Jahrhundert zeigte dann, wie gefährlich das ist: NS-Deutsch-

land, Stalins Sowjetunion und die DDR machten die Justiz zum Werkzeug der politischen Herrschaft – Gesetze wurden exekutiert, nicht Gerechtigkeit.

Die aktuelle Wahlposse um das Bundesverfassungsgericht zeigt, wie weit das Verfahren von seinem Ursprung abgerückt ist. Statt über Kompetenz und Unabhängigkeit zu debattieren, geht es um Partei-proporz. Der Vorschlag Markus Söders, Verfassungsrichter künftig mit einfacher Bundestagsmehrheit zu wählen, würde die Justiz vollends parteipolitischen Besetzungen ausliefern – mit allen Risiken.

Der Streit im Bundestag legt ein fundamentales Problem offen: Ohne ein gemeinsames Verständnis, dass Richter einer höheren Idee von Recht verpflichtet sind, wird das Amt zum Werkzeug politischer Macht. Unklare Auswahlkriterien garantieren die Wiederholung des Dramas. Für Bundeskanzler Merz wäre dies die Stunde, Maßstäbe zu setzen – doch alles spricht dafür, dass er sie verstreichen lässt. Die Frage ist dringlicher denn je: Institutionelle Verantwortung oder politische Opportunismus? Wer Macht trägt, kann ihr nicht entkommen – egal, wie glatt er auftritt.

## PORTRÄT

## Hiddenseer Inselhäuptling

Wenn die Insel Hiddensee von sich reden macht, dann nur wegen der vielen begeisterten Badegäste an heißen Sommertagen. Oder wegen des Schriftstellers Gerhart Hauptmann, der dort in seinem Haus die Sommermonate verbrachte und auf dem Inselfriedhof begraben liegt.

Neuerdings macht bundesweit auch der Hiddenseer Bürgermeister von sich reden. Thomas Gens steht seit 15 Jahren der Inselgemeinde vor, aber so richtig in die Vollen scheint er erst jetzt zu gehen. Dass er erst kürzlich ein viel besuchtes „Indianerfest“ – ja, richtig „Indianer“ und nicht etwa „Indigene“ oder „Native Americans“ – ausgerichtet ließ, stieß bei den landesweiten Sprachpolizisten auf Empörung (siehe Seite 24). Das „I-Wort“ steht bei ihnen genauso auf dem Index wie „Zigeuner“ oder „Eskimo“.

Es war eine ganz gezielte Provokation von Gens, um über Hiddensee hinaus auf Mängel in der Kommunalpolitik hinzu-

weisen. Während man anderswo Feste umbenenne, fehle es an anderer Stelle: „An Personal in Kitas. An Geld für Schulen. Ja, auch an Angeboten für Kinder. Leider ... und manchmal einfach am gesunden Menschenverstand“, sagte Gens.

Und der 1970 auf Rügen geborene Bürgermeister setzte noch einen obendrauf. Ende Juli forderte er in einem offenen Brief an Bundeskanzler Friedrich Merz „Schluss mit Milliarden für Rüstung,

Krieg und Militärhilfen“ und „eine faire Politik – für unsere Heimat“. Seitdem hat er bereits rund 8000 Unterstützer mit seiner Petition erreicht.

Ist Gens heute politisch eher ein bunter, so war er früher ein schwatzschimmer Hund. Vier Jahre lang war er in der rechtsextremen Deutschen Volksunion (DVU), ehe er in die CDU wechselte. Als man ihn wegen seiner DVU-Sünde loswerden wollte, trat er selbst aus der CDU aus und wurde als Parteilosser zum Bürgermeister gewählt. Daneben überstand er Vorwürfe einer Stasi-Mitgliedschaft und wurde dreimal mit deutlicher Mehrheit zum Bürgermeister wiedergewählt: erst als Mitglied der Wählergemeinschaft „Achtsame Demokraten – Die Hiddensee-partei“ und zuletzt für die „Allianz für Hiddensee“. Dank dieser Blutsbande fühlt sich Inselhäuptling Gens stark genug, um mit Pfeilen die ganz großen Berliner Cowboys leicht zu kitzeln. H. Tews



Bürgermeister Thomas Gens, 2019

## Preußische Allgemeine

## IMPRESSUM

**Chefredakteur:** René Nehring (V.i.S.d.P.)

**Verantwortliche Redakteure:** Chef vom Dienst: Jens Eichler; Politik, Wirtschaft, Berlin, Mensch & Zeit: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbrief: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruff; Buchseite, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Heimatarbeit: Christiane Rinser-Schurt; Die Pommersche Zeitung: Brigitte Stramm.

**Verlag und Herausgeber:** Landsmannschaft Ostpreußen e.V.,

**Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchstraße 4, 22087 Hamburg.

**Druck:** Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstr. 1, 24782 Büdelsdorf. ISSN 0947-9597.

Die Preußische Allgemeine Zeitung ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Die in der Preußischen Allgemeinen Zeitung (PAZ) geäußerten Meinungen geben nicht unbedingt die Meinung der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. (LO) wieder. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung der Autoren und nicht unbedingt die der Redaktion oder der LO wieder. Auch die Werbetexte von externen Personen und Organisationen geschalteten Anzeigen geben nicht unbedingt die Meinung der LO und der PAZ wieder.

**Bezugspreise** pro Monat seit 1. Juli 2024:

Inland 18 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwert-

steuer, Ausland 20,50 Euro, Luftpost 24,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

**Einzelverkaufspreis:** 4,40 Euro.

**Anzeigen:** Ingrid Stuthmann. Es gilt Preisliste Nr. 34.

**Konto:** Commerzbank AG, IBAN: DE64 2004 0000 0634 2307 01, BIC: COBADEFFXXX

Für unverlangte Einsendungen wird nicht haftet.

**Telefon** (040) 4140 08-0  
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32  
Fax Redaktion/Anzeigen (040) 4140 08-50  
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-32  
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42  
Fax Vertrieb (040) 4140 08-51

**Internet:** www.paz.de

**E-Mail:** redaktion@paz.de  
anzeigen@paz.de  
vertrieb@paz.de

**Landsmannschaft Ostpreußen:** www.ostpreussen.de  
Bürogeschäftsstelle: info@ostpreussen.de

## Ein ganz gewöhnlicher „Kuss-Skandal“

Bei Kriegsende vor 80 Jahren entstand in New York ein berühmtes Foto – Schöpfer war der gebürtige Westpreuße Alfred Eisenstaedt

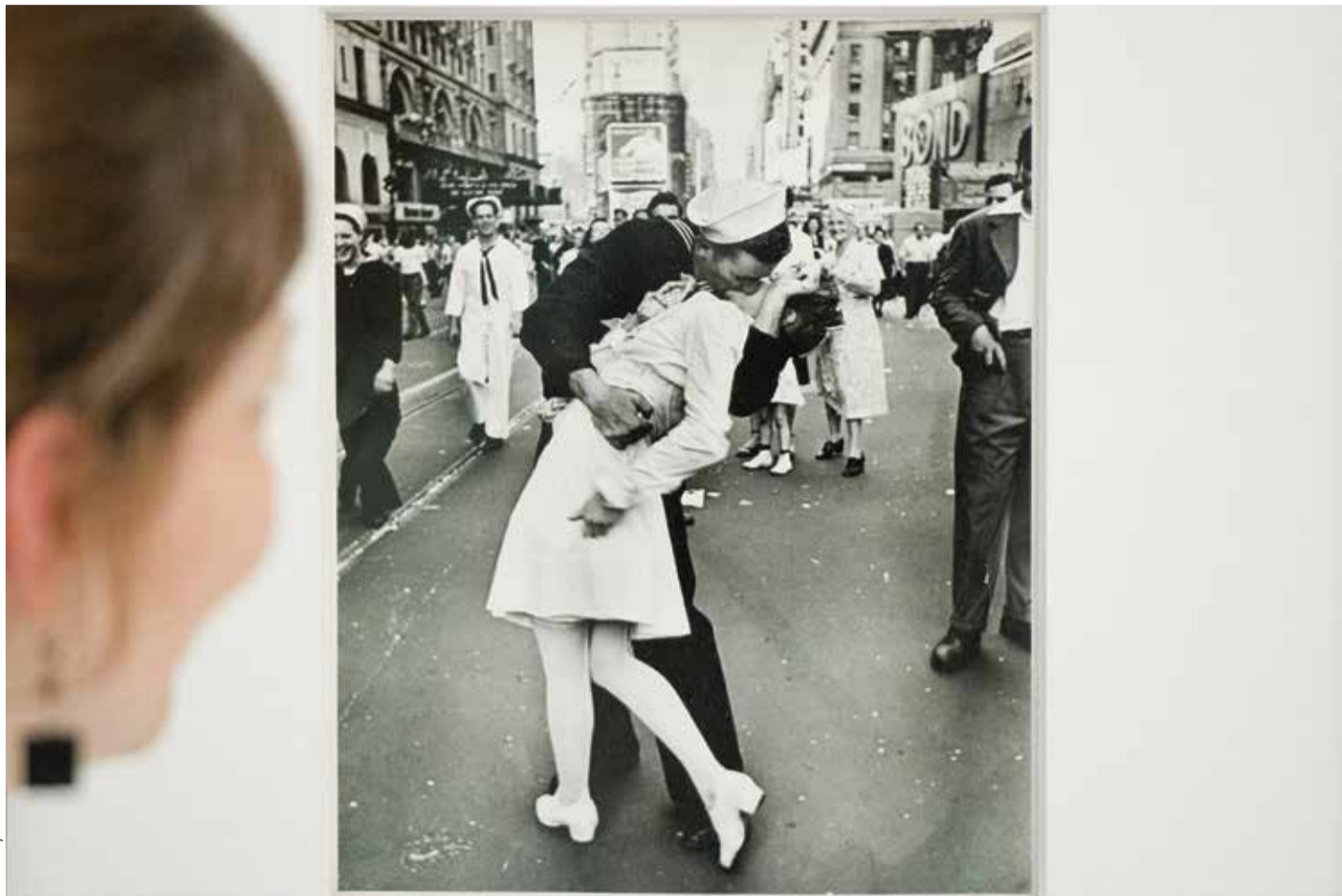
VON BETTINA MÜLLER

Im Herbst 1979 reist ein US-Bürger nach Deutschland. Er ist auf der Suche nach Fotomotiven, die unter anderem in einer Ausstellung im Smithsonian Institute in Washington gezeigt werden sollen. Und so durchstreift der Mann mit seiner kleinen Leica-Kamera unter anderem auch Berlin, die Stadt, die er seit seiner Emigration vor 44 Jahren nicht mehr gesehen hat. Alfred Eisenstaedt ist 81 Jahre alt und einer der berühmtesten Fotoreporter der Welt. Sein Aufenthalt wird vor allem in Berlin, wo er von 1906 bis Ende 1935 lebte, auch zu einer Reise in seine (deutsche) Vergangenheit.

Der 1898 im westpreußischen Dirschau geborene Eisenstaedt, der bereits als 14-Jähriger seine ersten Fotos machte, arbeitete nach seiner Gymnasialzeit in Berlin und nach dem Ende des Ersten Weltkriegs zunächst mit im Geschäft der Familie. Als er 1927 zum ersten Mal ein Foto an die „Berliner Illustrierte Zeitung“ verkaufen konnte, beendete das seine Kaufmannslaufbahn. 1929 bekam Eisenstaedt seinen ersten großen internationalen Auftrag, als er die Verleihung des Nobelpreises fotografisch begleiten durfte.

Nach seiner Emigration in die USA, in die er später auch eingebürgert wurde, brachte er es bis zum Hausfotografen des „Life“-Magazins. Eines seiner 90 Fotos, welche die Titelseite schmückten, war der ikonische Kuss eines Paares am New Yorker Times Square. Es entstand vor genau 80 Jahren anlässlich der Siegesparade, nachdem am 15. August (Ortszeit) der japanische Tenno die Kapitulation verkündete und der Zweite Weltkrieg damit auch im pazifischen Raum endete.

Es wird Eisenstaedt im Jahr seiner Rückkehr nach Berlin geschmerzt haben zu sehen, wie sich die Stadt verändert hatte. Nun war sein Auftrag, aktuelle Fotos den alten aus seiner Berliner Zeit gegenüberzustellen. Vor allem das geteilte Berlin muss für ihn sehr befremdlich gewesen sein. Seine alte Heimat, so wie er sie kannte, war unwiderruflich verloren. So gerieten die Berlin-Bilder auch zu einer Art persönlichem Abgesang. Eisenstaedt



Alfred Eisenstaedts ikonisches Bild in einer Ausstellung: „V-J Day in Times Square“ ist am 14. August 1945 entstanden

sah eine Stadt, die durch eine Mauer geteilt worden war, als ob sie der Zweite Weltkrieg nicht sowieso schon bis zur Unkenntlichkeit verstümmelt hatte.

Eisenstaedt fotografierte unter anderem ein Schaufenster des KaDeWe, wo man anlässlich der Israel-Wochen vom 14. bis zum 29. September 1979 ein eigenes Fenster gestaltet hatte, das als Werbung für die Präsentation israelischer Waren dienen sollte. „Shalom Jerusalem“ hieß es auf dem Fenster, während sich darauf der Mercedes-Stern auf dem Dach des Büroturms des Europa-Centers spiegelte, aber auch der pränante Rundbau des Leiser-Schuhgeschäfts. Und das steht heute symbolhaft dafür, wie die Zeiten sich geändert haben. 2025 würde dieses Fenster in der Stadt, in der es viele Israel-Hasser gibt, nicht lange vorhalten.

Eisenstaedt besuchte auch den jüdischen Friedhof Weißensee, wo er als

Zehnjähriger um seinen Großvater getrauert hatte und nur drei Jahre später um seinen fünfjährigen Bruder Herbert. Auch 1925 hatte er dort gestanden.

### Bilder einer deutschen Teilung

Der Vater hatte aber immerhin eine Grabstätte, anderen Mitgliedern der Familie Eisenstaedt blieb das versagt. Alle vier Kinder von Salomon Eisenstaedt – Johanna, Ida, Arthur und Erna – Alfred Eisenstaedts Onkel und dessen Ehefrau Rosa geb. Blumenheim wurden 1943 in Auschwitz ermordet. Und so geriet das junge trauernde Mädchen, das er dort auf Weißensee wohl zufällig traf, stellvertretend für seine eigene Trauer.

Vergangenheit und Gegenwart vermischten sich in diesem einen zufälligen Moment, als das Mädchen, das auch das Grab ihrer Familie besuchte, apathisch auf den Boden starrte und Eisenstaedts

kleine Kamera klickte. Der Privatmensch vermischte sich mit dem professionellen Bildreporter.

Beängstigend war das Foto eines Todesstreifens an der Berliner Mauer, aber auch das von dem Gedenkort für den Mauertoten Bernd Lünser, der am 4. Oktober 1961 bei einem Fluchtversuch an der Bernauer Straße gestorben war, als er von einem Hausdach sprang und dabei das von der West-Berliner Feuerwehr aufgespannte Sprungtuch verfehlt hatte. Und die Soldaten – auf einem weiteren Foto – im Wachturm an der Mauer, die durch die ungewöhnlichen Lichtverhältnisse schemenhaft wirkten, sahen so noch anonym aus, weil sie fast mit dem Beton zu verschmelzen schienen. Es sind Fotos, die auch dokumentarischen Wert für die Geschichte der deutschen Teilung haben.

Für Eisenstaedts persönliche Historie ganz besonders symbolträchtig war die

Stelle, an welcher der Bunker stand, in dem Hitler starb. An Bösartigkeit über-treffen konnte das nur noch ein Foto, das Eisenstaedt 1933 im Rahmen einer Reportage über die Konferenz des Völkerbunds in Genf gemacht hatte. Es lässt einen heute noch erschauern, weil Goebbels' Blick und Haltung verriet, wie sehr er Eisenstaedt aufgrund seiner Religion verachtete. Doch Eisenstaedt einzuschüchtern gelang ihm nicht, weil er laut eigener Aussage völlig angstfrei war, sobald er eine Kamera in der Hand hielt. Diese kleine Kamera in Verbindung mit Eisenstaedts Persönlichkeit hatte oft unsichtbare Schranken beseitigt und gesellschaftliche Barrieren aufgelöst; doch bei Goebbels versagte dieses Talent.

Diese Symbiose eines Fotografen mit seiner Kamera suchte seinesgleichen: den „erzählenden“ Moment finden und für die Ewigkeit festhalten, sich selber dabei zurücknehmen und vor allem keinesfalls vor dem anderen in Ehrfurcht erstarren, wer auch immer er war. Eisenstaedt war ein Mensch, der durchaus wusste, was er konnte, der privat einen gesunden Lebensstil pflegte, nicht rauchte und nicht trank. Der früh ins Bett ging und um 5 Uhr morgens aufstand, und somit eigentlich preußische Disziplin pflegte.

Der preisgekrönte Fotoreporter starb vor 30 Jahren, am 23. August 1995, während seines Urlaubs in Martha's Vineyard (Massachusetts) an einem Herzstillstand. In Erinnerung bleibt er vor allem durch sein Foto am Times Square, als ein Matrose spontan eine ihm unbekannt, vermutlich aus Österreich stammende Arzthelferin im weißen Schwesternkittel küsste. Hätte sich der Kuss in heutigen Zeiten abgespielt, wäre die Szene womöglich als sexueller Übergriff gewertet worden. Der Matrose wäre dann ähnlich wie beim „Kuss-Skandal“ im spanischen Fußball, als nach dem Gewinn der Frauenweltmeisterschaft ein Funktionär im Freudentaumel eine Spielerin küsste, mindestens zu einer Geldstrafe verurteilt worden.

● Online-Ausstellung über Eisenstaedt: [www.icp.org/browse/archive/constituents/alfred-eisenstaedt](http://www.icp.org/browse/archive/constituents/alfred-eisenstaedt)

### RENAISSANCEKUNST

## Friedrichs II. glücklicher Irrtum

Obere Galerie des Neuen Palais nach drei Jahrzehnten wieder für das Publikum zugänglich – Eine Meisterin steht im Mittelpunkt

Einem Irrtum Friedrichs des Großen ist es zu verdanken, dass im Potsdamer Neuen Palais zwei Gemälde der bedeutenden römischen Renaissancekünstlerin Artemisia Gentileschi (1593–1654) zu sehen sind. Hätte er geahnt, dass die damals einem Mann zugeschriebenen Werke von einer Frau stammten, hätte er vielleicht die Nase gerümpft und die Finger davon gelassen. Erst im frühen 20. Jahrhundert wurde die wahre Herkunft nachgewiesen.

Neben jeweils zwei Gemälden von Guido Reni und Luca Giordano sind Gentileschis Bilder nach drei Jahrzehnten wieder in der Oberen Galerie des Neuen Palais' zu besichtigen. Voraussetzung für die Öffnung der Galerie war ein partieller Fußbodenschutz, denn das wertvolle historische Parkett aus der Erbauungszeit des Hauses darf weiterhin nicht betreten werden. Die zur originalen Ausstattung des Raumes gehörenden Bilder wurden

alle von Friedrich dem Großen erworben und 1768 fest in die Wandvertäfelung eingebaut. In den vergangenen 256 Jahren hat man sie nur in Ausnahmefällen entnommen und sehr lange nicht restauriert. Dies hat man nun nachgeholt.

Das Interesse für das Œuvre Artemisia Gentileschis ist in den vergangenen Jahren deutlich gewachsen. Obwohl sie eine der ersten europaweit bekannten Malerinnen war, wurden viele ihrer Gemälde lange Zeit unter männlichen Namen geführt. Inzwischen konnten ihr zahlreiche Werke wieder eindeutig zugeordnet werden. Die feministische Epoche hat sie als Malerstar entdeckt, um deren Werke man sich auf Auktionen reißt. Vor sieben Jahren erzielte ihr Ölbild „Lucretia“ einen Preis von knapp fünf Millionen Euro.

Artemisia wurde maßgeblich von ihrem Vater, dem Maler Orazio Gentileschi, sowie vom Schaffen Michelangelo Merisi

da Caravaggios geprägt. Auf dieser Grundlage entwickelte sie eine ganz eigene Ausdrucksform. Ihre Laufbahn wurde jedoch



Artemisia Gentileschi: „Bathsheba im Bade“, 1635–45, Öl auf Leinwand

auch von persönlichen Umständen beeinflusst. Mit 17 Jahren war sie Opfer eines Verbrechens: Ein Lehrer vergewaltigte sie. Nach einem demütigenden Prozess wurde sie verheiratet und zog von Rom nach Florenz, wo sie ihr Talent entfalten konnte. Für eine Frau ihrer Zeit außergewöhnlich, ernährte sie ihre Familie mit ihrer Kunst und arbeitete für Königinnen, Fürsten, Kirchenleute und Intellektuelle. Die Gemälde in der Oberen Galerie stammen ursprünglich aus der umfangreichen Sammlung der bedeutenden Adelsfamilie der Farnese. In Deutschland gibt es außer den zwei Gemälden in der Oberen Galerie nur noch eines von ihr in Schloss Weißenstein im bayerischen Pommersfelden.

Ihr Zeitgenosse Guido Reni (1575–1642) aus Bologna war einer der einflussreichsten und begehrtesten Künstler seiner Zeit und des 18. Jahrhunderts. Er arbeitete – immer wieder auch in Rom – mit

den Carraccis zusammen, entwickelte bald einen eigenen idealisierenden, eleganten Stil mit klarer Farbgebung. Friedrich der Große erwarb eine Reihe von Bildern von ihm und seiner Werkstatt.

Der Neapolitaner Luca Giordano (1634–1705) zeichnete sich durch seinen sicheren und schnellen Malstil aus, der ihm zu außerordentlicher Produktivität verhalf und ihm den Spitznamen „Luca Fa Presto“ einbrachte. Neben Werken in Neapel hinterließ er auch in Florenz und in Spanien eine Vielzahl von häufig großformatigen Fresken und Ölgemälden. Auch von Luca Giordano besaß der preußische König mehrere Werke. H. Tews/SPSG

● „Die Rückkehr der Bilder. Schätze des Barock“ in der Oberen Galerie des Neuen Palais in Potsdam, geöffnet Mittwoch bis Montag von 10 bis 17:30 Uhr, Eintritt: 14 Euro. [www.spsg.de](http://www.spsg.de)

## PREUSSISCHE MODERNE

## „Neues Bauen“ im Freistaat

Architektur und Städtebau in Preußen während der Weimarer Zeit – 2. Teil: Die 13 Provinzen

VON INGO SOMMER

Nicht in allen acht östlichen Provinzen des Freistaates Preußen war das Neue Bauen Selbstläufer. Neben Berlin mit seinen Weltstadtprojekten fiel die Moderne in den drei preußischen Provinzen Brandenburg, Niederschlesien und Sachsen auf fruchtbaren Boden. Wohl auch, weil sie politisch eher links geprägt waren.

Da waren zuerst die zahlreichen Berliner Großsiedlungen, beginnend 1924 mit der Siedlung Schillerpark (Bruno Taut), übrigens zwei Jahre bevor das Büro Gropius den Bau seiner ersten Wohnsiedlung in Dessau (1926–1928) überhaupt begann. In allen neuen Großberliner Stadtteilen schossen sie wie Pilze aus dem Boden: 185.000 neue Wohnungen in der Zeit bis 1933. Hufeisensiedlung, Onkel-Tom-Siedlung (1926–1932), Weiße Stadt (1929–1931) und Siemensstadt (1929–1931) wurden prominent. Der Flickenteppich von 100 das alte Berlin umgebenden Orten musste städtebaulich zusammengeführt und neu gedacht werden. Straßenachsen, Platzgestaltungen, Energieversorgung und Großprojekte wie Strandbäder, Messegelände, Reichstagsverbreiterung, Hauptbahnhof und so weiter. Die Regie führte Stadtbaurat Martin Wagner (1926–1933). Die Verkehrsplanung lag in den Händen von Stadtrat Ernst Reuter (1926–1931). 1928 gründete er die Berliner Verkehrsbetriebe (BVG). Alfred Grenander baute die modernen U-Bahnhöfe.

In der Provinz Brandenburg ist zuerst die Industriestadt Brandenburg/Havel mit ihren sozialen Siedlungen und dem gemeinnützigen Wohlfahrtsforum zu nennen: ein multifunktionaler Bautyp der Krankenkasse, Schwimmbad, Arztpraxen oder Turnhalle unter einem Dach vereinigt. Andere Industriestädte waren ähnlich strukturiert: Cottbus, Frankfurt (Oder), Rathenow, Luckenwalde. Es wäre ein Versäumnis nicht auch Erich Mendelsohns Einsteinturm in Potsdam und Albert Einsteins eigenes Haus in Caputh zu nennen.

In der Preußischen Provinz Sachsen entwickelte sich in den 1920er Jahren neben der Hauptstadt Magdeburg in Leuna, Bitterfeld, Halle, Wittenberg und Erfurt eine Industrialisierung, die einen baukulturellen Modernisierungsschub bewirkte. Die Kunstgewerbeschulen Halle-Giebichenstein und Magdeburg sowie die Stadtbauräte Bruno Taut und Johannes Göderitz setzten kompromisslos auf Neues Bauen. Es entstanden Wohnsiedlungen, aber auch zahlreiche Kommunalbauten und ein bedeutendes Ausstellungszent-



Eines der ersten Projekte des sozialen Wohnungsbaus und eine Ikone des Neuen Bauens: Hufeisensiedlung in Berlin-Britz

rum. Halle, rotes Herz Mitteldeutschlands und preußische Universitätsstadt, blieb mit seinen Staatsbauten bei einer gemäßigten Architekturlinie, trat aber mit aufregend neuen Großsiedlungen hervor.

**Die acht östlichen Provinzen**

In der preußischen Provinz Niederschlesien war Breslau mit seiner Akademie für Kunst und Kunstgewerbe avantgardistischer Anziehungspunkt. Hans Poelzig, August Endell, Adolf Rading und Hans Scharoun waren dort Architekturprofessoren. Dazu die Breslauer Stadtbauräte Max Berg, Hugo Althoff und Fritz Behrendt. Ein Sonderfall war die katholische 1919 verselbstständigte Provinz Oberschlesien, das Industriegebiet um die Hauptstadt Oppeln, um Beuthen, Hindenburg und Gleiwitz.

Deutlich schwerer hatte es die Moderne in den protestantischen preußischen Provinzen Pommern, Ostpreußen und der Neugründung Grenzmark Posen-Westpreußen, die politisch konservativ geprägt waren. Die geopolitischen Verschiebungen und der wirtschaftliche Niedergang verboten hochfliegende Pläne.

In den fünf westlichen preußischen Provinzen Schleswig-Holstein, Hannover, Westfalen, Rheinprovinz und Hessen-Nassau ging die Baukultur jeweils eigene Wege in die Moderne.

Am nächsten an der Moderne war das Neue Frankfurt mit seiner fortschrittlichen Stadtregierung und Stadtbaurat Ernst May (1925–1930) mit seinem Team ultramoderner Architekten und der avantgardistischen Städelschule. Es entstanden in den zahlreichen Frankfurter Großwohnsiedlungen (1925–1934) 15.000 Wohnungen in schmucklos-kubischer Weißer Moderne. Ähnliche entstanden dann in der hessischen Provinzhauptstadt Kassel (Rothenbergsiedlung 1928–1931) und in Hanau (1926–1927). Die Moderne drang sogar bis in die katholische Barockstadt Fulda (Landesbibliothek 1930–1931) und die Universitätsstadt Marburg vor (Sanatorium Sonnenblick 1930–1932).

In der überwiegend katholischen Rheinprovinz, in Koblenz und Trier verhartete man in Traditionen, aber es kam zu erstaunlich modernen Glanzlichtern. Aachen wurde durch die Technische Hoch-

schule (1880) und die Kunstgewerbeschule (1904) in eine gemäßigte Modernität dirigiert. Düsseldorf durch die Kunstakademie. In Köln war es der preußenkritische Beigeordnete und dann Oberbürgermeister Konrad Adenauer (1906/1917–1933), der trotz Finanzknappheit das moderne Bauen vorantrieb: Wohnsiedlungen, Stadttumbau, Entwicklung von Messe (1914–1924), Universität (1919) und Werkschulen (1926). In den rheinischen Ruhrgebietsstädten Oberhausen, Duisburg, Mülheim ist eine besondere Rote Moderne, also robustes Sichtziegelmauerwerk in kubisch-klarer Formgebung zu besichtigen. Essen wurde mit seiner Folkwangschule (1911–1927) und ihrem genialen Direktor Alfred Fischer zum Kristallisationspunkt der Ruhrgebietsmoderne.

**Die fünf westlichen Provinzen**

Bochum, Recklinghausen, Gelsenkirchen, Dortmund, Hagen und Hamm gehörten zur preußischen Provinz Westfalen. Besonders im westfälischen Münsterland und im Sauerland übertrug sich der ultramontane Katholizismus auf einen Anti-

modernismus, der Neues Bauen dort zur Seltenheit werden ließ.

In den preußischen Provinzen Hannover und Schleswig-Holstein schlug die Rote Moderne mit ihren wetterfesten Ziegel- und Klinkerfassaden den Bogen zu niederdeutscher Kultur. Hannover wurde von Stadtbaurat Karl Elkart (1925–1945) in eine gemäßigt zurückhaltende Moderne gesteuert. Trotzdem finden sich bemerkenswerte Belege für Neues Bauen: in Hannover-Miesburg ein Jugendheim von Friedrich Fischer (1927). Ziegelbauten der Moderne auch in Osnabrück, Wilhelmshaven und im ostfriesischen Emden Kino, AOK und Schulen (1930–1932). Vorzeigebispiel Weißer Moderne wurde das hannoversche Celle mit den herausragenden Bauten von Otto Haesler (ab 1924).

In der preußischen Provinz Schleswig-Holstein waren die ziegelumhüllten Hafenspeicher von Kiel, Eckernförde, Flensburg, Husum und Kappeln wohl das modernste. Wohnungsbau und Hafensiedlungen blieben gemäßigt modern. Größte Stadt der Provinz war nicht die Marinestadt Kiel, sondern Altona mit herausragend vorbildlichen Wohnsiedlungen, Sozial- und Bildungsbauten. Immer wieder gab es Ausnahmen: Gut Garkau (1924–1926), der Bahnhof von St. Peter Ording (1930–1932), das Kraftwerk Schulau (1928).

Wie ging es weiter? 1937 zog der Architekt Albert Speer die Befugnisse aller Baubehörden Preußens, des Reiches und Berlins an sich. Die Moderne und viele ihrer Architekten kehrten in der Nach-NS-Zeit zurück. Ab 1950 entstanden rational geplante Satellitenstädte: Wohnsiedlungen, in Serie konstruiert, mit kompletter Infrastruktur, gereiht in Zeilen, zu Türmen gestapelt und rationell gefertigt und als moderne Nachkriegsbaupolitik anfangs begrüßt. Aber die Aura der Urbanität durch Dichte verblasste. Gleichförmige Zusammenballungen wurden zunehmend scharf kritisiert und zu sozialen Brennpunkten. Das Glücksversprechen war ja im Sinne der 1920er Jahre: Licht, Luft und Sonne. Aber Baugeschichte lässt sich nicht zurückdrehen.

Ingo Sommer: „**Preußische Moderne: Vom Ende der Pracht und eine neue Baukunst 1918–1933**“, Quellen und Forschungen zur Brandenburgischen und Preussischen Geschichte,

Band 59, Duncker & Humblot, Berlin 2024, 1 Karte, 202 teilweise farbige Abbildungen, 520 Seiten, 49,90 Euro, ISBN 978-3-428-19157-4



## HÖCHSTE STATUE DEUTSCHLANDS

## 150 Jahre Hermannsdenkmal

Die nationalliberale Bewegung ist in Deutschland gleich doppelt durch Frankreich beeinflusst worden. Zum einen durch die Revolution von 1789 mit ihren Idealen Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit. Die französische Fremdherrschaft in der napoleonischen Zeit führte zum anderen dann zur Bildung eines nationalliberalen Widerstands im deutschen Flickenteppich und dem Streben nach Einheit und Selbstbestimmung. Vor diesem Hintergrund bekam die nationalliberale Bewegung in Deutschland eine anti-französische Komponente.

Idol der Bewegung wurde Cheruskerfürst Arminius, Hermann der Cherusker genannt. Er hatte die Germanen geeint und sie siegreich in die Varusschlacht gegen römische Legionen geführt.

Ein großer Bewunderer Hermanns war Ernst von Bandel. Die Kindheit des

1800 in Ansbach geborenen Architekten war überschattet von der französischen Besatzung und den Befreiungskriegen. Er machte die Schaffung eines Hermannsdenkmals zu seiner Lebensaufgabe. Dafür verwendete er sein Privatvermögen und sammelte Spenden.

Da die Varusschlacht nach damaliger Forschung im Teutoburger Wald stattgefunden hatte, favorisierte Bandel das Areal für das Denkmal. Den konkreten Standort bestimmte der Landesherr, Leopold II. wollte, dass es auch außerhalb seines Fürstentums Lippe zu sehen war. Also wählte er einen Berg der heute zu Detmold-Hiddesen gehört: die Grotenburg.



Bandel zeigt Wilhelm I. 1869 in seiner Werkstatt den Kopf der Hermannsfigur

1838 wurde mit den Arbeiten an dem Denkmal begonnen. Acht Jahre später war der Sockel fertig. Im selben Jahr überwarf Bandel sich mit dem Detmolder Hermannsverein, der sein Projekt bis dahin stark unterstützt hatte. Somit ruhten die Arbeiten erst einmal.

Das änderte sich, als Preußen eine kleindeutsche Lösung der deutschen Frage unter seiner Führung anstrebte und sich das preußisch-französische Verhältnis verschlechterte. Seit der Luxemburgkrise von 1867 drohte fortan ein preußisch-französischer Krieg.

Nachdem der preußische König Wilhelm I. Bandel 1869 in seiner Werkstatt

besuchte hatte, brachten der Deutsch-Französische Krieg und die Reichsgründung dann für das Hermannsdenkmal den entscheidenden Stimmungsumschwung. Die benötigten 90.000 Thaler kamen zusammen. Je 10.000 kamen vom Deutschen Reich und Wilhelm I. 1082 Thaler gab Franz-Joseph I., dessen Kaisertum und Königreich nicht einmal zum Reich gehörten. 13.500 Thaler überwies andere deutsche Fürstenhäuser. Das Gros aber kam aus der Mitte der Gesellschaft von einfachen Bürgern aus dem In- und auch aus dem Ausland.

Im Beisein des Kaisers und Königs Wilhelm I. und des Kronprinzen Friedrich Wilhelm sowie Bandels wurde die mit einer Höhe von 26,57 Metern und einer Gesamthöhe von 53,46 Metern höchste Statue Deutschlands am 16. August 1875 feierlich eingeweiht. *Manuel Ruoff*

# Alaska – der verkannte Eisbärpark

Aus Geldnot musste das russische Gebiet vom Zaren verkauft werden – Die USA bezahlten 7,2 Millionen US-Dollar für ihren neuen Bundesstaat – Einst als Wildnis verschmäht, wurde es begehrtes Gold-Dorado und nun Treffpunkt von Trump und Putin

VON JENS EICHLER

Alaska ist heutzutage ein Synonym für unendliche Weiten, schneebedeckte Berge, Eisbären, Eskimos – und Ölplattformen. Der nordwestlich von Kanada gelegene US-Bundesstaat ist der größte und auch der am dünnsten besiedelte. Mit seinen Nationalparks von der Größe eines Landes und Gletschern, die größer sind als andere ganze US-Bundesstaaten, wird das Wort „episch“ Alaska kaum gerecht. Dabei begann seine Geschichte in einer ganz anderen Gestalt – nämlich als Teil einer Landbrücke. Vor etwa 20.000 Jahren, in der letzten Eiszeit, war der Meeresspiegel um mehr als 100 Meter niedriger als heute. Was also aktuell hysterisch Klimawandel genannt wird, war schon damals ein völlig natürlicher Vorgang. Wo sich heute die stürmische Beringstraße zwischen dem russischen Sibirien und dem amerikanischen Alaska erstreckt, lag ein breites Stück Land: Beringia.

Dieses damals riesige, baumlose Grasland verband die beiden Kontinente Asien und Nordamerika. Über Jahrtausende hinweg nutzten Tiere und Menschen diese natürliche Verbindung. Mammuts, Moschusochsen und Bisons zogen in Herden über die weiten Ebenen, gefolgt von kleinen Gruppen nomadischer Jäger, die Speere warfen, Feuer entfachten und neue Lebensräume erkundeten.

Die ersten Spuren menschlicher Anwesenheit – Werkzeuge, Knochen, sogar Kinderbestattungen – finden sich in Fundorten wie Upward Sun River oder den Bluefish Caves im Yukongebiet. Aus diesen Nomaden entstanden über Jahrtausende die indianischen Völker Alaskas: die maritimen Aleuten, die kunstfertigen Tlingit, die fischfangenden Yupik, die widerstandsfähigen Inupiat. Alles Stämme, die früher als Sammelbegriff „Eskimos“ genannt wurden und sich heute – politisch korrekt – als Inuit bezeichnen.

Diese Kulturen standen lange vor der Ankunft der Europäer in engem Kontakt miteinander. Handelswege führten entlang der Küsten, Felle, Kupfer, Obsidian und Geschichten wurden über hunderte Kilometer weitergegeben. Doch wenn sie keinen Handel trieben, bekämpften sie sich ebenso bis aufs Blut. Denn Sympathie empfanden sie keineswegs füreinander. Im Gegenteil: In Zeiten, wo jeder durch die Jagd und die Suche nach Essen ums Überleben kämpfte, gab es maximal die Gemeinschaft innerhalb der Stämme, aber nichts dergleichen darüber hinaus. Stammesfreundschaften? Dafür hatte man weder Zeit noch Muße. Lieber zog man dem Angehörigen eines anderen Stammes die Keule über den Schädel, weil man so wieder einen Jagd-Beute-Konkurrent weniger hatte.

## Russlands Blick nach Osten

Fast 18 Jahrhunderte lang blieb Alaska für die „Alte Welt“ ein weißer Fleck auf der Karte. Erst Anfang des 18. Jahrhunderts begann das russische Zarenreich, seine Grenzen zu dehnen – nicht nur nach Westen in Richtung Europa, sondern auch nach Osten über Sibirien hinaus. Zar Peter der Große hatte den Ehrgeiz, die Entschlossenheit und den Erobererwillen, um herauszufinden, wie weit sein Reich reichen könnte.

Im Jahr 1725 beauftragte er daher den dänischen Kapitän Vitus Bering, im Auftrag Russlands den Nordpazifik zu erkunden. Geld, Material und Zeit sollten keine Rolle spielen. Und so kam es, dass Bering nach einer ersten mehrere Jahre dauernden Seereise ohne große Erkenntnisse heimkehrte. Dem enttäuschten Zaren gefiel das Ergebnis aber nicht, und so schickte er den „dänischen Seebären“ erneut auf Entdeckungsreise. Bei seiner zweiten Expedition, 1741, erreichte Bering gemeinsam mit Alexei Tschirikow, einem russischen Seefahrer und Sibirienforscher, endlich die Küsten Alaskas. Der Empfang durch



Der Original-Scheck über den Kaufpreis in Höhe von 7,2 Millionen US-Dollar

Foto: Edouard de Stoeckl and William H. Seward Wikimedia

das raue, kalte Land war hart: eisiger Sturm, dichter Nebel und todbringender Skorbut rafften einen Großteil der ohnehin ausgemergelten Besatzung dahin. Bering selbst starb schließlich am 19. Dezember 1741 entkräftet auf einer Awatschinsel, die heute seinen Namen trägt. Der nahe Moskau geborene Tschirikow aber sackte alle Entdecker-Lorbeeren ein und gilt seither als erster Europäer, der einen Fuß auf Alaskas Boden setzte.

Was die Expedition jedoch später ins Zarenreich zurückbrachte, war schier unbezahlbar – Felle des Seeotters, so weich und dicht, dass sie binnen kürzester Zeit in China und Europa als Luxusware galten. Und schon bald strömten russische Pelzhändler – die Promyschleniki – in das neue Territorium, gierig nach dem „weichen Gold“, wie man seinerzeit die edlen Felle nannte.

Rund ein halbes Jahrhundert später, 1799, erhielt die Russisch-Amerikanische Kompanie ein kaiserliches Monopol für den Handel und damit auch die Verwaltung des Gebiets. Der Gouverneur Alexander Baranow machte Sitka zur Hauptstadt von „Russisch-Amerika“, wie Alaska titulierte wurde. Von hier aus kontrollierten die Russen Handelsposten auf Kodiak, den Aleuten und sogar an der Küste des heutigen Kaliforniens in Fort Ross.

Der Pelzhandel war lukrativ, und ebenso erbarmungslos. Die Russen zeigten sich von der blutrünstigsten Seite: Viele in Alaska lebende Indianerstämme wurden brutal gezwungen, für die Russen zu jagen. Wer nicht freiwillig zustimmte, wurde gefoltert oder gleich vor den Augen der Familie niedergemetzelt. Hinzu kamen Krankheiten wie Pocken, die von den Russen eingeschleppt wurden und die Bevölkerung dezimierten. Dennoch entstanden neue Gesellschaftsformen – insbesondere Kinder aus ebenso freiwilligen wie unfreiwilligen Verbindungen zwischen russischen Männern und indianischen Frauen. Die sogenannten Kreolen, entwickelten mit der Zeit eine eigene Kultur, die Sprachelemente, Kleidung und Glaubensvorstellungen nach und nach mischte.

Mit der Zeit jedoch stieß das Imperium an seine Grenzen: Die rücksichtslose Jagd und Abschlechterei der Seeotter führte zu dramatischem Bestandsrückgang. Die Versorgung der entlegenen Siedlungen wurde hingegen immer immer teurer, und russische Interessen verschoben sich nach Osten und Süden.

Mitte des 19. Jahrhunderts stand Russland zunehmend finanziell unter Druck. Der dreijährige Krimkrieg von 1853 bis 1856 hatte die Staatskassen bis auf den Boden geleert und parallel dazu gezeigt, wie verwundbar weit entfernte Gebiete waren. Damit wurde auch im Zarenpalast eines gewiss: Sollte ein Krieg mit Großbritannien ausbrechen – der zu dieser Zeit drohend bevorstand –, würde Alaska, das nun einmal nahe den britischen Kolonien in Kanada gelegen war, wohl kaum zu verteidigen sein.

## Ein Verkauf aus schlichter Geldnot

Die Lösung lag für den Zaren und seine beratende Regierungsentourage auf der Hand: verkaufen! Und zwar am besten solange der Preis noch stimmt. Denn einen potenten Kaufinteressent gab es: die USA. Sie boten sich als Käufer an. Der damalige Außenminister William H. Seward sah nämlich in Alaska überaus großes strategisches und wirtschaftliches Potenzial. Nach langen, zähen und harten Verhandlungen unterzeichneten beide Seiten gegen 4 Uhr am Morgen des 30. März 1867 den Kaufvertrag: 7,2 Millionen US-Dollar – etwa zwei Cent pro Acre – für rund 1,6 Millionen Quadratkilometer. Aus heutiger Sicht ein Schnäppchen. Kein Wunder, dass die Reaktion in den USA zunächst eher spöttisch ausfiel. Zeitungen nannten Alaska „Sewards Dummheit“ oder „Sewards Eistruhe“. Die Zeitung „New York World“ bezeichnete das gekaufte Alaska als „ausgelutschtes Orange“, weil es angeblich nichts Wertvolles besaß außer Pelztiere, die aber von den Russen ohnehin schon alle erlegt worden waren. Und die „New York Tribune“ schrieb von einer „gefrorenen Wildnis“, in der sich lediglich ein paar eisverliebte Indianer gegenseitig umbringen würden. Selbst innerhalb der Regierung war man von dem Kauf nicht wirklich überzeugt und sprach vom „Eisbärpark“ des Präsidenten Andrew Johnson.

Doch trotz aller Witzeleien und des vielen Spotts sollte sich schon bald der wahre Wert des Kaufs zeigen: Das 1896 entdeckte Gold löste einen Goldrausch am Klondike aus, der Zehntausende Glücksritter durch Alaska Richtung Yukon strömen ließ. Im Zweiten Weltkrieg wurde zudem die militärische und strategische Qualität Alaskas erkannt. 1968 entdeckte man riesige Erdölfelder in Prudhoe Bay, die den Wert des einst so billig gekauften

Nachdem die USA das Gebiet Alaskas von Russland abgekauft hatten, wurde es intern als „Eisbärpark“ verspottet – heute steht es für Schätze aus Gold, Öl und dazu einen Treffpunkt für geopolitische vertrauliche Gespräche zwischen Trump und Putin

Bodens um ein Vielfaches steigen ließ. Bis 1977 mit der Fertigstellung der Trans-Alaska-Pipeline ein weiterer Wirtschaftsmotor für die USA gestartet wurde.

Mit Beginn des Kalten Kriegs wurde der nördlichste US-Bundesstaat zur vordersten Frontlinie zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion. Lächerliche vier Kilometer trennen die Diomedes-Inseln in der Beringstraße – „Big Diomedede“ gehört zur Russischen Föderation, „Little Diomedede“ hingegen zu den USA. Militärbasen, Frühwarnsysteme und Abfangjäger prägten Jahrzehnte die Landschaft. Anchorage und Fairbanks wurden zu strategischen Drehkreuzen. Die Nähe zu Russland machte Alaska sowohl verletzlich als auch wertvoll.

## Geopolitischer Treffpunkt

Heute ist Alaska ein Bundesstaat, in dem indianische Traditionen, russisches Erbe und amerikanischer Pioniergeist aufeinandertreffen. Es ist reich an Öl, Gas, Fischbeständen, an Nationalparks, Wildnis und einer strategischen Lage, die in geopolitischen Planungen immer noch eine zentrale Rolle spielt. Denn wohlgekannt: Alaska ist kein neutraler Boden – und genau deshalb auch eine treffende Wahl für ein Gipfeltreffen mit überaus großer Symbolkraft. Hier stoßen buchstäblich Ost und West aufeinander, getrennt nur durch eine schmale Wasserstraße. Die Geschichte selbst erzählt von Verschiebungen der Macht: einst russisch, heute amerikanisch.

Für ein Treffen zwischen Russlands Präsident Wladimir Putin und US-Präsident Donald Trump bietet Alaska drei entscheidende Vorteile:

1. Historische Symbolik: Der Ort erinnert beide Seiten daran, dass Grenzen verhandelbar sind und einst friedlich verschoben wurden.
2. Geographische Nähe: Kürzere Anreise aus Moskau als aus Washington; logistisch somit sehr effizient.
3. Abgeschiedenheit und Sicherheit: Militärpräsenz garantiert Schutz, während die Landschaft Raum für vertrauliche Gespräche lässt.

Die Wahl Alaskas ist somit nicht nur eine praktische Entscheidung, sondern auch eine Botschaft: Zwischen Russland und den USA gibt es noch Orte, an denen Geschichte nicht trennt, sondern sogar verbindet.

VON WOLFGANG KAUFMANN

Die US-Amerikanerin Leandra Medine war eine Modebloggerin der ersten Stunde. In ihrem Internet-Tagebuch veröffentlichte sie ab 2010 Beiträge über einen selbst kreierten Kleidungsstil, der stark an Pippi Langstrumpf erinnerte: „Ich mache mir die Welt, wie sie mir gefällt.“ Wobei das Ganze in diesem Fall mit waghalsigen Griffen in den Kleiderschrank einherging, an deren Ende provozierend vorsätzlich unvorteilhafte Looks standen.

So kombinierte Medine ausgeleierte Strickjacken, Rüschenblusen oder andere unvorteilhafte Oberteile in Übergröße mit gemusterten langen Röcken über pinkfarbigen Caprihosen. Dazu kamen klobige knallbunte Schuhe, Handtaschen in voluminöser Wassermelonen-Optik sowie übergroße eckige Brillen und schließlich noch buschige Augenbrauen. Im vollen Bewusstsein dessen, dass dieser Stil wenig attraktiv auf Männer wirkte, gab Medine ihm den Namen „Man Repeller“, zu Deutsch „Männer-Vergrauler“.

Die Mode-Avantgardistin mit jüdischen, türkischen und iranischen Wurzeln fand damit viel Zuspruch und landete 2012 sogar auf der Liste des „Forbes Magazine“ der 30 einflussreichsten Persönlichkeiten unter 30 Jahren. Einige Jahre später wurde es dann allerdings still um Medine, weil ihre Mode-Ideen an Originalität einbüßten und man ihr zudem noch Rassismus vorwarf – angeblich hatte sie den Modewünschen von Farbigen zu wenig Aufmerksamkeit gewidmet. Nun allerdings erlebt die Man-Repeller-Mode ein fulminantes Comeback. Junge Influencerinnen stellen unter Pseudonymen wie „rose.mei.gui“ Videos ins Internet, welche Titel tragen, die Programm sind: „So kannst Du einen Rock nutzen, um Männer zu terrorisieren.“

Dabei gehen sie nicht nur verbal weiter als Medine, die inzwischen einen Finanzberater der Investmentbank UBS geheiratet hat und Mutter dreier Töchter ist, sondern auch bei den „modischen Details“. So sollen jetzt zusätzlich wuchern die Achsel- und Beinhaare, gebleichte Augenbrauen und grotesk übertriebene Schminke abschreckende Wirkung auf die Männerwelt entfalten. Gleichzeitig springen manche weiblichen Prominente auf den fahrenden Zug auf. Zu diesen gehören die beiden Models Isabella Khair Hadid und Hailey Bieber sowie die Schauspielerin Julia Fox. Fox sagte in einem Interview: „Männer hassen meine Aufmachung ... Aber das ist mir egal, weil die Girls und Gays sie lieben.“

#### „Kontrolle über eigenen Körper“

Begleitet wird das Ganze von euphorischen Kommentaren in den einschlägigen Zeitschriften. Die „Cosmopolitan“ schrieb im Mai, der Man-Repeller-Trend



Achselhaare bei Frauen: nicht schön, nicht sexy, aber stylish beim Man-Repeller-Look

Bild: picture alliance / imageBROKER | Ivan Las Heras

#### ROLLENBILDER

## Der neue-alte Kult um die gewollte Hässlichkeit

„Männer-Vergrauler“: Frauen machen sich bewusst unattraktiv, um sich gegen ein „sexistischer“ werdendes Frauenbild aufzulehnen – Ursachen für zunehmende sexuelle Gewalt werden ausgeblendet

„feiert Individualität, Stilbruch und Selbstbestimmung“. Und in der „Brigitte“ hieß es unlängst, der Name „Man Repeller“ sei Programm. „Aber eben nicht, weil Frauen keine Lust auf Männer hätten – sondern weil sie sich endlich von der Vorstellung lösen, sich ‚gefällig‘ kleiden zu müssen.“ Dem folgten dann noch allerlei hochpolitische Erklärungen wie: „Während der ‚Man Repeller‘-Style in den 2010ern ein feministisches Augenzwinkern war, ist sein Comeback 2025 ein Aufschrei.“ Denn das Frauenbild werde weltweit „konservativer, restriktiver und sexistischer“.

Verantwortlich hierfür machen die Kolumnistinnen – so beispielsweise Leonie Wessel vom Magazin „Annabelle“ – Männer vom Schlage Donald Trumps, dessen Wiederwahl eine „offensichtlich frauenfeindliche Machternenung“ gewesen sei und der „toxischen Männlichkeit“ zum rasanten Aufschwung verholfen habe. Der Man Repeller-Look „kann daher

als klare Antwort auf eine politische Stimmung verstanden werden, in der Frauen ihre Gleichstellung abgesprochen wird und sie auf ihr Aussehen reduziert werden. Sie wehren sich durch ihre Kleidung, um Kontrolle über den eigenen Körper und wie er wahrgenommen wird zurückzuerhalten. Raus aus der männlichen Bewertung, hinein in den Widerstand und die weibliche Solidarität.“

#### Der rosa Elefant im Raum

In manchen Erklärungen steht zudem: Während es früher darum gegangen sei, sich vom männlichen Blick freizumachen und modisch zu emanzipieren, dominiere heute die Notwendigkeit, Schutz vor Männern beziehungsweise dem übergriffigen Verhalten der „Alpha-Männchen“ zu finden. Die weiten Kleidungsstücke, welche alle weiblichen Konturen verhüllen, und die so gezielt herbeigeführte Hässlichkeit sollen also nicht mehr vorrangig der Selbstverwirklichung oder wenigstens

der Bequemlichkeit im Alltag dienen, sondern die Frau als samt ihrer Sexualität unattraktiv machen. Und das kann tatsächlich eine angemessene beziehungsweise gar überlebensnotwendige Strategie sein, wobei aber bislang keine der Mode-Journalistinnen den Mut aufbrachte, den rosa Elefanten im Raum zu erwähnen. Nämlich das Problem der zunehmenden Übergriffe gegen Frauen in der Öffentlichkeit, die eben nicht pauschal von „Männern“ ausgehen, sondern nur von einer ganz bestimmten Klientel, zu der überproportional viele Einwanderer gehören.

Das beweist unter anderem ein Blick auf die Zahlen hierzulande. Laut der Polizeilichen Kriminalstatistik des Bundeskriminalamtes gab es 2024 wie schon in den Jahren zuvor erneut einen deutlichen Anstieg bei den Sexualdelikten, der diesmal bei 9,3 Prozent lag. Von den knapp 13.500 Opfern waren wiederum fast 94 Prozent weiblich. Aus der jüngsten detaillierten

Auswertung der Daten von 2023 geht dann zudem hervor, wer hier als Täter in Erscheinung trat. Damals waren dies 6461 Deutsche und 3834 Nichtdeutsche. Dabei machten Personen ohne deutsche Staatsbürgerschaft nur einen Anteil von 15,2 Prozent an der Gesamtbevölkerung aus, während sie den Zahlen nachmarkante 37 Prozent der Sexualstraftäter stellten. Darüber hinaus befinden sich unter den in solchen Statistiken erfassten Deutschen regelmäßig etliche Personen mit Migrationshintergrund, wie die teilweise bekannt gewordenen Vornamen verraten.

Insofern geht es auch meist an der Realität vorbei, das Phänomen der Rückkehr der Man Repeller-Mode mit der angeblich wachsenden Vorliebe von Männern aller Art für traditionelle Werte zu erklären. Es sei denn, diese Werte sind Importe aus fremden Kulturkreisen, in denen Frauen bis heute weniger Rechte besitzen und gezwungen werden, sich nicht „aufreizend“ zu kleiden.

#### MODE

## Frauen im Visier wegen „MAGA-Look“

Faltenfrei, dünn, langhaarig „und fast immer weiß“: US-Zeitung will Einheitslook der „Trump-Frauen“ entziffert haben

Normalerweise ist es in den „politisch korrekten“ Kreisen der USA verpönt, weibliche Personen, die ein politisches Amt bekleiden, auf ihr Äußeres zu reduzieren. Aber bei Frauen aus dem Umfeld des derzeitigen Präsidenten Donald Trump wirft die viel gelesene linksliberale Tageszeitung „The New York Times“ dieses hehre Prinzip schon mal über Bord: Die „Trump-Frauen“ hätten allesamt einen sonnengebräunten Teint, faltenfreie Gesichter, aufgespritzt-voluminöse Lippen, künstliche Wimpern und markante Augenbrauen.

Darüber hinaus seien ihre Haare stets lang, mittig gescheitelt und leicht gewellt.

Und „sie sind immer dünn und fast immer weiß“. Für dieses charakteristische Äußere prägen die Trump-Kritiker zwei Wortkreationen, die begierig von der Presse aufgenommen wurden: „Mar-a-Lago-Face“ in Anlehnung an das private Anwesen des Präsidenten in Florida und „MAGA-Look“, wobei „MAGA“ für Trumps „Make America Great Again“-Bewegung steht. Gleichzeitig verwies die „New York Times“ darauf, dass viele der „Trump-Frauen“ früher anders ausgesehen und eine optische Verwandlung vollzogen hätten.

Hierfür kreierte das Blatt den Begriff „Trumpification“. Diese mutmaßliche

Metamorphose dient dem Blatt als Rechtfertigung für das Herumreiten auf dem Aussehen: Die äußerliche Veränderung unter dem Einfluss von Trump sei keine Frage des Geschmacks gewesen, sondern eine politische Stellungnahme, weswegen sich die öffentliche Auseinandersetzung damit weit über banale Stilkritik erhebe.

Zudem kommen vermeintliche Expertinnen zu Wort, welche solche Sichtweisen unterstützen. So etwa die Religionshistorikerin Kristin Kobes Du Mez von der Calvin University in Grand Rapids (Michigan), die verkündet, dass das Frauenbild der Trump-Regierung auf den Idealen patriarchal geprägter evangelikaler

Kreise basiere, in denen offene Frauenfeindlichkeit herrsche. Allerdings gebe es „einen Platz für Frauen in dieser Kultur, ... wenn sie die gesamte Agenda hundertprozentig unterstützen“ und bereit seien, als freundliche Gesichter eines autoritären Projektes zu dienen.

Das gelte nicht zuletzt für die Heimatschutzministerin Kristi Noem, welche gerne feminines Aussehen mit knallhartem Auftreten kombiniere, oder Trumps Pressesprecherin Karoline Leavitt, die dazu auch noch demonstrativ ein Kreuz an der Halskette trage. Weitere Beispiele für „MAGA-Frauen“ mit einem „Mar-a-Lago-Gesicht“ sollen die „weit rechts stehen-

den“ und „polarisierenden“ republikanischen Vertreterinnen im US-Kongress Marjorie Taylor Greene und Lauren Boebert sein, die unter anderem als Waffenrechtsaktivistinnen und Verschwörungstheoretikerinnen attackiert werden.

Allerdings existiert mindestens eine Ausnahme, über welche die „New York Times“ und angebliche Experten wie Du Mez nonchalant hinwegsehen: Trumps eindeutig übergewichtige Spitzenberaterin und Stabschefin Susan Wiles entspricht mit ihren kurzen grauen Haaren und vollkommen unspektakulären Hosenzügen in keiner Weise dem angeblichen Typus der „MAGA-Frauen“. W.K.



## CHRISTIAN DONELAITIS

# Litauen fördert Gedenken an den Dichter

Anlässlich ihres 30-jährigen Bestehens weitet die litauische Donelaitis-Gesellschaft ihre Aktivitäten aus

VON BODO BOST

Nachdem das Museum des litauischen Dichters Christian (Kristijonas) Donelaitis (1714–1780) im Dorf Tollmingkehmen [Tschistije Prudy], Kreis Goldap, in „Literaturmuseum“ umbenannt wurde, will die Republik Litauen das Gedenken im eigenen Land verstärken, wie die Donelaitis-Gesellschaft mitteilte.

Donelaitis, protestantischer Pfarrer einer deutsch-litauischen Gemeinde in Tollmingkehmen im nördlichen Ostpreußen, der am 1. Januar 1714 in Lasdinehlen (von 1938 bis 1946 Gut Altkrug), einem heute untergegangenen Gutsdorf im Kreis Gumbinnen, geboren wurde, gilt mit seiner Dichtung *Metai* (Jahreszeiten) als Begründer der weltlichen litauischen Literatur. Er schrieb aber auch in deutscher Sprache. Außerdem sprach er auch Griechisch, Hebräisch und Französisch.

Gintaras Skamaročius, Vorsitzender der Donelaitis-Gesellschaft, hatte im Januar dieses Jahres gegenüber einem litauischen Fernsehsender erklärt, dass das Donelaitis-Museum klammheimlich von russischer Seite umbenannt worden war. Das Museum befindet sich in einem Gebäude der ehemaligen lutherischen Kirche und des Pfarrhauses, in dem Donelaitis als Pfarrer lebte, arbeitete und seine Werke schuf.

Im Jahr 1964, als es noch keine Grenze zwischen Litauen und dem Königsberger Gebiet gab, wurde beschlossen, das Gebäude der ehemaligen lutherischen Kirche im Dorf Tollmingkehmen zu restaurieren. Am 14. Juni 1979 wurden die sterblichen Überreste des Dichters in der Krypta der restaurierten Kirche beigesetzt. Damals war es eines der wenigen noch genutzten Kirchengebäude in der Region. Am 11. Oktober 1979 wurde unter den Gewölben der Kirche das Donelaitis-Gedenk-Museum eröffnet.

Die Donelaitis-Gesellschaft wurde am 13. September 1921 während der Völkerbundverwaltung in Memel gegründet und im März 1992 neu konstituiert sowie formell in Wilna neu registriert. Aber noch



Vor der evangelisch-lutherischen Kirche in Mariampole: Denkmal für den Dichter Christian Donelaitis

Foto: Screenshot trip,It

früher, am 10. Juni 1905, wurde die Donelaitis-Gesellschaft in Collinsville, Illinois, in den Vereinigten Staaten von Amerika, von Emigranten aus Groß- und Kleinlitauen gegründet. Sie hatten das Bedürfnis, sich zusammenzuschließen, um sich von dem ehemaligen gemeinsamen Staat Litauen und Polen, von der katholischen groß-litauischen und polnischen Gemeinschaft zu trennen und eine eigene protestantische klein-litauische Gemeinschaft zu gründen.

### Doneleitis-Gesellschaft entstand in der Völkerbundszeit in Memel

In diesem Jahr feiert die Donelaitis-Gesellschaft ihr 33-jähriges Bestehen. Die 1992 in Wilna gegründete Gesellschaft setzt die Tradition fort, die 1921 in Memel begann. Nach der zweiten Unabhängigkeit Litauens hat die Organisation ihre Aktivitäten auf das ganze Land ausgeweitet und Ortsgruppen in Wilna, Memel, Marijampol, Panevėžys und Schaulen [Šiauliai]

gegründet. Eine der wichtigsten Aktivitäten der Gesellschaft ist die Veröffentlichung der Zeitschrift „Donelaičio žemė“ (Das Land von Donelaitis). Die Zeitschrift erscheint viermal im Jahr im Magazinformat. Sie kann nicht nur in der üblichen Papierform, sondern auch online unter [Donelaitis.info](http://Donelaitis.info) gelesen werden.

Die ersten Ausgaben waren für die litauische Gemeinschaft im Königsberger Gebiet bestimmt – eine Art erste Hilfe für die Litauer in der russischen Exklave, die um 1960 zehn Prozent der dortigen Bevölkerung stellten. Der russisch-sowjetische bürokratische Apparat bereitete einer litauischen Zeitschrift große Probleme. Zu ihren besten Zeiten hatte sie eine Auflage von mehr als 2000 Exemplaren. Die nächste Ausgabe wird die 250. sein.

In Vorbereitung auf die Gedenkfeier zum 300. Geburtstag von Donelaitis, die 2014 stattfinden sollte, hatte das Litauische Nationalmuseum einige Möbel, die für Klein-Litauen typische Frauenklei-

dung, Tonbänder und Karten in Auftrag gegeben und hergestellt. Doch nach der Besetzung der Krim weigerte sich die Russische Föderation, die Exponate anzunehmen, da es keinen Regierungsbeschluss gab. Im Jahr 2022, nach dem russischen Einmarsch in der Ukraine, wurden alle litauischen Organisationen, die in der Region Königsberg tätig waren, aufgelöst.

### Russland wies Exponate zurück

Jetzt befinden sich diese Exponate im „Kristijonas Donelaitis Gymnasium“ in Kibarten, direkt an der Grenze des Königsberger Gebiets und am Suwalki-Korridor gelegen, in Litauen. Dieses Gymnasium organisiert jedes Jahr mit der lutherischen Gemeinde und den Deutschlehrern der Schule eine Doneleitis-Gedenk-Veranstaltung. Die nächsten Veranstaltungen der Donelaitis-Gesellschaft werden jedoch in Polen und Memel sein. Es gibt Denkmäler für Donelaitis in Marijampol und ein kleines in Kėdainiai im Zentrum Litauens.

## ● NACHRUF

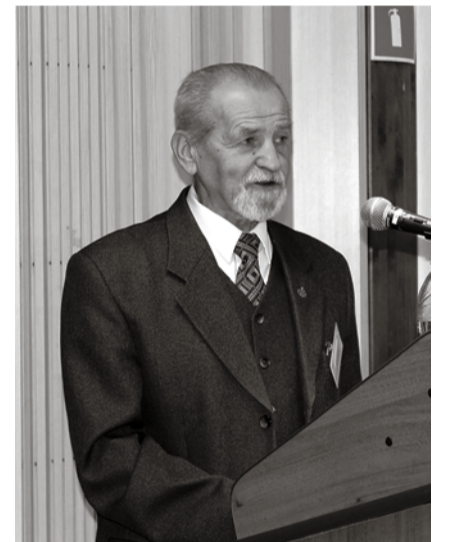
# Zum Tod von Leonid Kalinnikow

Der international anerkannte Kant-Experte Leonid Kalinnikow ist tot. Wie die Immanuel-Kant-Universität in Königsberg bekannt gab, verstarb der Philosophieprofessor am 6. August im Alter von 89 Jahren.

Leonid Kalinnikow hat sich mehr als 50 Jahre lang mit dem Werk Immanuel Kants beschäftigt, den er für den authentischsten Philosophen hielt, der „über allen anderen stehe“ und von dem man auch heute noch viel lernen könne. Seine letzte, die 101., Vorlesung über Kant hielt der Professor vor einem Jahr.

Der Philosoph war Mitgründer der „Allrussischen Kant-Gesellschaft“, die überaus enge Kontakte zur Kant-Gesellschaft in Mainz unterhielt. Neben dem Bemühen, Immanuel Kants absolute gesellschaftliche Ziele vor allem der Jugend nahezubringen, setzte Kalinnikow sich für die Einrichtung von Erinnerungsorten zu Ehren Kants ein. Auf dem 5. Deutsch-Russischen Forum der Landsmannschaft Ostpreußen, das 2012 in Königsberg stattfand, hielt Kalinnikow einen Vortrag zum Thema „Kant als Erinnerungsort“.

MRK



Deutsch-Russisches Forum in Königsberg: Leonid Kalinnikow hält einen Vortrag über Kant

Foto: MRK

## ALLENSTEIN

# Universität Ermland-Masuren glänzt in Ranglisten

Ausrichtung am Bedarf nach breitem Bildungsangebot zahlt sich aus – Erfolge im nationalen und internationalen Vergleich

Die Universität Ermland-Masuren in Allenstein erlebt eine bemerkenswerte Entwicklung. Dies spiegelt sich in ihrem Aufstieg in mehreren bedeutenden nationalen und internationalen Hochschulrankings wider. Das bezeugt nicht nur die wachsende wissenschaftliche Bedeutung der Universität, sondern auch ihre strategische Ausrichtung auf Innovation, Internationalisierung und die Anpassung an moderne Anforderungen des Arbeitsmarkts.

Im „Ranking der akademischen Hochschulen“ der polnischen Stiftung Perspektiven (Perspektywy) gelang der Allensteiner Uni ein beachtlicher Sprung nach vorne. Sie belegte den 45. Platz unter allen bewerteten Hochschulen in der Republik Polen – eine Verbesserung um fünf Positionen gegenüber dem Vorjahr. Noch deutlicher wurde der Fortschritt im „Ranking der Universitäten“, in dem die Hochschule auf Platz 11 aufstieg.

Diese Resultate bestätigen die Universität in ihrem kontinuierlichen Bemühen, ihr Bildungsangebot weiterzuentwickeln und ihre Position im Hochschulsystem zu festigen. Auch auf der internationalen Bühne wird die Allensteiner Uni zunehmend wahrgenommen. Im weltweiten Vergleich des Center for World University Rankings verbesserte sich die Hochschule um 72 Plätze und rangiert nun auf Position 1459. In der Republik Polen rangiert sie unter den Top 10 der klassischen Universitäten. Diese Bewertung basiert auf der Qualität der Lehre, der Anzahl wissenschaftlicher Publikationen sowie der Beschäftigungsfähigkeit von Absolventen. Die Universität übertrifft damit 24 andere polnische Hochschulen im erwähnten Ranking.

Die Ursachen für diesen spektakulären Aufstieg sind vielfältig. Eine wesentliche Rolle spielt die Zahl qualitativ hochwertiger

Publikationen, deren internationale Zitationen stetig zunehmen, ebenso wie die Beteiligung der Forscher an internationalen Projekten.



Sehr erfolgreich: Allensteiner Uni

Die Universität hat zahlreiche Partnerschaften mit ausländischen Forschungseinrichtungen aufgebaut. Ein wichtiger Erfolgsfaktor ist die starke Ausrichtung auf strategische Fachrichtungen. Die Uni Ermland-Masuren erzielt regelmäßig Spitzenpositionen in fachbezogenen Rankings – unter anderem in Tierzucht, Veterinärmedizin, Landwirtschaft und Forstwirtschaft sowie in Diätetik, Landschaftsarchitektur und Umwelttechnik. Das zeigt, dass die Universität sowohl im Bereich der angewandten Wissenschaften als auch in den klassischen Natur- und Lebenswissenschaften eine führende Rolle einnimmt.

Die Allensteiner Uni ruht sich jedoch nicht auf ihren Erfolgen aus, sondern entwickelt ihr Studienangebot ständig weiter, um den Erwartungen junger Menschen und den Anforderungen des modernen Arbeitsmarkts gerecht zu werden. Für das akademische Jahr 2025/2026 wurden fünf

neue Studiengänge eingeführt, die gezielt auf aktuelle gesellschaftliche und wirtschaftliche Herausforderungen reagieren. Dazu gehören „Kommunikation und Public Relations“, „Multimedia und digitale Kreation“, „Musik und Bühne“, „Musikproduktion und Tontechnik“ sowie „Verwaltung“ an der Außenstelle in Lyck.

Diese neuen Fachrichtungen ergänzen das ohnehin breite Angebot der Universität, das derzeit mehr als 70 Studiengänge umfasst.

Dawid Kazański

● **Korrektur** Bei dem Interview in Nr. 32, Seite 23, wurde versehentlich der Nachname des Autors in der Unterzeile falsch geschrieben sowie in der Bildunterschrift der Vorname fälschlicherweise mit „Florian“ angegeben. Richtig heißt der Interviewte **Julian Patzer**. Wir bitten, den unschönen Fehler zu entschuldigen.

## Wir gratulieren...



## ZUM 102. GEBURTSTAG

Frank, Gertrud, geb. Palm, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 21. August

## ZUM 100. GEBURTSTAG

Radzyk, Alfred, aus Willenberg, Kreis Ortelsburg, am 15. August

## ZUM 99. GEBURTSTAG

Kierstein, Helmut, aus Maschen, Kreis Lyck, am 16. August  
Prawdzyk, Regina, aus Gingen, Kreis Lyck, am 18. August  
Ringat, Paul, aus Bilderweiten, Kreis Ebenrode, am 16. August

## ZUM 98. GEBURTSTAG

Ehlert, Erna, geb. Rekkittke, aus Drenken, Kreis Mohrunen, am 19. August  
Hellwich, Helga, aus Polzenhof, Kreis Elchniederung, am 19. August  
Lipp, Siegismund, aus Allenburg, Kreis Wehlau, am 18. August  
Ollech, Karl, aus Samplatten, Kreis Ortelsburg, am 20. August  
Podschatly, Liesbeth, geb. Burbulla, aus Weißengrund, Kreis Ortelsburg, am 15. August  
Tabel, Edith, geb. Oltersdorf, aus Weidehnen, Kreis Fischhausen, am 17. August

## ZUM 97. GEBURTSTAG

Machnik, Heinz, aus Grünlinde, Kreis Wehlau, am 15. August  
Olms, Waltraut, geb. Bendig, aus Klein Friedrichsgraben, Kreis Elchniederung, am 15. August  
Werner, Josefa, geb. Ziegler, aus Plauen, Kreis Wehlau, am 15. August

## ZUM 96. GEBURTSTAG

Albrecht, Ingrid, geb. Schwahn, aus Wehlau, am 17. August  
Bronnert, Werner, aus Birkenheim, Kreis Elchniederung, am 15. August  
Döhler, Gerda, geb. Böhm, aus Sanditten, Kreis Wehlau, am 20. August  
Lübke, Waltraut, geb. Aschendorf, aus Auersberg, Kreis Lyck, am 20. August  
Mauritz, Robert, aus Wildwiese, Kreis Elchniederung, am 20. August

## ZUM 95. GEBURTSTAG

Bürgermeister, Lore, geb. Körner, Kreisgemeinschaft Wehlau, am 21. August  
Rudloff, Emmy, geb. Neumann, aus Fronicken, Kreis Treuburg, am 15. August

## ZUM 94. GEBURTSTAG

Alexy, Käte, aus Hansbruch, Kreis Lyck, am 17. August  
Duddeck, Ernst, aus Jürgenau, Kreis Lyck, am 18. August  
Heede, Anita, geb. Reck, aus Martinshagen, Kreis Lötzen, am 19. August  
Kaage, Hans-Armin, aus Lyck, am 18. August  
Kerber, Edith, geb. Meyer, aus Dormagen, Kreis Ebenrode, am 20. August  
Krebs, Hildegard, geb. Saborosch, aus Neidenburg, am 21. August  
Voigtmann, Kriemhild, geb. Zacharias, aus Monken, Kreis Lyck, am 19. August

## ZUM 93. GEBURTSTAG

Eggers, Hanny, geb. Paries, aus Erlen, Kreis Elchniederung, am 15. August  
Engel, Margarete, geb. Hardt, aus Lerchenborn, Kreis Ebenrode, am 17. August  
Fahrman, Irmgard, geb. Reilein, aus Alexbrück, Kreis Ebenrode, am 19. August  
Kannenberg, Kurt, aus Willkasen, Kreis Treuburg, am 18. August  
Mäthrich, Sieglinde, geb. Pawlack, aus Seckenburg, Kreis Elchniederung, am 17. August  
Mueller, Gerda, geb. Sakrzewski, aus Gorlau, Kreis Lyck, am 21. August  
Pilz, Elfriede, geb. Borchert, aus Garbnicken, Kreis Preußisch Eylau, am 17. August  
Urbanek, Ingrid, aus Lenzendorf, Kreis Lyck, am 15. August

## ZUM 92. GEBURTSTAG

Brinlinger, Erwin, aus Neu Sellen, Kreis Elchniederung, am 15. August  
Hübner, Ilse, geb. Jebram, aus Scharnau-Mühle, Kreis Neidenburg, am 17. August  
Iwanek, Reinhard Paul, aus Gutfeld, Kreis Neidenburg, am 18. August  
Kellermann, Ursula, aus Auglitten, Kreis Lyck, am 19. August  
Kroner, Alice, geb. Jotzko, aus Königswalde, Kreis Lyck, am 19. August  
Osenger, Helmut, aus Keipern, Kreis Lyck, am 17. August  
Ranke, Eberhard, aus Grenzwald, Kreis Wehlau, am 17. August  
Rogowski, Adolf, aus Finsterwalde, Kreis Lyck, am 18. August  
Schindowski, Helmut, aus Polkehnen, Kreis Mohrunen, am 18. August  
Sczech, Walter, aus Stettenbach, Kreis Lyck, am 19. August  
Sölter, Willi, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 16. August

## ZUM 91. GEBURTSTAG

Bartikowski, Kurt, aus Grallau, Kreis Neidenburg, am 19. August  
Boenigk, Gertrud, aus Wehlau, am 18. August  
Gröning, Hilde, geb. Evers, aus Friedrichsdorf, Kreis Wehlau, am 17. August  
Henke, Hildegard, geb. Goronzy, aus Passenheim, Kreis Ortelsburg, am 18. August  
Jeschik, Günter, aus Barnen, Kreis Treuburg, am 17. August  
Krause, Eva, geb. Bolz, aus Schakendorf, Kreis Elchniederung, am 18. August  
Kullik, Erwin, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 19. August  
Lewandrowski, Elfriede, geb. Wencek, aus Großseedorf, Kreis Neidenburg, am 15. August  
Merkel, Erika, aus Freythen, Kreis Ortelsburg, am 16. August  
Surminski, Arno, aus Jäglack, Kreis Rastenburg, am 20. August  
Thiel, Bernhard, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 15. August

## ZUM 90. GEBURTSTAG

Burbulla, Reinhold, aus Altkirchen, Kreis Ortelsburg, am 18. August  
Hager, Christel, geb. Rauter, aus Hohensprindt, Kreis Elchniederung, am 19. August  
Hoffmann, Edward, aus Friedrichsheide, Kreis Treuburg, am 15. August  
Kösling, Gerhard, aus Plauen, Kreis Wehlau, am 15. August  
Konietzko, Bruno, aus Nußberg, Kreis Lyck, am 15. August

Kowalewski, Hans-Günter, aus Wittingen, Kreis Lyck, am 15. August  
Niklas, Gerhard, aus Gusken, Kreis Lyck, am 21. August  
Pesarra, Ruth, geb. Stach, aus Ortelsburg, am 17. August  
Philipowski, Gisela, geb. Hinz, aus Stobingen, Kreis Wehlau, am 18. August  
Rose, Hildegard, geb. Borchert, aus Groß Borken, Kreis Ortelsburg, am 21. August  
Sawitzki, Walter, aus Farienen, Kreis Ortelsburg, am 19. August  
Seifert, Manfred, aus Kleinheidenstein, Kreis Elchniederung, am 17. August  
Tutas, Hans, aus Fließdorf, Kreis Lyck, am 21. August  
Ulbrich, Ursel, geb. Häcker, aus Lenzendorf, Kreis Lyck, am 20. August  
Weissmann, Inge-Gerda, geb. Szameitat, Kreisgemeinschaft Lötzen, am 20. August

ANZEIGE

## Lust auf Nordsee?

Nähe St. Peter Ording,  
Fewo frei für kurz entschlossene  
Naturfreunde, NR,  
Ki. + Hu. willk, ab 45 Euro p. T.  
Tel. 04862-8052

## ZUM 85. GEBURTSTAG

Albrecht, Annelie, geb. Böhm, aus Peyse, Kreis Fischhausen, am 17. August  
Bautze, Lutz-Henning, aus Marienburg, Kreis Fischhausen, am 19. August  
Brand, Hannelore, geb. Stroehl, aus Stosnau, Kreis Treuburg, am 17. August  
Goldak, Ulrich, aus Rosenheide, Kreis Lyck, am 17. August  
Holzbach, Maria-Veronika, geb. von Steegen, aus Klein Steegen, Kreis Preußisch Eylau, am 20. August  
Kiaulehn, Erich, aus Rodebach, Kreis Ebenrode/Stallupönen, am 18. August  
Marzinowski, Günter, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 15. August  
Riemann, Horst, aus Bärwalde, Kreis Fischhausen, am 20. August  
Sadlowski, Manfred, aus Liebenberg, Kreis Ortelsburg, am 19. August  
Stieh, Eva, geb. Wenskat, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 15. August  
Sturm, Ruth, geb. Mroß, aus Mutschaken, Kreis Neidenburg, am 18. August  
Wittke, Brigitte, geb. Fischer, aus Köthen, Kreis Wehlau, am 21. August

## ZUM 80. GEBURTSTAG

Brosch, Jürgen, aus Mensguth, Kreis Ortelsburg, am 20. August  
Caspary, Brigitte, aus Neuendorf, Kreis Lyck, am 16. August  
Gayko, Hans-Joachim, aus Nußberg, Kreis Lyck, am 16. August

## ZUM 75. GEBURTSTAG

Helbing, Ingrid, geb. Gand, aus Liebstadt, Kreis Mohrunen, am 15. August  
Holzapfel, Bärbel, aus Moddelkau, Kreis Neidenburg, am 17. August  
Sziegoleit, Waltraut, geb. Borchert, aus Plibischken, Kreis Wehlau, am 17. August

## Ostpreußisches Landesmuseum

**Depicting the Future. Variations – Neue Kunst aus Estland.** Führung durch die Sonderausstellung mit Ursula Blancke-Dau in der Reihe „Museum Erleben“. Dienstag, 19. August um 14.30 Uhr. Eintritt: 7,00 € (inkl. Kaffee, Tee und Gebäck)

Estland, am Rand und doch mit-tendrin. Mit Sachkenntnis und Humor gibt die Lüneburger Künstlerin Ursula Blancke-Dau leicht verständliche Einblicke in zeitgenössische Kunst aus Est-

land. Ihr langjähriger Austausch mit den ausstellenden Künstlerinnen und Künstlern ermöglicht es ihr, den Teilnehmenden einen spannenden Blick hinter die Kulissen der Sonderausstellung zu gewähren. Genießen Sie eine einzigartige Kunstbegegnung der besonderen Art.

„Museum Erleben“ ist unsere Veranstaltungsreihe, die Sie einlädt, das Ostpreußische Landesmuseum mit Deutschbaltischer Abteilung auf besondere Weise

zu entdecken. Jeden ersten und dritten Dienstag im Monat, nachmittags ab 14.30 Uhr, können Sie an interessanten Ausstellungsrundgängen, Vorträgen, Filmen und weiteren besonderen Angeboten teilnehmen. Anschließend gibt es bei Kaffee und Gebäck ein gemütliches Beisammensein und die Möglichkeit, sich über das Erlebte auszutauschen.

Eine Anmeldung unter Tel. 04131 759950 oder info@ol-ig.de ist erforderlich.

## Zusendungen für die Ausgabe 35/2025

Bitte senden Sie Ihre Texte und Bilder für die Heimat-Seiten der Ausgabe 35/2025 (Erstverkaufstag 29. August) **bis spätestens Dienstag, den 19. August**, an die Redaktion der PAZ:  
E-Mail: rinser@paz.de, Fax: (040) 41400850 oder postalisch: Preußische Allgemeine Zeitung, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg

## Glückwünsche an:

Ulrike Groddeck  
Telefon (040) 4140080  
E-Mail: groddeck@paz.de

## Werden Sie persönliches Mitglied der Landsmannschaft Ostpreußen

Ostpreußen benötigt eine **starke Gemeinschaft**, jetzt und auch in Zukunft.

Die persönlichen Mitglieder kommen wenigstens alle drei Jahre zur **Wahl eines Delegierten** zur Ostpreußischen Landesvertretung (OLV), der Mitgliederversammlung der Landsmannschaft Ostpreußen, zusammen. Jedes Mitglied hat das Recht, die **Einrichtungen** der Landsmannschaft und ihre

**Unterstützung** in Anspruch zu nehmen.

Sie werden regelmäßig über die Aktivitäten der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. **informiert** und erhalten **Einladungen** zu Veranstaltungen und Seminaren der LO. Ihre Betreuung erfolgt direkt durch die Bundesgeschäftsstelle in Hamburg.

Der Jahresbeitrag beträgt zurzeit 60,- Euro. Den Aufnahmeantrag können Sie bequem auf

der Internetseite der Landsmannschaft – www.ostpreussen.de – heruntergeladen. Bitte schicken Sie diesen per Post an:

Landsmannschaft Ostpreußen  
Herrn Bundesgeschäftsführer  
Dr. Sebastian Husen  
Buchtstraße 4  
22087 Hamburg

**Auskünfte** erhalten Sie unter Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de

## Dokumentationszentrum Flucht, Vertreibung, Versöhnung

## Sammlungsaufruf: 80 Jahre Flucht und Vertreibung

Das Dokumentationszentrum sucht Familienerinnerungen an Flucht, Vertreibung und Ankommen. Teilen auch Sie die in Ihren Familien überlieferten Erinnerungen an Flucht und Vertreibung. Schreiben Sie auf, was Sie erlebt oder Eltern und Familienangehörige berichtet haben. Suchen Sie nach Tagebüchern, Briefen, Notizen, Fotos oder anderen Dokumenten und helfen Sie mit, diese für kommende Generationen und die Wissenschaft dauerhaft zu bewahren. Das Zeitzeugenarchiv enthält Zeugnisse von Flucht und Vertreibung, die

mahlen und berühren. Ihre Geschichte zählt – gegen das Vergessen.

Das Dokumentationszentrum ist ein einzigartiger Lern- und Erinnerungsort zum Thema Flucht, Vertreibung und Zwangsmigrationen in Geschichte und Gegenwart. Das 2021 eröffnete Haus befindet sich mitten in Berlin unweit des Potsdamer Platzes, Stresemannstraße 90. Dem Publikum bietet es eine ständige Ausstellung, sehenswerte Sonderausstellungen, eine einladende Bibliothek mit Zeitzeugenarchiv sowie ein vielfältiges Programm mit Führungen, innovativen Workshops und Veranstaltungen.

Bis zum 18. Januar zu sehen ist die **Sonderausstellung: Der Treck – Fotografien einer Flucht 1945**. Millionen Deutsche sind Anfang 1945 bei eisiger Kälte auf der Flucht. Am 21. Januar fliehen etwa 350 Menschen aus dem niederschlesischen Lübchen vor der nahenden Roten Armee: Vor allem Frauen, Kinder und alte Leute. Mit dabei: die Fotografen Hanns Tschira und Martha Maria Schmacke, die den Flüchtlingstreck dokumentieren. Innerhalb von einem Monat machen die beiden Profis etwa 140 Aufnahmen. Dieser einzigartige Bildbestand wird im Dokumentationszentrum erstmals vollständig ausgestellt.

## SAMMLUNGS-AUFRUF

80 Jahre Flucht und Vertreibung

Ihre Geschichte zählt!



Über die Internetseite, per E-Mail oder Post: Erinnerungen teilen geht auf vielen Wegen. **Einsendungen** per E-Mail an: geschichten@f-v-v.de, per Post an Dokumentationszentrum Flucht, Vertreibung, Versöhnung, Zeitzeugenarchiv, Anhalter Straße 20, 10963 Berlin. Mehr Informationen im Internet unter [www.f-v-v.de](http://www.f-v-v.de) oder Telefon (030) 2062998-0

Bild: SFVV

## Aus den Landesgruppen der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.



**Vorsitzender:** Dr. Georg Müller, Adolf-Sautter-Straße 41 a, 75181 Pforzheim, Telefon (0178) 1744376, E-Mail: georg.mueller.web@freenet.de

## Tag der Heimat

**Stuttgart** – Sonntag, 14. September, 14 Uhr, 13 Uhr Einlass, Hegelsaal der Liederhalle Stuttgart, Berliner Platz 3, Eintritt 5,- Euro: Festveranstaltung zum Tag der Heimat. Stuttgart-Bad Cannstatt – Sonntag, 14. September, 11 Uhr, Mahnmahl für die Opfer von Flucht und Vertreibung im Kurpark beim Kursaal: Kranzniederlegung. Die Veranstaltung findet unter der Leitung von Helga Ruhnke, Landsmannschaft Ostpreußen, statt. Das Grußwort spricht Bernd-Marcel Löffler, Bezirksvorsteher von Bad Cannstatt.

Unter dem bundesweiten Leitspruch „80 Jahre: Erinnern – Bewahren – Gestalten“ steht das Gedenken an Flucht und Vertreibung von über 14 Millionen Deutschen am Ende des Zweiten Weltkriegs im Mittelpunkt. Diese Zäsur prägt bis heute viele Familiengeschichten in Baden-Württemberg – und auch das kulturelle Gedächtnis des Landes.

Die Veranstaltung wird eröffnet von der Blaskapelle der Siebenbürger Sachsen aus Stuttgart. Nach der Begrüßung durch den BdV-Landesvorsitzenden Hartmut Liebscher spricht Thomas Strobl, stellvertretender Ministerpräsident und Minister des Innern, die Festansprache. Das Schlusswort hält Pfarrer Franz Pitzal, selbst Zeitzeuge aus dem Sudetenland.

Das kulturelle Rahmenprogramm gestalten Tanz-, Chor- und Musikgruppen aus verschiedenen Vertriebenen-Gemeinschaften – darunter die Jugendtanzgruppe der Siebenbürger Sachsen Ludwigsburg, die Tanzschule „Natalie“ der Deutschen aus Russland, der Chor „Sanktandres“ der Banater

Schwaben, das Ungarndeutsche Folklore-Ensemble Wernau, die Egerländer Familienmusik Hess und viele mehr. *Ines Kohn*



## Hessen

**Vorsitzender:** Gerd-Helmut Schäfer, Rosenweg 28, 61381 Friedrichsdorf, Telefon (0170) 3086700, E-Mail: gerd-helmut.schaefer@t-online.de

## Tag der Heimat

**Wiesbaden** – Sonntag, 31. August, 11 Uhr, Haus der Heimat, Großer Saal, Friedrichstraße 35: Feststunde zum Tag der Heimat. Bekunden Sie bitte mit Ihrer Teilnahme Ihre Treue zur unvergessenen Heimat.

## Tag der Heimat

**Wiesbaden** – Sonntag, 21. September, 11 Uhr, Schloss Biebrich, Runde: Zentrale Feierstunde zum Tag der Heimat verbunden mit Gedenktag für die Opfer von Flucht, Vertreibung und Deportation.



**BdV-Landesvorsitzender:** Siegfbert Ortmann, Goethestraße 27, 36341 Lauterbach, Tel. 06641 - 97 84 89 7, Fax: 06641 - 97 83 13 3 Mail: s.ortmann(at)bdv-hessen.de

## Tag der Heimat in der Stadthalle Wetzlar

**Wetzlar** - „80 Jahre: Erinnern - Bewahren - Gestalten“. Unter diesem Thema lädt der Bund der Vertriebenen (BdV), Orts- und Kreisverband Wetzlar, zum jährlichen „Tag der Heimat“ am Sonntag, 28. September, ab 14 Uhr in die Wetzlarer Stadthalle (Brühlsbachstraße 2b) ein. Mit diesem Motto wird an das Kriegsende 1945 gedacht, das für Millionen Menschen in den ehemaligen deutschen Ostgebieten den Verlust der Heimat bedeutete.

Festredner ist der 84-jährige Vorsitzende des BdV-Landesverbandes Siegfbert Ortmann (Lauterbach). Er wurde 1940 in Wiesenrund im Sudetenland geboren und engagiert sich seit Jahrzehnten für die von Flucht und Vertreibung Betroffenen in Hessen.

Weitere Mitwirkende sind die „Egerländer Maderln und Freunde“, der Gesangsverein „Harmonie“ Dutenhofen, die Gesangsgruppe „Stimme der Hoffnung“ und der Egerländer Volkstanzkreis Mittelhessen. Der Eintritt ist frei.

**Wetzlar/Gießen** - Auf die Spuren der Vertriebenen und Flüchtlinge in Hessen hat sich der BdV-Kreisverband Wetzlar mit 44 Teilnehmern begeben. Die kulturelle Veranstaltung unter Leitung von Schatzmeister Kuno Kutz führte bei einer Tagesfahrt in das Freilichtmuseum Hessenpark in Neu-Anspach (Taunus). Wie die Reisegruppe erfuhr, wurden seit 1974 über 110 historische Gebäude aus verschiedenen Regionen des Bundeslandes im Hessenpark aufgebaut. Die Besucher können sich auf 65 Hektar Fläche Gebäude aus dem Taunus, der Rhön und anderen Teilen Hessens anschauen. Weitere 100 Gebäude sind eingelagert und warten auf den Aufbau. Für die Mitreisenden aus den Ortsgruppen Biskirchen, Ehringshausen, Grünberg, Hungen, Kleinlinden/Leihgestern und Wetzlar waren besonders zwei Gebäude interessant. In einem ehemaligen Wohnhaus ist die Historie der Flüchtlinge dokumentiert, die in Hessen eine

neue Heimat fanden. Darin ist auch die Geschichte von Gerd-Helmut Schäfer auf Schautafeln dargestellt, dem Vorsitzenden des Landesverbandes der Ost- und Westpreußen. Dessen Familie wurde 1949, ein Jahr nach Schäfers Geburt, in einem Sammeltransport nach Aira/Sibirien verbannt. Dort musste die Familie bis zu Schäfers elftem Lebensjahr bleiben.

Eine Scheune nebenan kann nur durch einen alten Waggon betreten werden. „In einem solchen Waggon wurden wir aus dem Sudetenland abtransportiert. 30 Menschen wurden wie Vieh in den Waggon gesperrt“, erzählt Roland Jankowski aus Gießen-Klein-Linden.

Nach der Mittagspause haben sich die Fahrtteilnehmer Zeit gelassen, um zwei Vorträge zu hören. Jankowski schilderte dabei das Schicksal seiner Familie näher. Sie lebte in Kunzendorf bei Fulnek, heute Dolejší Kunčice, in Tschechien. Sein Vater hatte einst einen Bauernhof mit 64 Hektar Acker und Wald. Am 17. April 1946 musste die Familie im ersten Transport nach Westen fort. „Im Waggon 21 war ich der 31. Mitfahrer. Immer 40 Waggons mit je 30 Personen“, erinnert sich Jankowski, damals bei der Vertreibung viereinhalb Jahre. Dabei trug er einen kleinen Rucksack mit einem „Wauwau“, also einem Kuschel-Hund, und einen Nachtpf.

Jankowski erinnerte an die Grundlagen der Vertreibung. Dabei zitierte er aus den sogenannten Benesch-Dekreten, in denen es heißt „Der landwirtschaftliche Boden der Deutschen, Madjaren wie auch Verräter und Feinde der tschechischen und slowakischen Nation wird konfisziert und dem nationalen Bodenfonds zugeführt“.

Die Exilregierung von Polen und der Tschechoslowakei habe bereits 1939 die Vertreibung der Deutschen gefordert. Winston Churchill und Franklin Roosevelt hatten diesem Ansinnen bereits 1943 zugestimmt.

Der Referent zitierte aus einer Rede Churchills im britischen Unterhaus: „Die befriedigendste und dauerhafteste Lösung ist die Vertreibung. Mich beunruhigen die großen Umsiedlungen nicht, die unter modernen Verhältnissen besser als je zuvor durchgeführt werden können“. Jankowski zitierte ebenfalls das Protokoll des sogenannten Potsdamer Abkommens vom 23. Juli 1945: „Die drei Regierungen – gemeint sind die Siegermächte USA, Großbritannien und die Sowjetunion – erkennen an, dass die Überführung der deutschen Bevölkerung oder Bestandteile derselben, die in Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn zurückgeblieben sind, nach Deutschland durchgeführt werden muss“. Sie solle in ordnungsgemäßer und humanitärer Weise erfolgen.

Dabei las er eine Gesundheitsbescheinigung vor, die vor Reiseantritt ausgestellt wurde. Darin steht: Im Transport befinden sich 1.199 Menschen. Alle wurden ärztlich untersucht und es wurden bei ihnen keine Merkmale und kein Verdacht an Infektionen epidemischen Charakters festgestellt. Sie sind transportfähig“. Der Transport in Viehwaggons sei alles andere als humanitär gewesen.

Heidi Krist und Manfred Drexler aus Klein-Linden berichteten über die Zusammenarbeit zwischen dem BdV-Wetzlar und der deutschen Minderheit in Tschechien. Ihre Vorfahren stammen aus Deutsch-Märzdorf, heute tschechisch Martinkovice, in Nordmähren. Bei Reisen in die alte Heimat haben die beiden Kontakt zu den noch dort lebenden Deutschen und deren Nachfahren aufgenommen. Es hat sich ein Verband der deutschen Nordmähler und im Adlergebirge gebildet. Eine der sieben Ortsgruppen trifft sich in Mährisch Schönberg. Dort gibt es ein Museum und Begegnungszentrum, das vom Bundesinnenministerium gefördert wird. Der Verband setzt sich für die Pflege und den Erhalt der deutschen

Muttersprache ein, wusste Krist zu berichten. Krist und Drexler wollen die Begegnung mit den Deutschen im Altwatergebirge erhalten und den Jugendaustausch fördern. „Wir denken dabei an Klassenfahrten nach Tschechien oder Projekte zum Thema Vertreibung, Besuch von Heimatstuben und Recherchen in Archiven durch Schulklassen“. Man brauche Erinnerung, sei es durch Zeitzeugenberichte, Museumsbesuche oder Kirchengebäude, die als Ort der Erinnerung helfen könnten, die Familiengeschichte wie auch die geschichtlichen Ereignisse besser zu verstehen.

Auf der Rückfahrt aus dem Hessenpark machte die Reisegruppe in Bad Nauheim-Steinfurt Station, wo der Musiker Hans Überall (Dillenburg) mit Liedern aus dem Sudetenland die Tagesfahrt ausklingen ließ.

Lothar Rühl



## Ostpreußisches Landesmuseum

## Schnitzeljagd durchs Museum - Kinderclub mit Monja Breyer

Donnerstag, 28. August 2025, von 15 bis 17 Uhr, Eintritt frei! Die Kinder suchen versteckte Schätze, lösen knifflige Rätsel und lernen spannende Geschichten über Ostpreußen, den Bernstein, die Natur und vieles mehr kennen. Mit Neugier und viel Spaß werden alle Bereiche des Museums erkundet.

Jeden zweiten und vierten Donnerstag im Monat findet der kostenlose Museums-Kinderclub für Schulkinder von 6 bis 12 Jahren statt. Der Einstieg ist mit vorheriger Anmeldung unter Tel. 04131 759950 oder bildung@ol-ig.de jederzeit möglich.



## Preußische Allgemeine

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Ja, ich abonniere mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z. Zt. 216 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte als Prämie 40 Euro auf mein Konto überwiesen.

Name: \_\_\_\_\_

Vorname: \_\_\_\_\_

Straße/Nr.: \_\_\_\_\_

PLZ/Ort: \_\_\_\_\_

Telefon: \_\_\_\_\_

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Voraussetzung für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde.

Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu auf Anfrage oder unter [www.paz.de](http://www.paz.de)

Lastschrift  Rechnung

IBAN: \_\_\_\_\_

Bank: \_\_\_\_\_

Datum, Unterschrift: \_\_\_\_\_

## Bitte einsenden an:

Preußische Allgemeine Zeitung  
Buchtstraße 4 - 22087 Hamburg

AZ-03-C

Abonnieren Sie die PAZ  
und sichern Sie sich Ihre Prämie

40 Euro  
Prämie



Gleich unter 040-41 40 08 42 oder per Fax 040-41 40 08 51 anfordern!

Zeitung für Deutschland  
[www.paz.de](http://www.paz.de)

## Heimatkreisgemeinschaften



### Angerapp

**Kreisvertreterin** Bettina Schöp-gens-Cohrs, Lehmkuhlenweg 5 a, 21629 Neu Wulmstorf, Tel. 04168-939093, bettina.schoepgens@ewe-tel.net, www.angerapp.com

### Neue Vorsitzende

Die Kreisgemeinschaft Angerapp hat eine neue Vorsitzende.

Am 28. Juni hat bei guter Beteiligung in Handeloh die diesjährige Jahreshauptversammlung stattgefunden. Hier wurde Frau Bettina Schöp-gens-Cohrs fast einstimmig zur neuen Kreisvertreterin gewählt und tritt somit die Nachfolge von Herrn Helmut Funder an, der im Herbst letzten Jahres unerwartet verstorben war. Alle weiteren Ämter des bestehenden Vorstandes bleiben unberührt.



### Angerburg

**Kreisvertreter:** Wolfgang Schie-mann, **Gst.:** Meike Dreyer, Land-kreis Rotenburg (Wümme), Post-fach 1440, 27344 Rotenburg (Wümme), Telefon (04261) 9833100, Fax (04261) 9833101

### 71. Angerburger Tage in Rotenburg (Wümme)

Freitag, 12., bis Sonnabend, 13. September: Die Mitglieder der Kreisgemeinschaft Angerburg sowie alle Freunde und Bekannten sind herzlich eingeladen. Die Veranstaltung beginnt am Freitag um 19 Uhr mit einem Begrüßungs-abend im Restaurant „Harmonie“, Am Pferdemarkt 3 mit gemeinsamem Abendessen und gemütlichem Beisammensein. Am Samstag morgen folgt um 10.30 Uhr das Gedenken am Patenschaftsstein an der Angerburger Eiche neben dem Kreishaus des Landkreises Rotenburg (Wümme), Hopfengarten 2. Um 11 Uhr findet die Mitgliederversammlung im Kreishaus statt. Im Anschluss besteht die Gelegenheit zum Mittagessen in der Kantine des Kreishauses. Nach einer Film-vorführung um 14 Uhr klingt der

Tag bei gemütlicher Kaffeetafel am späten Nachmittag in geselliger Runde aus.

Verbindliche Anmeldungen, auch für das Abendessen am Freitag sowie eventueller Übernachtungswünsche, werden erbeten an: Brigitte Junker, Sachsenweg 15, 22455 Hamburg oder an die Geschäftsstelle der Kreisgemein-schaft.



### Bartenstein

**Kreisvertreter:** Elard von Gott-berg, Dorfstraße 10, 39291 Ziepel, E-Mail: Elard.gottberg@gottberg-logistik.de

### Heimattreffen

**Steimbke** – Freitag, 5. September, bis Sonnabend, 6. September, Hotel zur Post, Stöckser Straße 4, 31634 Steimbke, Landkreis Nien-burg/Weser, Telefon (05026) 357, E-Mail: info@hotelzurpost-steimbke.de: Treffen der Heimat-kreisgemeinschaft Bartenstein. Wir bitten, diesen Termin vorzu-merken.



### Preußisch Eylau

**Kreisvertreterin:** Evelyn v. Bor-ries, Tucherweg 80, 40724 Hilden, Telefon (02103) 64759, Fax: (02103) 23068, E-Mail: evborries@gmx.net. **Kartei, Buch-versand und Preußisch Eylau-er-Heimattmuseum** im Kreishaus Verden/Aller Lindhooper Straße 67, 27283 Verden/Aller, E-Mail: preus-sisch-eylau@landkreis-verden.de, Internet: www.preussisch-eylau.de. Unser Büro in Verden ist nur noch unregelmäßig besetzt. Bitte wen-den Sie sich direkt an die Kreisver-treterin Evelyn v. Borries.

### Ostpreußenreise 2026

**Pr. Eylau** – Sonnabend, 13. Juni, bis Sonntag, 21. Juni 2026: Reise in den Heimatkreis im südlichen Ostpreußen.

Den Auftakt macht dabei der Besuch von Thorn an der Weichsel. Danach geht es weiter zum Besuch der Marienburg.

Bei Elbing steht die Erkun-dung des Drausensees bei einer Schiffsfahrt auf dem Programm. Weiter geht es an den Oberländi-schen Kanal mit einer Besichti-gung des Maschinenhauses.

Beim Besuch der Ermländi-schen Hauptstadt Allenstein ist neben der Stadtführung ein wei-terer Höhepunkt ein Besuch der „Stiftung Borussia“. Vom Gut und Gestüt Gallingen aus geht es nach Landsberg, Partnerstadt im süd-lichen Teil des Kreises Preußisch Eylau zu einem Treffen mit den heute dort lebenden Bürgern. Die Reisetilnehmer werden beson-ders den äußersten Süden Ost-preußens mit Johannisburg und der Johannisburger Heide erkun-den. Eine Schiffsfahrt auf den mit-einander verbundenen Seen bei Rudczanny /Ruciane Nida und eine Staken-Bootsfahrt auf dem wohl malerischsten Flüsschen Masurens, der Kruttinna, stehen auf dem Programm.

Schon wieder Richtung Hei-mat geht die Reise zur Frischen Nehrung und einer Fahrt mit der historischen Eisenbahn durch die Weichselniederung im Danziger Werder.

Ein Höhepunkt am Ende der Reise wird der Besuch von Danzig sein. Die Heimreise führt durch Pommern mit der letzten Über-nachtung in einem zum Hotel umgestalteten mittelalterlichen Ritterschloss tief im pommer-schen Buchenwald.

Das genaue Programm wird voraussichtlich im Herbst fest-stehen. Gerne werden detaillierte Reisebeschreibungen an alle Inte-ressenten geschickt. Bitte melden Sie sich hierzu bei der Kreisvor-sitzenden Evelyn v. Borries, unter Telefon (02103) 64759, oder per E-Mail: Preussisch-eylau@land-kreis-verden.de

### Hinweis

**Die Kartei des Heimat-kreises** braucht Ihre An-schrift. Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel. Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben

### Termine der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. 2025

**19. bis 21. September:** Ge-schichtsseminar in Helmstedt  
**4. bis 5. Oktober:** 15. Kommun-alpolitischer Kongress (ge-schlossener Teilnehmerkreis, gT) in Allenstein  
**6. bis 12. Oktober:** Werkwoche

in Helmstedt  
**7. November:** Arbeitstagung der Landesgruppenvorsitzenden (gT) in Wuppertal  
**8. bis 9. November:** Ostpreußi-sche Landesvertretung (gT) in Wuppertal

**Auskünfte** erhalten Sie bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de Internet: www.ostpreussen.de/lo

### Hinweis

**Alle auf den Seiten „Glückwünsche“ und „Heimat“** abgedruckten Glückwünsche, Berichte und Ankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Der Veröffentlichung kön-nen Sie jederzeit widerspre-chen.  
Landsmannschaft Ostpreu-ßen e.V., Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, E-Mail: info@ostpreussen.de

### Kulturzentrum Ostpreußen

**Sommerferien 2025,** Muse-umsAtelier Kulturzentrum Ost-preußen, Schloßstraße 9, 91792 Ellingen, Anmeldungen unter Telefon (09141) 86440 oder per E-Mail: service@kul-turzentrum-ostpreussen.de.

Donnerstag, 4. September, 10 bis 12.30 Uhr, Kosten: 4,- Euro: **Das BernsteinLabor II.** Wir werden zu Forschern und experimentieren an Bernstei-nen.

Dienstag, 26. August und, 9. September, 14.30 bis 16.30 Uhr, Kosten: 5,- Euro: **BernsteinLa-bor I & III.** Wir entdecken die Bernstein-Ausstellung und wer-den zu Bernsteinschleifern.

Freitag, 5. September, 10 bis 12.30 Uhr, ab 6 Jahren, Kosten: 4,- Euro: **Die ZeitReise.** Wir tauchen ein in die Welt des Deutschordens.

### FORUM BALTICUM - DITTCHENBÜHNE

## Heinrich von Plauen

Mittelalter-Schauspiel rund um den Deutschordens-Staat

IM GESPRÄCH MIT RAIMAR NEUFELDT

Auf dem Spielplan der Dittchen-bühne steht demnächst das Mit-telalter-Schauspiel „Heinrich von Plauen“ – nach einem etwa 900 Seiten umfassenden Roman von Ernst Wichert (1831-1902) aus dem Jahr 1881, in dem Dutzende von Personen vorkommen, der viele turbulente Jahre im 15. Jahr-hundert umfasst, der unter vielen anderem die Überfälle der Vitali-enbrüder in der Danziger Bucht schildert und das Leben im Herr-schaftsbereich des Deutschen Ordens, in dem es um den Krieg zwischen dem Orden und Polen geht und natürlich um Liebe und Tod. Das Bühnenstück hat Ditt-chenbühnen-Chef Raimar Neu-feldt nach dieser Vorlage ge-schrieben. Mit ihm sprachen wir über sein neuestes Projekt.

**Herr Neufeldt, was kann eine Geschichte aus dem 15. Jahr-hundert dem heutigen Theater-publikum noch vermitteln?**

Der Roman und in der Folge auch das Stück vermittelt uns einen Einblick in die Geschichte Mittelosteuropas und ihre Bedeu-tung. Die Rettung des Deutschor-densstaates nach der verlorenen Schlacht von Tannenberg ist für die weitere Staatsbildung von Preußens und auch von Deutsch-land von großer Wichtigkeit – et-wa während der Befreiungskriege gegen Napoleon und die Verbin-dung mit Russland.

**Worauf kann das Publikum ge-spannt sein?**

Eben auf diesen historischen Einblick, auf die Textinhalte, auf die Darstellung der Schauspiele-rienen und Schauspieler sowie auf die Kostüme.

**Gibt es aktuelle Bezüge?**

Nun, nationale Kriege müssen wir – Gott sei Dank – nicht mehr

führen, wenn auch die Wachsam-keit an der EU-Ostgrenze und die Bereitschaft zur Verteidigung wieder sehr aktuell geworden sind.

**Können Sie bitte einmal die Handlung in Ihrem Stück kurz beschreiben?**

Nach der verlorenen Schlacht von Tannenberg im Jahr 1410 ret-tete Heinrich von Plauen als Komtur von Schwetz an der Weichsel, also als Leiter und Ver-walter dieser Ordensniederlas-sung, die Marienburg, den Haupt-sitz des Deutschen Ordens, vor der Besetzung durch Jagello, Kö-nig von Polen und Litauen. Das Generalkapitel wählte Plauen aus Dankbarkeit zum neuen Hoch-meister, er wurde aber wegen sei-ner Außenpolitik und persönli-cher Verfehlungen 1413 wieder abgewählt. Er stirbt 1429 als Pfl-e-ger der Ordensburg Lochstädt im Samland.

**Gibt es einen zentralen Konflikt, der die Handlung be-stimmt?**

Ja, und auch darin blitzt ein aktueller Bezug auf: Das Stück stellt die Frage, ob damals ein Rit-terorden als grundlegende Orga-nisationsform eines Landes noch zeitgemäß war. Waren Gottes-staaten dieser Art nicht damals schon überholt? Und wie gefähr-lich waren sie für das eigene Staatsvolk wie für ihre Nachbarn?

**Welche Hauptfiguren treiben diesen Konflikt und die Handlung voran?**

Das ist zunächst die Titelfigur Heinrich von Plauen, dann Kon-rad Leslau, der Bürgermeister von Danzig, sowie Michael Kü-chenmeister von Sternberg, der Ordensmarschall. Insgesamt wird das Stück von 22 Darstellerinnen und Darstellern auf die Bühne ge-bracht.

**Was ist das Wichtigste, wenn man ein Schauspiel nach einer so umfangreichen Vorlage schreibt?**

Man muss zunächst für sich selbst das Wichtigste der Vorlage herausarbeiten – und das dann in die Theaterform gießen. Längen sind für jedes Stück gefährlich, lassen das Publikum abschwei-fen, nehmen dem Stück die Dyna-mik. Hier gilt das Wort Tuchols-kys: „Was gestrichen ist, kann nicht durchfallen!“

Dazu kommt die Sprache der handelnden Personen. Sie muss die geschilderte Zeit widerspie-geln, aber trotzdem verständlich sein. Deshalb habe ich dort hin und wieder Begriffe aus dem Mit-telhochdeutschen oder kurze Di-alektpassagen verwendet – bin aber sonst beim Hochdeutschen geblieben.

**Sie haben ja schon nach zusätz-lichen Mitspielerinnen und Mitspielern für dieses Stück ge-sucht – und Sie fragen auch nach Requisiten wie Waffen oder nach Gewändern im Mit-telalter-Look. Gab's da schon Erfolg?**

Ja, aber wir können noch Män-ner für kleinere Rollen gebrau-chen.

**Wann ist die Premiere geplant?**

Wir haben noch genügend Zeit. Die Premiere soll am 27. Fe-bruar 2026 stattfinden.

**Herr Neufeldt, danke sehr für dieses Gespräch!**

Das Interview führte  
Manfred Kellner,  
Forum Baltikum - Dittchenbühne



### Ostpreußisches Landesmuseum

#### Zwischen zwei Tönen. Aus dem Leben des Arvo Pärt

Buchvorstellung und Gespräch mit Dr. Maximilian Murmann (Übersetzer) - Einführung und Moderation: Dr. Detlef Henning, Nordost-Institut (IKGN e.V.), Mit-woch, 27. August um 18.30 Uhr, Eintritt: 5,00 €

Die Graphic Novel „Zwischen zwei Tönen. Aus dem Leben des Arvo Pärt“ zeichnet den Werde-gang des weltberühmten estni-schen Komponisten von seiner Kindheit im okkupierten Estland bis in das Jahr 1980 nach, als er mit seiner Familie auf Druck der sowjetischen Regierung nach Wien emigrierte. Auf Grundlage jahrelanger Recherchen gestaltete der estnische Künstler Joonas Sil-dre in eindrucksvoll verdichteten Episoden das Portrait eines be-scheidenen, zugleich rastlosen

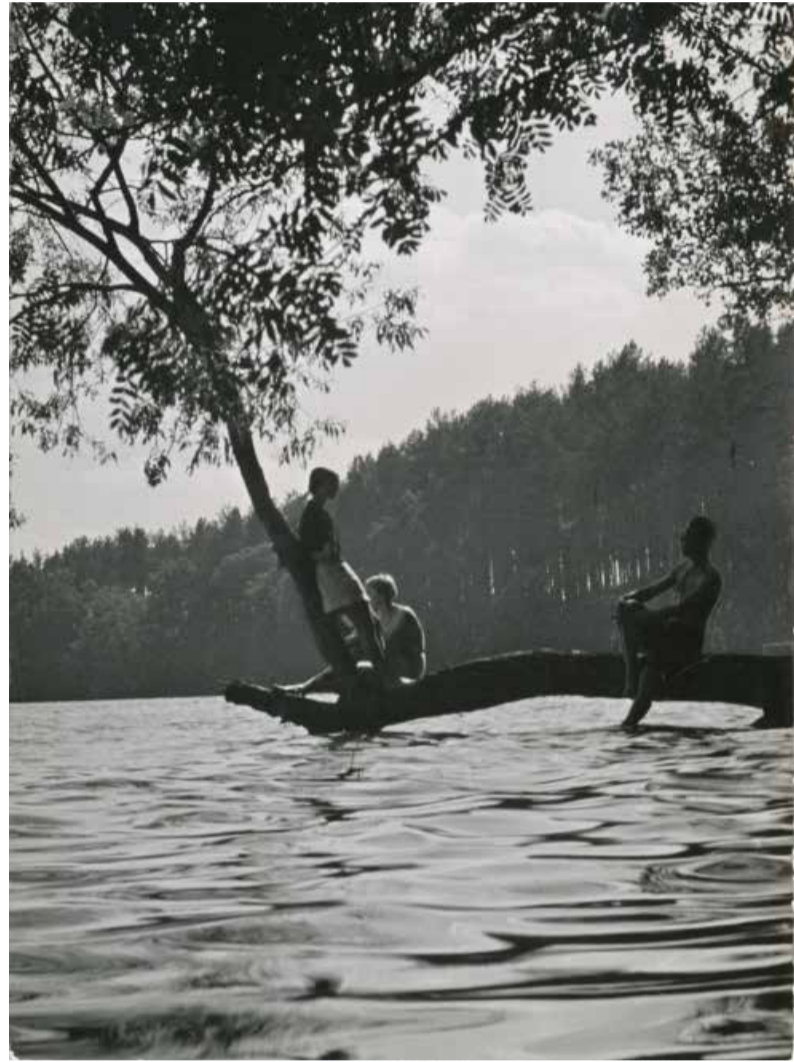
Komponisten, der in seiner Suche nach Sinn und einer eigenen Mu-siksprache die Konfrontation mit der Staatsmacht nicht scheute. Seine größte Inspiration fand Pärt in der alten sakralen Musik, die schließlich zur Grundlage seines bekannten „Tintinnabuli-Stils“ wurde. Die Veröffentlichung er-schienen 2018 anlässlich der Eröff-nung des Arvo-Pärt-Zentrums in Laulasmaa (Estland) und wurde seither vielfach ausgezeichnet. Freuen Sie sich auf einen Abend, an dem der Übersetzer der deut-schen Ausgabe, Maximilian Mur-mann, im Gespräch mit Detlef Henning vielschichtige Einblicke in Leben und Werk Arvo Pärts ge-währt – eines Künstlers, dessen Musik Menschen auf der ganzen Welt tief bewegt.

Dr. Maximilian Murmann ist Sprachwissenschaftler und Über-

setzer. Er studierte Finnougristik in München, Budapest und Helsin-ki, 2018 erfolgte seine Promotion. Als wissenschaftlicher Mitarbeiter ist er an der LMU München tätig und übersetzt finnische sowie est-nische Literatur ins Deutsche. An-fang 2020 wurde er für den Über-setzerpreis des Estnischen Kultur-kapitals nominiert.

Dr. Detlef Henning ist Osteu-ropahistoriker mit Schwerpunkt auf der Geschichte und Kultur des Baltikums, insbesondere Lett-lands. Er arbeitet und forscht am Nordost-Institut in Lüneburg. Zu-letzt war er Mitherausgeber des dreibändigen Handbuchs „Das Baltikum. Geschichte einer euro-päischen Region“, Stuttgart 2019-2021, sowie Autor einer „Ge-schichte der lettischen Ge-schichtsschreibung“, Wiesbaden 2025.

Heimatseiten



Am Wasser lässt es sich bei dem Wetter gut aushalten „Hundstage“ - ein schattiges Plätzchen am Niedersee im Juli 1935, Karl Maslo, Groß Ilseide

Foto: Bildarchiv Ostpreußen

Ostpreussisches Landesmuseum

Ausstellung

20. September 2025 bis 4. Januar 2026 (Kabinettausstellung) : Thomas Mann in Nidden. Fotografien von Fritz Krauskopf... Kurz nach seinem Nobelpreisgewinn im Jahr 1929 ließ sich der vor 150 Jahren geborene Thomas Mann in Nidden (Nida) sein Ferienhaus errichten...

Veranstaltungen

Donnerstag, 11. September 2025, von 15 bis 17 Uhr, Eintritt frei! Regen und Wasser in der Kunst Kinderclub mit Iwona Krüger

Die Darstellung von Wasser hat in der bildenden Kunst eine lange Tradition, vor allem in der Landschaftsmalerei. Auch der Regen gehört zum Wasserkreislauf dazu und die Kinder begeben sich in der Dauerausstellung...

Dienstag, 16. September, 14.30 Uhr, Eintritt: 7,00 € (inkl. Eintritt, Kaffee, Tee und Gebäck) Frieden und Krieg in Königsberg - Großbritannien und das Schicksal der Heimatstadt Immanuel Kants Vortrag von Gerfried Horst...

Kants in Verbindung mit Kants Philosophie und gewährt Einblicke in seine Recherchen. Die Teilnehmerzahl ist begrenzt und eine Anmeldung unter Tel. 04131 759950 oder info@ol-ig.de ist erforderlich.

Mittwoch, 17. September 2025, 18.30 Uhr, Eintritt: 5,00 € Das Leben des Hans Dummerjahn - Bekenntnisse des Danziger Pfarrers Gerhard Marg 1902-1948 Buchvorstellung und Gespräch mit Volkwin Marg...

Während dieser Zeit übernahm er kirchenpolitische Aufgaben im Umfeld der sogenannten „nationalkirchlichen Bewegung“, die den „Deutschen Christen“ nahestand. Nach dem Krieg war Marg Pfarrer in der DDR. Er starb 1984 in Lübeck...

hard und Edith Marg. Er wurde 1936 in Königsberg geboren, wuchs in Danzig auf und floh mit seinen Eltern zum Ende des Zweiten Weltkrieges. Er zählt zu den bedeutendsten Architekten der Gegenwart. Zu Margs bekanntesten Bauten gehören das Hanseviertel Hamburg, die Flughäfen Tegele, Hamburg und Stuttgart...

Ostpreussisches Landesmuseum mit Deutschbaltischer Abteilung Heiligengeiststraße 38, 21335 Lüneburg, Öffnungszeiten: Dienstag bis Sonntag, 10 bis 18 Uhr, Eintritt: 7,- Euro, ermäßigt 4,- Euro...

Ostpreussisches Landesmuseum mit Deutschbaltischer Abteilung Heiligengeiststraße 38, 21335 Lüneburg, Internet: www.ostpreussisches-landesmuseum.de

ANZEIGE

Advertisement for Dorothea Wendler, featuring her name, birth date (1927), and death date (2020), along with her children Jutta and Eberhard.

Rätsel

A large crossword puzzle grid with various clues in German. The clues include words like 'sehr fein geripptes Gewebe', 'Normzahl je Golfloch', 'einige, ziemlich viele', 'Brechtstange', 'verborgen, geheim', 'Halbinsel der Danziger Bucht', 'Wallfahrtsort des Islam', 'Klage-lied', 'Musical von A. Lloyd Webber', 'Fahrt zu einem entfernten Ort', 'Material-splitter', 'alt-römische Unterwelt', 'Kochsalz enthaltendes Wasser', etc.

Sudoku

A 9x9 Sudoku puzzle grid with some numbers pre-filled. The numbers are: Row 1: 1, 7, 8, 4, 6; Row 2: 6, 9, 7; Row 3: 2, 6; Row 4: 4, 6, 2; Row 5: 3, 9, 4, 8; Row 6: 8, 7, 1; Row 7: 9, 8; Row 8: 6, 7, 4; Row 9: 7, 6, 8, 9, 5.

Lösen Sie das japanische Zahlenrätsel: Füllen Sie die Felder so aus, dass jede waagerechte Zeile und jedes Quadrat aus 3 mal 3 Kästchen die Zahlen 1 bis 9 nur je einmal enthält. Es gibt nur eine richtige Lösung!

Diagonalrätsel

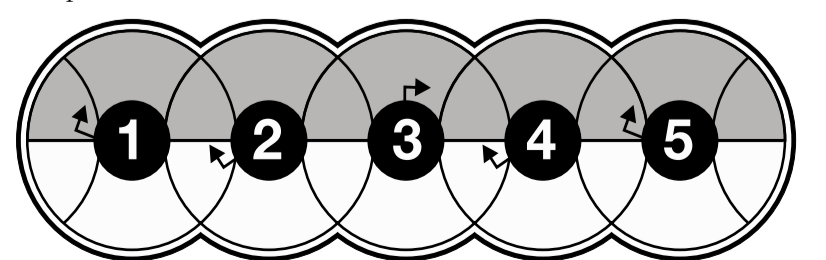
A 6x6 grid for a diagonal puzzle. The grid contains numbers 1 through 6 in a pattern that suggests a specific arrangement.

Wenn Sie die Wörter nachstehender Bedeutungen waagrecht in das Diagramm eingetragen haben, ergeben die beiden Diagonalen zwei Essgeschirrtelle. 1 Erfindungsschutzurkunde, 2 diebischer Vogel, 3 Ritze, Riss, 4 Seihgerät, 5 schriftlich festgehaltenes Recht, 6 Nebenbuhler

Kreiskette

Die Wörter beginnen im Pfeilfeld und laufen in Pfeilrichtung um das Zahlenfeld herum. Wenn Sie alles richtig gemacht haben, nennen die elf Felder in der oberen Figurenhälfte einen Abhang am Meeresufer.

1 beständig, 2 Divisor (Mathematik), 3 Bergmann; Arbeitskamerad, 4 Rohkostspeise, 5 keimfrei



WALLACH, WIEN UND LIPMANN

# Ostpreußen als Wiege der edlen Wissenschaft

Von 106 deutschen Nobelpreisträgern stammten 42 aus dem Königreich Preußen – Drei Ostpreußen waren auch dabei

VON WOLFGANG KAUFMANN

Historisch unbedarfte oder gar einfach nur böswillige Kritiker unterstellen dem bis 1918 existierenden Königreich Preußen gerne eine systematische Schwächung des klassischen Bildungsbürgertums sowie reaktionäre Wissenschafts- und kalte Kunstferne. Dies allein aufgrund der angeblich manischen Konzentration von Staat und Gesellschaft aufs Militärische. Dabei brachten gerade das Schulsystem und die Hochschullandschaft Preußens nicht weniger als 42 Personen hervor, die den Nobelpreis erhielten – beginnend mit dem ersten Physiknobelpreisträger Wilhelm Conrad Röntgen aus Lenep in der Rheinprovinz und dem ersten Nobelpreisträger für Physiologie und Medizin Emil von Behring aus Hansdorf im westpreußischen Kreis Rosenberg. 42 ist dabei auch deshalb eine beeindruckende Zahl, weil es bis heute insgesamt „nur“ 106 deutsche Nobelpreisträger gibt.

## Mit preußischen Tugenden wie Fleiß, Disziplin und Können

Drei der Empfänger der höchsten Auszeichnung für ausgewählte Wissenschaftler, Schriftsteller oder Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens stammten aus Ostpreußen, wobei ins Auge fällt, dass jeder dieser Laureaten eine ausgeglichene Persönlichkeit besaß und nicht durch Geltungssucht oder Intrigen, sondern ausschließlich durch Fleiß, Disziplin und Können auf sich aufmerksam machte. Insofern verkörperte das hier beschriebene Trio einerseits sowohl die berühmten preußischen Tugenden als auch das typische Naturell der Menschen im östlichsten Teil Preußens beziehungsweise des Deutschen Reiches. Andererseits sorgten die Zeitläufte aber dafür, dass die Lebenswege der drei unterschiedlich verliefen.

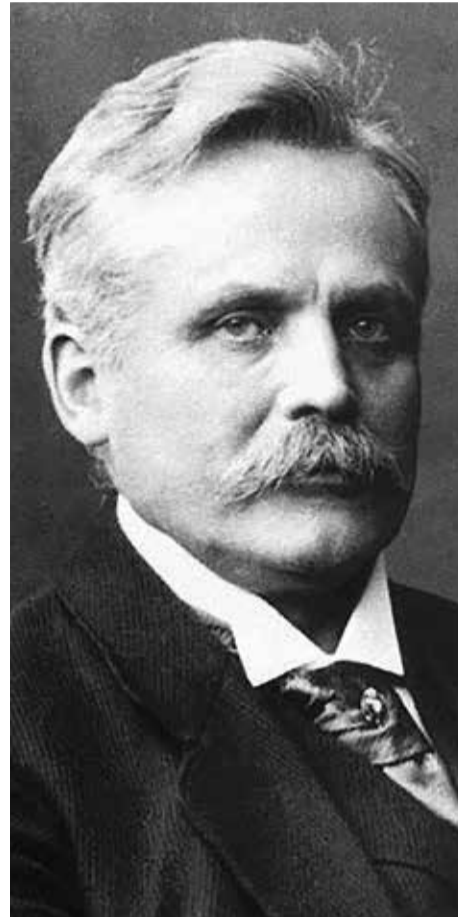
Otto Wallach, der 1847 in Königsberg als Sohn eines zum Luthertum konver-



Die drei ostpreußischen Nobelpreisträger auf einen Blick: Otto Wallach aus Königsberg, Wilhelm Wien aus Gaffken und Fritz Albert Lipmann aus Königsberg (v.l.)

tierten jüdischen Oberregierungsrates auf die Welt kam und 1931 in Göttingen nach mehreren Schlaganfällen starb, war ein eher unpolitischer Mensch, der für die Wissenschaft lebte und sich zugleich als höchst begnadeter Hochschullehrer erwies. In seiner von 1889 bis 1915 währenden Amtszeit als Direktor des physikalisch-chemischen Institutes der Universität Göttingen wurden 219 Doktoranden promoviert, darunter der britische Chemienobelpreisträger des Jahres 1937 Walter Norman Haworth.

Dass Wallach selbst die Auszeichnung für seine Verdienste „um die Entwicklung der organischen Chemie und der chemischen Industrie“ zuerkannt bekommen



hatte, erfuhr er Anfang Oktober 1910 bei der morgendlichen Zeitungslektüre. Zwei Jahre später erhielt der Ostpreuße auch die Davy-Medaille, also die höchste britische Auszeichnung für Wissenschaftler auf dem Gebiet der Chemie, die man ihm aber im Ersten Weltkrieg wieder aberkannte. Wallach sorgte während seiner Zeit in Göttingen dafür, dass die Universitätsstadt an der Leine genau wie Berlin und München zu einem Mekka für akademische Chemiker avancierte.

## Ausgezeichnet in der Physik für Gesetze der Wärmestrahlung

Wilhelm Wien war der zweite ostpreußische Nobelpreisträger. Er wurde 1864 in



Bilder: Wikimedia

Gaffken bei Fischhausen im Samland geboren und flog als Jugendlicher wegen schlechter schulischer Leistungen vom Gymnasium in Rastenburg. Wien berapelte sich aber wieder und bestand die Abiturprüfung am Altstädtischen Gymnasium von Königsberg. Anschließend studierte Wien Physik, wonach eine immer steiler verlaufende Karriere als Wissenschaftler folgte, die ihn schließlich Anfang 1900 auf den prestigeträchtigen früheren Lehrstuhl von Röntgen an der Universität Würzburg brachte. Elf Jahre später erhielt er den Physiknobelpreis „für seine Entdeckungen betreffend die Gesetze der Wärmestrahlung“. Wien fungierte von 1920 bis 1922 auch als Vorsitzender der Deut-

schen Physikalischen Gesellschaft und gehörte zu den Personen, die Albert Einstein für den Nobelpreis vorschlugen. Er erlag 1928 in München den Spätfolgen einer Operation.

Dahingegen starb der dritte Nobelpreisträger mit ostpreußischen Wurzeln **Fritz Albert Lipmann** nicht in Deutschland, sondern in den Vereinigten Staaten. Der Sohn eines jüdischen Anwaltes erblickte im Sommer 1899 in Königsberg das Licht der Welt und besuchte dort das Collegium Fridericianum. Anschließend studierte er Medizin, Chemie und Pharmakologie an der Albertus-Universität in Königsberg und weiteren preußischen beziehungsweise deutschen Hochschulen.

Nach seiner Promotion arbeitete Lipmann am Kaiser-Wilhelm-Institut für Biologie in Berlin, bis ihm 1931 ein Rockefeller-Stipendium für den Aufenthalt in den USA gewährt wurde. Im Jahr darauf wechselte er dann an das Carlsberg-Forschungszentrum in Kopenhagen. Von dort aus kehrte der geborene Ostpreuße nicht mehr nach Deutschland zurück.

## Emigriert in die USA und geehrt für medizinische Entdeckungen

Vielmehr emigrierte er im Jahr 1939 in die Vereinigten Staaten von Amerika, die ihn nur fünf Jahre später 1944 einbürgerten. Seine Karrierestationen in den USA waren die Cornell University School of Medicine in New York, das Massachusetts General Hospital in Boston, welches als Lehrkrankenhaus der Medizinischen Fakultät der Harvard University diente, sowie die Rockefeller University in New York City.

1953 bekam Lipmann den Nobelpreis für Medizin „für seine Entdeckung des Coenzym A und dessen Bedeutung für den Zwischenstoffwechsel“ zuerkannt. Der Lebensweg des letzten Nobelpreisträgers aus Ostpreußen endete am 24. Juli 1986 in der Kleinstadt Poughkeepsie im US-Bundesstaat New York.

ÖSTLICH VON ODER UND NEISSE

## Ein Fehldruck machte Pelplin berühmt

Der berühmte Jahrmarkt in Westpreußen führt auch zu einer besonderen Gutenbergbibel

Wenn im September die westpreußische Zisterzienserstadt Pelplin im Grünen der Weichselsandebene Touristen lockt, tut sie es gleich doppelt – einmal durch ihre Jahrmarktattraktionen und zum zweiten durch ein Buch, dessen Seiten pure Geschichte sind. Am 20. und 21. September verwandelt sich nämlich das Gelände des einstigen Zisterzienserklosters in eine mittelalterliche Bühne.

Der Pelpliner Zisterzienser-Jahrmarkt beginnt mit dem Hubertus-Gottesdienst in der Kathedrale, einem Jagdhornsignal [hejna] und einem Salut mit historischen Waffen. Musik, Ritterturniere, Handwerk und Gaumenfreuden stehen dann ebenso auf dem Programm, wie Auftritte von Gruppen, die sich auf das Mittelalter spezialisieren. Bei Jagdhornklängen führen sie Tänze auf oder betreiben Stände mit Kunsthandwerk und regionalen Spezialitäten wie geräuchertem Schinken, Honig und pommerschem Pfefferkuchen. Kostenlose Führungen durch das Kloster und das Diözesanmuseum sind sehr beliebt, da Pelplin einen Schatz birgt: die Pelpliner Gutenberg-Bibel.

Der Ort ist mit seinen rund 8000 Einwohnern Sitz eines der bedeutendsten Zisterzienserklöster im östlichen Ostsee-

raum. Die Mariä-Himmelfahrts-Kirche, ursprünglich Abteikirche, ist 1289 im Stil der norddeutschen Backsteingotik erbaut und bis 1323 weitgehend vollendet worden. Die Klosterbibliothek des Diözesanmuseums Pelplin bewahrt die Pelpliner Bibel, eine der weltweit nur noch 47 erhaltenen Gutenberg-Bibeln. Nur noch 23 dieser Schätze sind, wie die Pelpliner, vollständig erhaltene Zweibände. Die Pelpliner Bibel ist aber eine zusätzliche Rarität, denn sie enthält im Band 1 auf Seite 46 einen Druckfehler – einen versetzten Lettern-Druck – der dieses Gutenbergwerk noch besonderer macht.

Die Pelpliner Gutenberg-Bibel entstand in Mainz um 1452 und 1455 als Werk des Lübeckers Heinrich Coster. Im Spätmittelalter, im Jahr 1496, ist dieses Exemplar als Schenkung in die Bibliothek der Franziskaner in Löbau in Westpreußen [Lubawa] gekommen. Nach der Aufhebung des Löbauer Franziskanerklosters 1821 und längeren Verhandlungen mit der preußischen Verwaltung wurden die beiden Bände 1833 durch die Bistumsbibliothek in Pelplin übernommen. Laut Auskunft der Diözese Pelplin brachte ein gewisser Andreas Dziadek (1806–1859) aus Walzen in Oberschlesien die Gutenberg-



Geschichte zum Nachempfinden: Wie zu Gutenbergs Zeiten das Buch der Bücher fürs Volk gedruckt wurde Bild: Wagner

bibel nach Pelplin. Er tat es noch als Seminarist, zwei Jahre vor seiner Priesterwei-

he, die Dziadek 1835 in Pelplin empfing.

Diese Bibel wurde vor dem Zweiten Weltkrieg über Warschau, Paris und London zeitweise im Tresor der Kanadischen Bank of Montreal aufbewahrt. 1959 kehrte sie zurück und kam ins Pelpliner Diözesanmuseum, in dessen Ausstellungsräumen allerdings nur eine Kopie dieser Bibel zu sehen ist.

Die Sammlung des Diözesanmuseums birgt aber noch weitere Schätze, wie gotische Skulpturen aus den Kirchen der ehemaligen Diözese Kulm [diecezja chełmińska]. Darunter sind der Flügelaltar aus der Himmelfahrtskirche in Thorn [Toruń] sowie weitere sakrale Thorner Werke, wie die spät-

gotischen Bilder „Kreuzabnahme“ und „Geißelung“ aus der Kathedralbasilika der Heiligen Johannes der Täufer und Johannes der Evangelist. Ebenso sind dort Bilder von Hermann Hahn (1570–1628) zu sehen. Hahn soll 1574 im schlesischen Neisse [Nysa] geboren bzw. getauft worden sein. Er war hauptsächlich in Danzig [Gdańsk] tätig und lieferte Aufträge an die Klöster wie Oliva [Oliwa] und Pelplin.

Auch Werke des barocken Malers der Danziger Schule, Andreas Stech, gehören zur wertvollen Sammlung des Pelpliner Diözesanmuseums. Stech ist 1635 in Stolp [Słupsk] getauft worden, verstarb 1697 in Danzig. Er war vor allem Porträt- und Religionsmaler, aber er malte auch Stadtscenen und Stillleben. Stechs Porträts zeigen deutlichen rembrandtschen Einfluss. Zu seinen bekanntesten Werken gehört das Porträt des Astronomen Johannes Hevelius. Er war zwar hauptsächlich in Danzig tätig, belieferte aber auch Kirchen und bürgerliche Auftraggeber in der Region.

Und wie jedes Jahr am dritten Septemberwochenende wird auch in diesem Jahr auf dem Gelände des Pelpliner Klosters natürlich wieder westpreußische Geschichte anschaulich gemacht.

Chris W. Wagner

100. TODESTAG

# Bewahrer pommerscher Geschichte

Der Historiker Hugo Lemcke war „wer“ im Geistesleben der preußischen Provinz Pommern

VON MARTIN STOLZENU

Noch heute erinnert im Stettiner Stadtmuseum eine Büste aus Marmor an den vor 100 Jahren gestorbenen Historiker Hugo Lemcke. Der Gelehrte, der über Jahrzehnte als Gymnasiallehrer in Stettin wirkte, wo er auch Direktor des Stadtgymnasiums war, und dann in der pommerschen Hauptstadt als Stadtverordneter sowie Kirchenältester tätig war, veröffentlichte zahlreiche Schriften und wurde in Anerkennung seiner Verdienste mehrfach ausgezeichnet. Dazu beschäftigten sich zahlreiche Schriften mit seinem Wirken in Pommern, so etwa Beiträge in den „Pommerschen Lebensbildern“ und in den „Stettiner Lebensbildern“ über den Mann, der sich zu Lebzeiten überaus engagiert mit der Geschichte Pommerns beschäftigt hatte.

Lemcke wurde am 5. Dezember 1835 in dem am Ostufer der mittleren Uecker gelegenen Pasewalk geboren. Sein Geburtsort entwickelte sich im Umfeld einer Burg ab dem 11. Jahrhundert und erhielt in der zweiten Hälfte des 13. Jahrhunderts das Stadtrecht. Heute gehört die Kleinstadt zum Landkreis Vorpommern-Greifswald.

Der Vater von Lemcke war von Beruf Kaufmann, besaß eine Stärkefabrik und ermöglichte seinem Sohn einen weiterführenden Bildungsweg. Der Junge besuchte zunächst die Höhere Bürgerschule in Pasewalk und absolvierte danach das Stadtgymnasium in Stettin.

Es folgte ein längeres Studium an den Universitäten von Leipzig, Bonn und Greifswald, wobei die Fachbereiche klassische Philologie, Germanistik und Geschichte dominierten. Nach dem Studienabschluss unterrichtete er bis Ostern 1860 an der Bürgerschule Bütow in Hinterpommern.

Im nahen Groß Tuchen lernte er die Pfarrerstochter Antonie Giese kennen und heiratete sie am 5. April 1864 in der Pfarrkirche von Groß Tuchen vor dem Brautvater. 1860 wechselte Lemcke von



Im Stadtmuseum Stettin: Die Marmorbüste erinnert an den bedeutenden pommerschen Geschichtsforscher

Bütow an das Stadtgymnasium in Stettin, seine vormalige Schule und stieg unter Franz Kern, einem verdienstvollen Lehrer, Forscher und Schullektor zum Gymnasialprofessor auf. Er realisierte neben der Erfüllung seiner Lehrpflichten einige Nebentätigkeiten als Historiker.

Lemcke beschäftigte sich wie sein Chef mit der Geschichte Pommerns. Daneben wirkte er als Kirchenältester seiner Jacobigemeinde und war außerdem als Stadtverordneter tätig. Als Kern in den Ruhestand ging, wurde Lemcke 1881 als Rektor sein Nachfolger. Doch die Nebentätigkeiten blieben. Über Jahrzehnte fungierte er als Vorsitzender der „Gesellschaft für pommerische Geschichte und

Altertumskunde“. Unter seiner Leitung nahm der Verein einen deutlichen Aufschwung.

Aus den Geschichtsforschungen resultierten verschiedene Schriften wie der Beitrag über das Kartäuser-Kloster Marienkron bei Rügenwalde, über Stettiner Straßennamen, über das älteste Schöffebuch von Freienwalde in Pommern und über die Geschichte der Stettiner Ratschule in fünf Jahrhunderten.

Kurz vorm Ruhestand übernahm er zusätzlich das Amt des Provinzialkonservators. Aus der diesbezüglichen Arbeit resultierte eine Buchreihe, die 13 Bände umfasste, die sich mit Bau- und Kunstdenkmalern in Pommern befassen.

Lemcke wurde zum Geheimen Regierungsrat befördert und erhielt zahlreiche Ehrungen. Das reichte von der Ehrendoktorwürde der Universität Greifswald über den „Preußischen Kronenorden“ bis zum „Roten Adlerorden“ mehrerer Klassen. Er war „wer“ im Geistesleben der preußischen Provinz Pommern, der sich im Ruhestand ab 1906 bis zuletzt vor allem seinen bisherigen Nebentätigkeiten widmete. Nur wenige Monate nach dem Tod seiner Frau, mit der er zuvor das seltene Fest der Diamantenen Hochzeit begehen konnte, starb er am 8. August 1925 in Stettin. Sein Grab auf dem Hauptfriedhof blieb erhalten und war zuletzt in einem gepflegten Zustand.

VOGELWELT

## Adebar hatte es schwer

In Vorpommern wurden deutlich weniger Jungstörche als im Jahr zuvor aufgezogen

Wie steht es um den Weißstorchbestand im Pommernland diesseits der Oder? Nach dem guten Storchenjahr 2024 sieht es jetzt eher nicht gut aus, denn er stagniert auf ziemlich niedrigem Niveau oder verringert sich gar. Wie von Storchenexperten verlautet, zeichnet sich das auch in diesem Sommer ab, obwohl eine offizielle Statistik erst im Herbst vorliegt. 2024, ein ausgesprochen guter Jahrgang mit 139 Jungstörchen im ehemaligen Kreis Uecker-Randow, wird also nicht annähernd erreicht. In Pasewalk, der früheren Kreisstadt der Region, sind in diesem Jahr zwar drei Horste besetzt, die Gesamtzahl der Jungen fällt mit vier jedoch bescheiden aus. Das sind schließlich weniger als die im vergangenen Jahr allein von einem Horst im benachbarten Papendorf ausgeflogenen Klappervögeln. Dort hatte es eine Fünferbrut gegeben.

Die niedrige Nachwuchsrate dieses Sommers dämpft die Zuversicht des vergangenen Jahres also. Aber sie bestätigt eigentlich die seit Jahrzehnten zu beobachtende Bestandsabnahme auch in Vorpommern. Als einen Grund dafür sehen Fachleute die über Monate anhaltende

Frühjahrstrockenheit an, die zu einem ernsten Nahrungsmangel bei der Jungenaufzucht führte mit negativen Auswirkungen auf die Nachwuchsrate. Aus den meisten Nestern schauten sodann nur ein oder zwei Jungvögel.

Bei einem Blick über die deutsch-polnische Grenze nach Möhringen [Mierzyn] am westlichen Stettiner Stadtrand, fiel das ebenfalls auf. Auch dort blieb im Nestronde für die beiden halbflügeligen Jungstörche noch reichlich Platz für Geschwister. Dabei gilt Polen mit ungefähr 40.000 Vögeln als eines der storchreichsten Länder. Allerdings betrifft das vor allem den Osten des Landes, etwa Masuren, wo in den Dörfern mitunter mehr Störche als Einwohner zu Hause sind. Das Dorf Schewecken [Zykwowo] in Ermland-Masuren, ist so ein Beispiel.

Die Sorge um Adebars Fortbestand hierzulande besteht jedoch nicht erst aktuell, sondern schon seit Jahrzehnten. Einer Inventur der Pommerischen Naturforschenden Gesellschaft in Stettin durch den Lehrer Ernst Holzfuß in den 1930er Jahren zufolge, zählte man auf dem Gebiet des heutigen Vorpommerns 970 Paa-

re. Berichten zufolge sank der Bestand inzwischen um fast 70 Prozent. Die Ursachen werden unterschiedlich bewertet. Neben für Störche negativen Einflüssen



Ein sehr seltenes Bild in diesem Sommer: Eine Fünferbrut auf dem Storchenhorst. Wegen der langen Frühjahrstrockenheit zogen die Störche in der Regel nur ein oder zwei Jungen je Nest groß. Es fehlte an Nahrung  
Bild: Engel

wie Witterung und Landnutzung führen Naturschutzfachleute auch Veränderungen in den Überwinterungsgebieten und auf den Wanderrouten an. Störche verbringen immerhin die Hälfte eines Jahres in fernen Regionen und sind auf ihren Flügen zahlreichen Gefahren ausgesetzt.

Ein Mangel an Nistgelegenheiten hierzulande dürfte kaum als Ursache in Frage kommen, denn in den meisten Gemeinden kümmern sich Helfer von Naturschutz, Feuerwehr und Verwaltung eifrig um intakte und standsichere Bleiben für die Störche. Aufhorchen lassen indes neuere Informationen des Naturschutzbundes. Danach verringert sich der Bestand im Osten Deutschlands, obwohl dort traditionell immer mehr Störche lebten als im Westen. Dagegen steigt im Westen die Population an. Es ist also manches im Wandel. Weltweit stieg die Zahl der Vögel ebenfalls. Und so hegt man auch in Vorpommern die Hoffnung auf einen Umkehrtrend. Ende August machen sich die Vögel bereits wieder auf den Weg in den Süden, und im Frühjahr werden sie stets als Vorboten auf den Sommer sehnelichst erwartet.  
Karl-Heinz Engel

● MELDUNGEN

## Workshops, Stilleben und Kulturtagung

**Stettin** – Vor einem Jahr öffnete der dies- und jenseits der Oder beliebte Aquapark Stettin „Fabryka Wody“, ein Erlebnisbad mit 21 verschiedenen Wasserbecken, Rutschen und Saunalandschaft. Bilanz: Etwa 2500 Gäste besuchten den Aquapark täglich. Trotz Einnahmen von 7,18 Millionen Euro ist der Park defizitär. TS

**Greifswald** – Am 2. September findet um 19 Uhr im Pommerischen Landesmuseum ein Vortrag von Ivo Asmus zur Vermessung von Schwedisch-Pommern statt. Neben den Karten gehörten zur Landaufnahme ausführliche Beschreibungen und Ausrechnungsbücher. Eintritt: 3,50 Euro. TS

**Stargard** – Am 9. August reiste der neue polnische Staatspräsident Karol Nawrocki in ein Dorf bei Schloppe, um den Entwurf eines Gesetzes zum Schutz der Landwirtschaft zu unterzeichnen. Seine Kritik richtete sich gegen den Green-Deal, die Wachstumsstrategie der EU, die darauf abzielt, Europa bis 2050 klimaneutral zu machen und den Landkauf durch ausländische Holdinggesellschaften. Der Ankauf von Agrarland ist an bestimmte Bedingungen geknüpft. TS

**Klücken** – Am 24. August findet im Freilichtmuseum Klücken die Veranstaltung „Rund um den Fisch“ statt. Gezeigt werden Arbeiten der Fischer, wie das Flicker der Netze, das Räuchern der Fische oder das Teeren der Boote. Eingeladen wird auch zur Verkostung von Fischgerichten. TS

**Ueckermünde** – Mit dem Meistergrad des 5. Dan im Judo (Godan) wurde Torsten Krumnow geehrt. Der Judoka des Ueckermünder Judoclub (UJC) hat sich um die Entwicklung der Sportart Judo in Vorpommern als Athlet, Trainer und Funktionär verdient gemacht. TS

**Bütow** – In der ehemaligen Ordensburg Bütow werden in den kommenden Wochen verschiedene Kunsthandwerk-Workshops angeboten: Töpferkurs: 19. August ab 15 Uhr. Schmiedekunst: 20. August ab 12 Uhr. Korbflechten: 25. August ab 12 Uhr. Für die Teilnahme ist eine Voranmeldung erforderlich. TS

**Demmin** – Noch bis zum 30. Oktober wird die am 11. August eröffnete Ausstellung „Blumen und Stilleben in Öl und Acryl“ von Marion Wille in der Hanse-Bibliothek zu sehen sein. Wille ist in der Peene-Stadt aufgewachsen und praktizierte als Ärztin 30 Jahre im benachbarten Jarmen. TS

**Heide/Holstein** – Die Pommerische Landsmannschaft veranstaltet am 5. und 6. September ihre diesjährige Kulturtagung im nordica Hotel Berlin, Österstraße 18 in 25746 Heide. Ein vielseitiges Programm mit unterschiedlichen Schwerpunkten wird geboten, auch ist der Besuch der Heimatstube des Heimatkreises Naugard vorgesehen. Ein Erfahrungsaustausch, hervorragende Referate und ein gemütliches Beisammensein runden die Tagung ab, zu der alle Interessierten eingeladen sind. Aus organisatorischen Gründen ist eine Anmeldung bis zum 23. August erforderlich. Telefonisch: (0208) 485950 oder per E-Mail: ma.schlegel@gmx.net – weitere Information: www.pommern.biz BS

# „Die Entmachtung der Wahnideenproduzierer“

Leserstimmen zu den zurückliegenden Ausgaben

„

„Was waren das noch für Zeiten, als Menschen wie Dr. Christean Wagner die Geschicke Deutschlands lenkten und leiteten?“

**Gregor Scharf, Leipzig**  
zum Nachruf: Dr. Christean Wagner  
– ein Königsberger Leben (Nr. 29)



Ausgabe Nr. 32

**Leserbriefe an:** PAZ-Leserforum,  
Buchtstraße 4, 22087 Hamburg,  
Fax (040) 41400850  
oder per E-Mail an redaktion@  
preussische-allgemeine.de

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

## BOOMENDE EXPERTEN-IDEEN ZU: REICHT ES SPÄTER FÜR DIE RENTE? (NR. 31)

Wie man mehrfach gelesen hat, haben „Experten“ vorgeschlagen, dass gut verdienende Rentner einen „Boomer-Soli“ zahlen sollen. Dazu ist einiges zu anmerken: Der Begriff „Experte“ wird häufig genutzt, um akademische Grade zu vermeiden. Aber was ist ein „Experte“? Experte ist doch jeder, der einen redlichen Beruf ausübt: Ein Metzger ist Experte für Schlachtung und Fleischverarbeitung. Und was ist ein „gut verdienender Rentner“? Dessen höhere Rente ist doch schließlich nur Folge höherer Einzahlungen im Berufsleben. Darüber hinaus stößt der Boomer-Soli nicht nur bei einigen Betroffenen auf Skepsis.

Die Absicht der Einführung bringt zwei gravierende Nachteile mit sich: Es ist nicht auszuschließen, dass Betriebsrenten künftig gekürzt werden, denn warum sollten Zahlungen in voller Höhe erfolgen, wenn sie nicht dem zugeordnetem Betriebsrentner zugutekommen?

Viel gravierender wirkt sich aber folgender Aspekt aus: Wenn gut verdienende Rentner einen Teil ihrer Rente abgeben müssen, lohnt es sich für sie, ihre Arbeit auf das zu beschränken, was sie für ihr Leben wirklich brauchen. Die Quintessenz daraus ist, dass sie nur noch wenige Arbeitsplätze neu schaffen und weniger Steuern, auch in das Sozialsystem, zahlen, und damit Rentenzahlungen für niedrige Renten weiter verringern. Kann das wirklich gewollt sein?

*Dr. Dr. Hans-Joachim Kucharski, Mülheim*

## „WAS SOLL DER BLÖDSINN?“ ZU: DIE MUTLOSIGKEIT VON MERZ BEDROHT DEUTSCHLANDS ZUKUNFT (NR. 31)

Eigentlich müsste aufgrund steigender Produktivität und daraus resultierenden steigenden Steuereinnahmen das Renteneintrittsalter sinken. Wie auf PAZ-Online schon kommentiert, wird das dafür erar-

beitete Geld für die Verwirklichung von Wahnideen verpulvert. Die Lösung des Problems ist nicht eine längere Lebensarbeitszeit, die natürlich jedem Rüstigen zu gönnen ist, sondern die Entmachtung der Wahnideenproduzierer.

So gesehen ist der Reformvorschlag der Wirtschaftsministerin nicht die Lösung, sondern wieder ein Herumfummeln an den Symptomen, wobei der Zeitpunkt des Zusammenbruchs nicht nur des Rentensystems nur hinausgeschoben wird. Vielleicht denkt sich Merz: „Was soll der Blödsinn?“

*Dr. Rolf Lindner, Berlin*

## VIEL ZU REICHE KRIMINELLE ZU: DIE DRAMATISCHE FLUCHT DER MILLIONÄRE (NR. 31)

Da Großbritannien und auch die EU über mehrere Dekaden sehr anziehend für Oligarchen aus dem Nahen Osten und den Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion waren, steht die Abwanderung von Millionären möglicherweise auch mit dem Rückzug dieser Oligarchen insbesondere nach Russland in Verbindung.

Leider sind nicht alle Millionäre und Milliardäre Leistungsträger, sondern es gibt unter ihnen auch Verbrecher und die Schergen ausländischer Diktaturen, die durch den Aufbau krimineller Netzwerke ihre Gastländer langfristig sozial, wirtschaftlich und politisch destabilisieren können.

*Horst Klemeyer, Hamburg*

## WENN DIE SONNE MITMISCHT ZU: DIE DROHENDE KÄLTE- PERIODE, DIE KAUM JEMAND AHNT (NR. 31)

Vielen Dank für den aufklärenden Artikel zum Thema Sonne! Längst wurde auf diese Gefahr (der Sonnenaktivität, d. Red.) verwiesen, wie zum Beispiel das Göttinger „Max-Planck-Institut“, das sich schon seit vielen Jahren vor allem auch mit der Sonnenforschung beschäftigt und mit sehr konkreten und aktuellen Fakten diese Problematik anspricht.

Das hindert allerdings die Klimaideologen keinesfalls daran, nach wie vor den von „Menschen gemachten“ Klimawandel zu warnen und die haarsträubendsten Maßnahmen – am liebsten Steuermilliarden – daraus abzuleiten.

*Manfred Kristen, Freital*

## DIE EU SOLLTE AUFRÜSTEN ZU: EUROPAS ATOMWAFFEN SIND WIRKUNGSLOS (NR. 30)

Die Auflösung der UdSSR, die Osterweiterung und der neue US-Präsident haben keine Beruhigung des Weltklimas erbracht, aber dennoch etwas verändert: Europa ist etwas mehr zusammengerückt. Dies hat sicher mit dem Ukrainekrieg durch Russland zu tun. Nun sollten wir nicht gleich an Atomkrieg denken, auch wenn Europa sich nicht mehr so richtig auf unsere ehemalige „Schutzmacht USA“ verlassen kann.

Vielmehr sollten die Europäer eine gemeinsame Landstreitmacht aufbauen (England einbezogen). Auch wenn derzeit Frankreich – als einziges EU-Land – über ein Kernwaffenarsenal verfügt, sollte dies die anderen Staaten nicht hindern, mit einzusteigen, wenn dies (schon mehrfach) angeboten wurde, selbst wenn man dann auf eine Mitsprache verzichten muss.

Ein Nuklearpotential mag Abschreckung bedeuten, aber wichtiger für Europa wäre eine gemeinsame, wirkungsvolle Landverteidigung, und da müssen wir etwas „schaffen“. Dennoch werden die USA mit ihrer nuklearen Abschreckung hinter Europa stehen, denn sie sind irgendwie auch mit Europa verbunden, was auch die NATO aussagt.

*Günter Algner, Berlin*

## UNDENKBARES SZENARIO ZU: RECHT STATT FREIHEIT FÜR MAJA T. (NR. 29)

Dem PAZ-Beitrag habe ich mit viel Verwunderung entnommen, dass der mutmaßliche Straftäter T. von Politikern der

Grünen in der U-Haft besucht wurde, sozusagen als moralische Unterstützung. Ich habe daraufhin mal für zirka zehn Sekunden die Augen geschlossen, um mir einmal das folgende Szenario durch den Kopf gehen zu lassen: Ein gewaltbereiter Neonazi reist nach Budapest, um dort Menschen zu attackieren, die er für „links“ oder gar „linksextrem“ hält, wird daraufhin von den Strafverfolgungsbehörden inhaftiert und erhält während seiner U-Haft Besuch von Alice Weidel und Tino Chrupalla.

Den dann von Links-Grün ausgelösten medialen Aufschrei würde man sicherlich noch am anderen Ende der Welt vernehmen können.

*Eilert Scheidt, Bottrop*

## UNGEBILDETE ABITURIENTEN ZU: SOMMER IN GAGA-LAND (NR. 28)

Die eigentliche Misere ist doch schon in den deutschen Eltern- und Schulhäusern angelegt: In meinem Kollegenkreis gibt es etliche Einser-Abiturienten, die beispielsweise nicht wissen, dass eine deutsche Schrift oder eine Sütterlinschrift existieren. Deutsches Geschichtswissen beschränkt sich auf die „Nazi-Zeit“ und „die Schuld der Deutschen“.

Und von derart kulturentfremdeten jungen Menschen erwarten wir, dass sie den Mut entwickeln, sich ihres eigenen Verstandes ohne Lenkung von außen zu bedienen, ihre Moralität kultivieren lernen, in ihrer Muttersprache überzeugend argumentieren und debattieren – und sich in ihrem Vaterland kulturell selbstbewusst behaupten werden?

Mit Blick auf die deutsche Literaturgeschichte sieht es ähnlich eindimensional aus: In meinem Bekanntenkreis gibt es niemanden, der den ostpreußischen Autor Arno Surminski kennt, der 2003 das Buch „Vaterland ohne Väter“ veröffentlicht hat. Ein Roman, den jeder deutsche Kriegsdienstbefürworter, der bereit ist, sich von Pistorius gegen Russland mobilisieren zu lassen, vorher gelesen haben sollte.

*Bettina Burow, Kirchzarten*

**Preußische Allgemeine**

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Ja, ich abonniere mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z. Zt. 216 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte als Prämie 40 Euro auf mein Konto überwiesen.

Name: \_\_\_\_\_

Vorname: \_\_\_\_\_

Straße/Nr.: \_\_\_\_\_

PLZ/Ort: \_\_\_\_\_

Telefon: \_\_\_\_\_

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Voraussetzung für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde. Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu auf Anfrage oder unter [www.paz.de](http://www.paz.de)

Lastschrift  Rechnung

IBAN: \_\_\_\_\_

Bank: \_\_\_\_\_

Datum, Unterschrift: \_\_\_\_\_

**Bitte einsenden an:**  
Preußische Allgemeine Zeitung  
Buchtstraße 4 – 22087 Hamburg

AF-09-C



**Abonnieren Sie die PAZ**  
und sichern Sie sich Ihre Prämie

**40 Euro  
Prämie**



Gleich unter 040-41 40 08 42 oder per Fax 040-41 40 08 51 anfordern!

Zeitung für Deutschland  
[www.paz.de](http://www.paz.de)

## ROCKMUSIK

## Der Klang der Wunde

Der verstorbene Sänger Ozzy Osbourne war der schwarze Prophet einer Generation, die nach Halt suchte – oft an der falschen Stelle

VON CHRISTIAN RUDNITZKI

Mit dem Tod von Ozzy Osbourne am 22. Juli stirbt mehr als ein verlebter Rockstar. Es endet ein Kapitel westlicher Kulturgeschichte – ein Kapitel, in dem Musik zum Versuch wurde, sich selbst durch Tabubruch zu erlösen. Ein Schrei – im wahrsten Sinne des Wortes – der unmittelbaren Nachkriegskinder, geboren aus Sprachlosigkeit, wurde zur Kunstform.

Die Rockmusik wurde zum Soundtrack der 68er-Revolution – einer Generation, die aufbegehrt, ohne genau zu wissen, wogegen. Unvergessen: die ekstatischen Gitarrenriffs von Jimi Hendrix, dem explosiven Star des Woodstock-Festivals 1969. Was sich dort Bahn brach, war nur vordergründig das Bedürfnis nach Liebe und Frieden.

Es war eine emotionale Explosion – der unbewusste Aufschrei einer Generation, die das verdrängte Trauma ihrer Eltern mit sich trug. Diese hatten den Krieg überlebt, aber nie verarbeitet – ihr Schweigen, ihre Strenge, ihre inneren Risse wirkten weiter. Die Kinder antworteten nicht mit Worten, sondern mit Lärm, Exzess und künstlerischer Radikalität.

Gerade in Europa war der Bruch tiefer – der Verlust von Kultur und Geschichte wurde existentieller erlebt als in den USA. Kein Wunder also, dass Black Sabbath, die Band des 1948 in Birmingham geborenen Ozzy Osbourne, aus England kam: Kinder des Arbeitermilieus, geprägt vom nachhall sinnloser Grausamkeit des Zweiten Weltkriegs und der Armut, die ihre Familien direkt getroffen hatte.

Ihr Klang war nicht konstruiert – er war geerbt: ein Echo der Verwüstung, das unbewusst weiter schwang. Und in diesem Klang konnten sich viele wiedererkennen – quer durch Europa und darüber hinaus, unabhängig von nationaler Schuld oder Unschuld. Denn das Leid, das nicht ausgesprochen wurde, wirkte weiter – und suchte sich in der Musik seinen Weg an die Oberfläche.

Black Sabbath war in diesem Kontext der Urknall. Schon das gleichnamige Debütalbum „Black Sabbath“ (1970) klang



Ozzy Osbourne ohne Black Sabbath: 2022 stellte der Musiker seines letztes Soloalbum „Patient Number 9“ vor

wie ein finsternes Glockengeläut für eine untergegangene Welt. Es folgte eine Serie musikalischer Anrufungen des Unbewussten: „Paranoid“ (1970) mit dem panischen Titelstück und dem kriegstraumatischen „War Pigs“; „Master of Reality“ (1971) – düster, zäh, beinahe sakral. Spätere Werke wie „Sabbath Bloody Sabbath“ (1973) oder „Sabotage“ (1975) zeigten eine Band, die zwischen mystischer Tiefe und innerer Zerrissenheit oszillierte.

#### Anklage gegen Institutionen

Die Mitglieder von Black Sabbath gelten zu Recht als Großväter des Heavy Metal – Musik als Ausdruck echten Schmerzes. Ihr Sound: düster, wuchtig, verstörend. Ihre Themen: Angst, Tod, Religion, Endzeit. Keine Pose, sondern der Versuch, innere Verwüstung hörbar zu machen. Es war kein Protest gegen Autoritäten, son-

dern ein unbewusster Kampf gegen das Trauma der Elterngeneration, gegen Kälte und Schweigen. Was Eltern und Kinder voneinander trennte, blieb namenlos – aber klang plötzlich laut.

Auch andere Rockbands jener Zeit spiegelten diese Zerrissenheit wider – verbunden mit einer Anklage gegen Institutionen, die als kalt und entleert empfunden wurden. Pink Floyd machten mit „Another Brick in the Wall“ (1979) die Schule zum Symbol eines Systems, das den Geist bricht. „We don't need no education“ (Wir brauchen keine Bildung) war eine Anklage gegen eine ziellose Pädagogik.

Gruppen wie The Doors, Led Zeppelin, The Who oder King Crimson thematisierten auf ihre Weise die Spannung zwischen Befreiung und Orientierungslosigkeit. Der Schmerz, die Suche, das Misstrauen gegenüber den Institutionen ver-

band viele. Normen galten plötzlich als Zwang, Hierarchien als Bedrohung, jede Ordnung als Verdacht. Doch statt Befreiung entstand ein Vakuum: Ohne transzendente Orientierung blieb das Trauma unberührt.

#### Der Schrei wurde zum Gebet

Was als kathartische Provokation begann, wurde zur kulturellen Entgrenzung – mit Spätfolgen, die wir heute in Identitätsverwirrung und normativer Auflösung erleben. Die gegenwärtige Verwirrung – sichtbar in Genderdebatten, Rollenauflösung, Sprachzensur und narzisstischer Selbstdarstellung – entspringt keinem echten Bedürfnis nach Vielfalt, sondern ist das Spätprodukt eines nicht geheilten kollektiven Traumas. Was einst als notwendiger Bruch mit psychischer Verdrängung begann, ist zur dauerhaften gesellschaftli-

chen Verunsicherung geworden – politisch nutzbar zur Spaltung, Kontrolle und Mobilisierung. Vielleicht erklärt genau das, warum heute so viele Menschen, die sich progressiv geben, auf jede autoritäre Versuchung anspringen – nur unter anderem Vorzeichen. Black Lives Matter, Gender-Ideologie, Regenbogenfahnen als Hoheitszeichen, die militante Antifa bis hin zur stillen Bewunderung für linke Diktaturen: All das erscheint wie Freiheit, ist jedoch oft nur Reflex – ein unbewusstes Sehnen nach Ordnung, das seine wahre Quelle verleugnet. Denn die natürliche, göttliche Ordnung gilt heute als überwunden. Wer ihre Sprache spricht, wird verächtlich gemacht.

Die Gegenwart sucht Freiheit und Ordnung zugleich – aber an der falschen Stelle: in Verboten, Sprachregeln, ritualisierter Empörung und künstlichen Zugehörigkeiten, die wie Ersatzreligionen wirken. Hier liegt der Tunnel, den Osbourne – ohne es zu wissen – mitgegraben hat: sein Spiel mit der Dunkelheit war ein lauter Versuch, das Unausgesprochene der Elterngeneration zu verarbeiten. Dabei ist leider einiges in die Brüche gegangen.

Doch der „Fürst der Finsternis“ genannte Osbourne war mehr als nur der schwarze Prophet seiner Generation. In späten Jahren brach seine Pose – und gab den Blick frei auf einen Mann, der den Schmerz angenommen hatte. „Changes“, sein Duett mit Tochter Kelly, wurde zur Umkehr: Der Schrei wurde zum Gebet. Der Lärm wich der Stille. Vielleicht ist das der Weg, den auch unsere Kultur gehen muss: weg vom Trotz, hin zur Demut, weg von der Pose, hin zur Wahrheit.

Die Leere ist heute sichtbar. Die Suche nach Halt verirrt sich in politischen Ersatzreligionen. Selbst autoritäre Systeme erscheinen plötzlich als Garanten von Ordnung – weil uns der Sinn fehlt.

Schaut in Ozzys Gesicht. Es erzählt von einer Generation, die das Trauma spürte, aber nicht heilen konnte. Ozzy ist kein Held. Er ist ein Opfer der Geschichte – und wir mit ihm. Der Westen wird erst wieder frei, wenn er das anerkennt – und Wahrheit wieder sprechen darf, statt sie mit Lärm zu übertönen.

Ruhe in Frieden, Ozzy!

## GREIFVÖGEL

## Der getreue Falke

Seit Jahrtausenden wird Falknerei betrieben – In Dormagen erinnert ein Museum an die Beizjagden mit den Vögeln

Weißer Tauben gelten gemeinhin als Friedensbringer. Daher lassen sie die Organisatoren bei großen Veranstaltungen bei Eröffnungs- oder Abschlussfeiern in den Himmel steigen.

Bei der Falknerei ist es genau umgekehrt. Dort werden Greifvögel und sogenannte Falkenartige wie Turm-, Baum- oder Wanderfalken für die Jagd auf freilebendes Wild genutzt. Der Falke tötet seine Beute mit einem Biss in das Genick oder den Hinterkopf. Die Habichtartigen wie etwa Bussarde, Habichte, Sperber oder Adler sind dagegen Griffötter – wenn sie zugreifen, wirken Kräfte wie in einer Schraubenzwinde.

Seit wann es die Falknerei gibt, ist nicht bekannt. In der Geschichtswissenschaft gilt es als wahrscheinlich, dass sie um das Jahr 3000 vor Christus herum in Mesopotamien und/oder der Mongolei entstanden ist. Mit Beginn des Christentums ist sie auch in Westeuropa belegt. Ihre Blütezeit erlebte sie im Mittelalter

unter Friedrich II. von Hohenstaufen bis zur Mitte des 13. Jahrhunderts. Mit der Erfindung der Feuerwaffen geht die Beizjagd in Europa fast völlig verloren.

Der Düsseldorfer Tiermaler Renz Weller gilt als der Vater der modernen Falknerei. Er leitete ihre Renaissance zu Beginn des 20. Jahrhunderts ein. Der „Orden

Deutscher Falkonieré Bund der Falkner und Greifvögel-Freunde“ wurde dann im Jahr 1959 gegründet. Der Erhalt des Kulturgutes Falknerei sowie der Natur- und Artenschutz bilden hier eine Einheit. Ein sichtbarer Erfolg dieser Arbeit ist, dass die UNESCO die Falknerei 2010 als immaterielles Kulturerbe der Menschheit anerkannte und in Deutschland in die Weltkulturerbeliste eintrug.

Wer die Falknerei einmal näher kennenlernen möchte, fährt nach Zons, einem Ortsteil des niederrheinischen Städtchens Dormagen. Dort gibt es das erste und bislang einzige Falknereimuseum in Deutschland. Es wird seit dem Jahre 2022 privat von Carsten Töwe betrieben. Als er neun Jahre alt war, fand Töwe einen geschwächten Turmfalken, päppelte ihn auf und konnte ihn wieder aussetzen. Dies war der Beginn einer lebenslangen Freundschaft. Denn in der Folgezeit wartete der Turmfalke nach der Schule immer wieder auf Töwe und bettelte um

Futter. Damit war der Grundstein für ein lebenslanges Hobby gelegt. In Dormagen konnte Töwe dann seinen Wunsch, ein Falknereimuseum zu gründen, in die Praxis umsetzen.

Die Stadt Dormagen stellte ihm den Kötschenturm und ein Nebengebäude am Rande des historischen Ortskerns zur Verfügung. Beide Gebäudeteile gehören zur alten Stadtmauer. Töwe richtete sie auf eigene Kosten zum Museum her und öffnet im Sommer die Türen für Besucher.

Auf den ersten Blick ist es ein kleines, überschaubares und schnuckeliges Museum. Lässt man sich auf das Thema ein, kommt man mit Töwe schnell ins Gespräch mit erfährt viele Anekdoten aus dem Falkner-Leben. *Andreas Rüdiger*

● Falknereimuseum Zons, Mauerstrasse 48 in Dormagen-Zons, geöffnet sonntags und sonntags von 12.30 bis 15 Uhr Eintritt: 4 Euro.

[www.falknereimuseum.de](http://www.falknereimuseum.de)



Ein gefundenes Fressen: Dieser Wüstenbussard bekommt eine Belohnung vom Falkner

## ● FÜR SIE GELESEN

## Die Kunst des Durchwurstelns

Bislang hat kein Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland mehr Schaden zugefügt als Angela Merkel, die von 2005 bis 2021 an der Spitze der Bundesregierung stand. Insofern ist es nur logisch und gerecht, dass immer wieder Bücher erscheinen, die sich kritisch mit der Persönlichkeit und dem Herrschaftsstil von Merkel befassen. Zu diesen Werken zählt auch „Merkelismus“ – geschrieben von dem Finanzfachmann Martin Heipertz, der unter anderem in der Europäischen Zentralbank, der Europäischen Investitionsbank und dem Bundesfinanzministerium tätig gewesen war.

Allerdings holt Heipertz nicht zum großen Rundumschlag aus, was insofern Sinn ergibt, als die Fehlleistungen von Merkel derart umfangreich ausfielen, dass ein einziges Buch darüber kaum ausreicht. Vielmehr konzentriert er sich auf die „alternativlose“ Euro-Rettungspolitik der Kanzlerin, in deren Verlauf – wie so oft bei Merkel – das „Durchwursteln“ zur Regierungskunst erhoben wurde. Dabei beschreibt der Merkel-Kritiker die taktischen Vorzüge von Merkels Kriseninterventionspolitik, denen eine Reihe schwerer strategischer Nachteile gegenüberstand. Zu den Letzteren gehört der Verlust an demokratischer Legitimität auf oberster Staatsebene. Denn auch die nachfolgenden Kanzler machten und machen Politik im Merkelschen Stil. *Wolfgang Kaufmann*



**Martin Heipertz:** „Merkelismus. Die hohe Kunst der flachen Politik“, Westend-Verlag, Neulenburg 2024, broschiert, 269 Seiten, 26 Euro

## Mord beim Jagdausflug

In einem Wald in Wendland wird ein erstochener Mann aufgefunden. Er hatte an einer großen Jagdgesellschaft teilgenommen. Kommissarin Clara Seidel muss feststellen, dass das Opfer mit entfesselter Wut getötet wurde. Der Fall ist äußerst schwierig, da sehr viele Personen involviert sind und keine Spuren am Opfer zu finden sind.

Seidel ist vor einigen Jahren von Hamburg ins Wendland gezogen, um ihrem gewalttätigen Mann zu entfliehen. Manchmal greift sie sehr zum Leidwesen ihrer 17-jährigen Tochter zur Flasche. Seidels Vorgesetzter sorgt zusätzlich für schlechte Stimmung. Zum Glück kann der junge Kollege Lars sie mit seinen flotten Sprüchen zum Lachen bringen.

Obwohl Sia Pionteks Roman „Der Wolf im dunklen Wald“ viele Parallelen zu anderen Krimis aufweist, ist er dank gelungener Wortspiele interessant zu lesen. Die Spannung baut sich allerdings erst am Ende auf. Dies ist der zweite Roman der Wendland-Reihe mit Kommissarin Clara Seidel. *Angela Selke*



**Sia Piontek:** „Der Wolf im dunklen Wald“, Goldmann Verlag, München 2025, Taschenbuch, 444 Seiten, 17 Euro

## RATGEBER DER WOCHE



## Etikette neu definiert

Welches Verhalten in der modernen Gesellschaft üblich ist, welche alte Traditionen erhalten geblieben sind, und wo die Fettnäpfchen stehen, erklärt Herbert Schwinghammer in „Der neue Taschen-KNIGGE“



**Gutes Benehmen** ist auch heutzutage wichtig, ob im beruflichen oder privaten Umfeld. Oft ist das Wissen um die Regeln über die richtige Umgangsform allerdings in Vergessenheit geraten. Dem wirkt Herbert

Schwinghammer mit seinem „Taschen-KNIGGE“ entgegen. Kurz und bündig führt er alles rund um das Benehmen in jeder Lebenslage auf. Man kann den Ratgeber als Buch lesen oder als Nachschlagewerk nutzen. *MRK*

**Herbert Schwinghammer:** „Der neue Taschen-KNIGGE. Gute Umgangsformen in jeder Lebenslage“, Mankau Verlag, Unterammergau, 6. Auflage 2025, Taschenbuch, 382Seiten, 12 Euro

## ZEITGESCHICHTE

## Verheißungen und Hoffnungen

Der Publizist wirft einen Blick auf die 1990er Jahre zurück, auf vertane Chancen und wie daraus Handlungen für die Zukunft entstehen könnten

VON DIRK KLOSE

In unserer schnelllebigen Zeit, in der eine Schreckensmeldung die andere jagt, geht das Gespür für geschichtliche Veränderungen schnell verloren. Kaum noch im Bewusstsein ist, welches Optimismus die Politik noch vor wenigen Jahrzehnten prägte: der Ost-West-Konflikt schien überwunden, Demokratie und Marktwirtschaft gesiegt zu haben. Die Charta von Paris vom November 1990 sollte eine Ära des Friedens einläuten.

Der Publizist Georg Diez blickt in seinem Buch „Kippunkte“ auf die Verheißungen und Hoffnungen der 1990er Jahre zurück und stellt die Frage, inwieweit der damalige Aufbruch nicht auch anleitend für die Gegenwart sein könne. Er rückt dabei sechs große Themen in den Mittelpunkt. Sein besonderer Blick geht dabei auf das gerade vereinte Deutschland, das, wie damals von vielen gefordert, gleichsam eine „Generalüberholung“ gleichermaßen in Ost und West verlangte, was aber an Helmut Kohls beharrlichem „Weiter so“ scheiterte. Indiz sind für den Autor besonders die drei vergeblichen Anläufe für eine Verfassungsreform.

Versäumnisse sieht Diez auch bei den Beziehungen zu Russland, das entgegen vieler Worte nicht als gleichberechtigter Partner angesehen wurde, wofür der Autor schroffe Meinungen vor allem aus der US-Regierung bringt und von vertanen Chancen spricht. Große Projekte, bedauert er, seien nicht mehr gewagt worden. Anregender noch ist die zweite Hälfte des

Buches, in welcher der Autor die rasante Globalisierung mit ihrer Dominanz des Marktes erzählt, dann die schier unglaubliche Erfolgsgeschichte der Mediengiganten Microsoft, Netscape und anderen, schließlich ein wegen vieler Fehlerurteile fast erschreckendes Kapitel zum „Klimawandel“. Sein Fazit: „Verbiegungen der Vernunft haben dazu geführt, dass so gut wie jedes Handeln mit einem Argument gegen das Handeln belegt wird.“

In Pessimismus will der Autor sein Buch allerdings nicht enden lassen. Die Apathie der derzeitigen Politik könne nicht bleiben. Heute gehe es darum, Ideen wie Freiheit, Gleichheit und Solidarität „auf der Folie der neunziger Jahre“ politisch neu zu definieren und für die Gegenwart nutzbar zu machen. Kippunkte, schreibt er, markierten den Übergang von einem Zustand in den anderen, und „anders als beim Klima sind sie in der Politik nicht unumkehrbar“. Folgt man ihm bei seinem Vorschlag, das Buch nicht als Geschichtswerk, sondern mehr als Gedankenübung zu verstehen, ist es in der Tat ein Appell, heutige Krisen nicht schicksalhaft hinzunehmen, sondern auf Verbesserungen hinzuarbeiten.



**Georg Diez:** „Kippunkte. Von den Versprechen der neunziger Jahre zu den Krisen der Gegenwart“, Aufbau Verlag, Berlin 2025, gebunden, 394 Seiten, 26 Euro

## AKTUELLER JOURNALISMUS

## Die Zeit ist reif für dieses Plädoyer

Endlich – möchte man rufen!  
Eine junge Stimme der konservativen Vernunft, und eine weibliche dazu!

VON JENS EICHLER

Julia Ruhs war stets überzeugt, ganz normale Meinungen zu vertreten – bis sie Journalistin wurde. Sie sprach sich als Volontärin in der ARD gegen das Gendern aus und warnte später in einem Kommentar der „Tagesthemen“ vor illegaler Einwanderung. Sachlich und mit Bedacht, zu Themen, die viele Menschen im Lande bewegen. Und viele teilten ihre Meinung. Die Reaktion war ein linker „Shitstorm“, leider Normalität heutzutage.

Politikjournalistin Julia Ruhs ist Reporterin beim Bayerischen Rundfunk sowie Kolumnistin für „Focus Online“. Ihr Buch „Links-grüne Meinungsmacht“ ist ihr Plädoyer für eine offene Debattenkultur, in der auch kritische und unbequeme Meinungen Gehör finden müssen. Sie hinterfragt, warum manche Meinungen laut und andere leise sind, warum Konservative im Journalismus Mangelware sind, weshalb sich Journalisten für besonders mutig halten, und dann trotzdem lieber mit dem Strom schwimmen.

Eine junge, weibliche Stimme der konservativen, oder besser gesagt der soliden, vernünftigen und heutzutage geradezu zur erfrischend spröden Normalität. Sie selbst sagt: „Es ist ein Buch über den Journalismus, über meinen Beruf. Es geht um beliebte und unbeliebte Meinungen. Um Konformismus. Und warum Journalisten für manche zum Feindbild geworden sind. Ich gehe der Frage nach: Was ist mit der Gesellschaft und unserem Mediensystem

los? Und auch: Was ist mit mir los? Warum kann ich so manche Medienschelte nur allzu gut verstehen? Warum werde ich beim Lesen von manchen Artikeln, beim Schauen von Fernsehbeiträgen innerlich regelrecht aggressiv? Dieses Buch ist keine akademische Abhandlung. Vor allem soll es nicht langweilen, nicht mühsam zu lesen sein. Deshalb nimmt es euch mit in meine persönliche Sicht, in meine eigenen Erfahrungen.“

Mit ihrem NDR-Format KLAR! ist ihr zugleich etwas gelungen, was der geneigte Rundfunkgebührenzahler gar nicht mehr zu hoffen gewagt hatte. Ein ausgewogenes, ehrliches, ideologiefreies Format, das einfach nur ehrlich und ohne böses Gift ist. Wie wohltuend. Und dennoch eigentlich traurig, dass man die Normalität so bejubeln muss.

Ihr erstes Buch über die „Links-grüne Meinungsmacht. Die Spaltung unseres Landes“, das am 18. August erscheint, wird hoffentlich nicht ihr letztes sein, weil es so erfrischend anders ist und dabei doch nur die Realität beschreibt, die man beim Lesen des Buches immer wieder entdeckt und sich dabei erwischt, wie man fast automatisch zustimmend nickt.



**Julia Ruhs** „Links-grüne Meinungsmacht. Die Spaltung unseres Landes“, LMV Verlag, München 2025, broschiert, 180 Seiten, 22 Euro

## ZEITZEUGEN BERICHTEN

## Flucht in letzter Sekunde

Ganz schnell raus aus dem ostpreussischen Wehlau, um dem Ansturm der Russen 1944 zu entgehen

VON GERHARD SYNOWZIK

Als vor 80 Jahren der Zweite Weltkrieg endete, hörte für Millionen Menschen das entsetzliche Leiden dennoch nicht auf oder fing sogar erst richtig an. Die *Preussische Allgemeine* veröffentlicht daher in diesem Jahr immer wieder sehr persönliche Berichte von Zeitzeugen, die furchtbare Schicksale erlitten und Unsagbares durchlebt haben. Es sind Geschichten, die berühren, die aufwühlen – und die vor allem deutlich machen, wie wichtig es ist, zu verzeihen, aber niemals zu vergessen. Einer der über 14 Millionen heimatvertriebenen Frauen und Männer ist der gebürtige Masure Gerhard Synowzik, der uns seinen selbst verfassten Bericht zuschickte und den wir hier, weitestgehend unbearbeitet, abdrucken:

**I**ch heiße Gerhard Synowzik und bin 1937 in Johannisburg geboren. Gebürtig bin ich also ein Masure. Mein Vater war Kraftfahrer bei der Finanzverwaltung. Er wurde nach Wehlau versetzt. Daher habe ich meine Kindheit überwiegend in Wehlau zugebracht und wurde dort auch eingeschult. Damals herrschten in der Schule andere Verhältnisse als in der heutigen Zeit, wo Schulen wegen Schülermangels geschlossen oder zusammengelegt werden müssen. Allein unser Jahrgang bestand aus vier Klassen: Jungens Klasse 1 A und 1 B. Mädchen Klasse 1 A und 1 B.

Im Jahre 1944, als die Front immer näher rückte, wurde aus unserer Volksschule ein Armeelazarett gemacht. Es gab dann noch eine Zeit lang Ersatzunterricht in der alten Schule, da diese ausgemustert war. Dann wurden die Verhältnisse aber so unübersichtlich, dass ich gar nicht mehr zur Schule gehen konnte.

Wir wohnten Neustadt 17, genau gegenüber vom Amtsgericht. Als die Allebrücke gesprengt wurde – es war um die Mittagszeit –, da zitterten bei uns plötzlich die Fensterscheiben, obwohl wir doch ziemlich weit von der Allebrücke entfernt wohnten. Das gegenüberliegende Amtsgericht war ein überaus großes Gebäude. Im Keller hatten die Feldjäger ihr Magazin eingerichtet. Meine Mutter hatte herausbekommen, dass diese Soldaten die letzte Etappentruppe waren. „Wenn die wegmachen, kommt sofort die Front“, hieß es. Es galt also, äußerst wachsam zu sein.

Im Sommer 1944 zogen bereits Flüchtlingstrucks durch unsere Stadt. Es hieß, sie kämen aus Litauen. Die Pregelwiesen waren voll von ausgewilderten Rindern. Und wir? Uns war die Flucht verboten. Wir konnten uns nicht einfach aus dem Staub machen. Wenn man auch nur den Wohnsitz wechseln wollte, brauchte man eine behördliche Genehmigung. Der Pa-



Das Amtsgerichtsgebäude, auf das Gerhard Synowzik von der elterlichen Wohnung aus blickte



Eine Luftaufnahme auf den Wehlauer Marktplatz mit seiner schönen Kirche um 1943

milie, die über uns wohnte, gelang es, eine solche Genehmigung zu erhalten. Dabei waren aber sowohl sie als auch wir auf diesem einen Dokument eingetragen. Man hatte wohl erwogen, zusammen zu flüchten. Das besagte Dokument befand sich allerdings in den Händen unserer Nachbarn.

Die Menschen aus dem benachbarten Schloßberg, die in diesen Zeiten nach Wehlau evakuiert worden waren, waren wohl vorzeitig losgezogen. Denn später erfuhr ich, dass der damals amtierende Landrat in Schloßberg eigenmächtig gehandelt hatte und sich nicht um die Behörden und deren Anordnungen scherte. Im Gegenteil: Er war der Meinung, dass er allein für die Schloßberger Einwohner verantwortlich war und schickte sie los in Sicherheit.

Die Lage spitzte sich inzwischen immer mehr zu. Auch meine Familie und ich trafen Vorbereitungen und packten unsere Sachen, die wir auf der bevorstehenden Flucht mitnehmen wollten. In der Küche stand eine riesige Kiste, die kaum transportabel war, so schwer war sie. Aber auch weitere Koffer und Pakete wurden zusätzlich gepackt.

#### Nur mit schriftlicher Genehmigung

Als die Russen dann im Januar 1945 ihre Winteroffensive begannen, wurde es wirklich brenzlich für uns. Am 21. oder 22. Januar fuhren vormittags Autos vor das Amtsgericht. Aus dem Magazin der Feldjäger wurden Sachen verladen. Mutter sah das durchs Fenster. Sofort wurden auch unsere fertig gepackten Gepäckstücke nach draußen gebracht. Ich wurde durchs Fenster gehoben. Mein kleiner Bruder war frisch operiert. Wir hatten ihn vorzeitig aus dem Krankenhaus geholt, um ihn überhaupt mitnehmen zu können. Vater war nicht da, er war im Krieg an der Front.

Wir kletterten in den Spritwagen mit den Benzinkanistern. Dabei konnten wir nur das mitnehmen, was wir in den Händen halten konnten. Die weiteren Koffer und Kartons, die wir ebenso mitnehmen wollten, blieben auf dem Bürgersteig zurück. Mit uns stiegen noch ein paar weitere Leute ein, die wohl im Amtsgericht gewohnt beziehungsweise ausgeharrt haben. Die Familie über uns, die ja die Genehmigung für die Abreise hatte, kam hingegen nicht.

Deshalb drohten uns nun erhebliche Probleme. Aber ein Adjutant zeigte sich gnädig und hilfsbereit und stellte uns für die geplante Flucht eine Art Ersatzbe-

scheinigung aus. Denn es war zu dieser Zeit enorm wichtig, etwas Schriftliches in der Hand zu haben, das man im Zweifelsfall vorweisen konnte.

Der Fluchtbeginn spielte sich hastig und hektisch binnen weniger Minuten ab. Es musste ja schnell gehen. Wir saßen nur wenige Augenblicke später im Spritwagen auf den geladenen Benzinkanistern und los ging es. Im Dach des Autos fehlte eine Dachlatte, sodass während der Fahrt der Schnee ständig in das Auto stürmte. In einer kurzen Pause haben Soldaten kurze Zeit später das offene Dach mit einer Zeltplane abgedichtet. Mich aber überfiel ein traumatischer Heimatschmerz. Pures Heimweh. Ich wollte nur eins: wieder zurück. Aber die Leute, die mit uns fuhren, sagten, du wirst deiner Mutter noch mal dankbar sein, dass sie dich hier rausgebracht hat. Mutter hatte also wieder mal recht. In der Tat ist uns sehr viel erspart geblieben, weil wir vor den heranströmenden Russen noch rechtzeitig rausgekommen sind.

Viele Jahre später auf einem Wehlauertreffen erzählte mir eine Frau, sie habe so schreckliche Dinge erlebt, dass sie darüber gar nicht reden kann und auch nicht reden möchte. Es muss fürchterlich gewesen sein, was sie durchgemacht hatte.

Unsere Fahrt ging weiter Richtung Königsberg. Vor Ostpreußens Hauptstadt bogen wir in südwestliche Richtung ab nach Marienburg. Da in der Nähe der Stadt lag ein Gehöft in der freien, offenen Landschaft. Dort wollten wir rasten und etwas ausruhen. Der Bauer des Gehöftes hatte uns ein Zimmer mit mehreren Bet-



Vom Bahnhof Wehlau aus fuhren die letzten Züge heraus, um vor den anstürmenden Russen zu flüchten

ten zur Verfügung gestellt, weil wir ja eine wirklich anstrengende Fahrt bisher hinter uns hatten.

#### Angst vor Sabotage

Ich erinnere mich noch genau: Als ich gerade im Bett lag und das Zudeck über mich zog, rief ein Soldat von unten im Hof: „Wir müssen sofort weiter!“ Die Bettruhe hatte also nur ein paar Sekunden gedauert. Doch was war geschehen? Der Russe war im Süden durchgebrochen und stieß auf Elbing vor. Und wir lagen genau im Angriffsbereich der Russen. Das war die von den Deutschen befürchtete Baltische Operation, die zur Abschnürung Ostpreußens führte. Deshalb befahl unser Kommandeur den sofortigen Aufbruch. Wir bekamen dann ein besseres Auto. Es war der Kettenwagen. Mitten im Wagen lag ein großer Berg von Eisenketten, wohl über einen Meter hoch. Außerdem war ein Kanonenofen im Wagen, sodass es angenehm warm war. Man legte Plänen auf die Ketten und ich lehnte mich an die Schräge des Haufens, um zu etwas schlafen.

Der Soldat, der im Wagen war, sagte: „Wir werden auf einen Güterzug verladen. Dann wird es rumpeln. Dann wirst du wach werden.“ Aber als ich wieder wach wurde, standen wir bereits auf dem Güterzug in der Bahnhofshalle von Marienburg. Ich guckte raus und sah Tausende von Menschen auf den Bahnsteigen stehen, die auf Evakuierungszüge warteten. Es hieß, unser Kommandeur wollte, dass so viele Menschen wie möglich auf unseren Güterzug mit aufsteigen sollten. Ich konnte aber nicht feststellen, ob und wie viele raufgeklettert sind.

#### Von den Russen zurückgetrieben

Als ich nach Jahrzehnten später eine Gruppe von Marienburgern auf einer Vertriebenenveranstaltung getroffen habe, sprachen wir genau darüber. Sie erzählten mir, dass sie gerade noch so eben in letzter Sekunde rausgekommen sind. Aber die Russen haben sie eingeholt – und wieder zurückgetrieben.

Schließlich setzte sich unser Güterzug in Bewegung, und wir fuhren im Schrittempo über die Brücke des Weichsel-Nogat-Deltas nach Dirschau. Man fuhr so langsam, weil man Angst vor Sabotage hatte. Wenn der Zug schnell fährt, kann er ja nicht rechtzeitig noch stoppen, wenn vor ihm die Brücke zerstört ist. Er würde in die Tiefe stürzen. Fährt der Zug aber langsam, hat er vielleicht noch eine Chance, rechtzeitig anhalten zu können.

Als ich Jahre später hörte, wie Bundespräsident Richard von Weizsäcker sagte, die Deutschen hätten viel mehr Sabotageakte durchführen müssen, da musste ich an unsere Flucht über das Weichsel-Nogat-Delta denken.

Als wir in Dirschau ankamen, meinten die Soldaten, dass wir es jetzt wohl tatsächlich geschafft hätten, den Russen zu entweichen. Kurz darauf stießen auch Soldaten aus anderen Frontabschnitten zu uns. Und Mutter fragte sie, wie es komme, dass alles zusammenbricht. Daraufhin sagte ein Soldat: „Alles Verrat! Alles Verrat!“ Es wurde sogar auch gemunkelt, dass manche Offiziere völlig unsinnige Befehle erteilt hätten.

Die Einheit der Feldjäger sollte ins Hinterland verlegt werden, um zu einer Kampftruppe umorganisiert zu werden. Wir fuhren mit den Soldaten noch bis Schneidemühl. Dort trennten wir uns von ihnen und fuhren dann privat mit dem Zug nach Küstrin. Als wir dort ankamen, war es schon Abend geworden. Eine völlig fremde Frau sprach uns auf dem Bahnhof an und sagte zu meiner Mutter: „Sie können bei mir übernachten. Ich helfe Ihnen. Vielleicht hilft mir dann auch jemand!“ So hatten wir für die Nacht eine Unterkunft.

Am nächsten Tag fuhren wir mit dem Zug nach Frankfurt (Oder), weil wir dort Verwandte hatten. Wir wollten dort abwarten, ob es doch noch gelingen würde, den Russen aufzuhalten. Als wir bei den Verwandten ankamen, hatte mein Onkel, der schwer sehbehindert war, gerade den Einberufungsbefehl für den Volkssturm erhalten. Er musste am nächsten Tag einrücken. Leider ist er verschollen. Wir haben nie mehr etwas von ihm gehört.

Wie lange wir uns in Frankfurt aufgehalten haben, daran kann ich mich heute nicht mehr genau erinnern. Schätzungsweise waren es vielleicht etwa zehn Tage. Da kam das Gerücht auf, die Russen hätten mit der Artillerie nach Frankfurt eingeschossen. Und das bedeutete neue Gefahr. Meine Tante wollte, dass wir dableiben sollten. Meine Mutter aber meinte: „Ich bin jetzt so weit vor den Russen geflüchtet, ich werde mich doch jetzt nicht noch von ihnen gefangen nehmen lassen!“

So fuhren wir mit der Straßenbahn zum Bahnhof und dann mit dem Zug Richtung Berlin. In einem Vorort der Hauptstadt mussten wir den Zug wegen Fliegeralarm ganz schnell verlassen und einen Bunker aufsuchen. Als wir später zum Zug zurückkamen, war das Gepäck, das wir zurücklassen mussten, aber immer noch da.

Von Berlin aus ging es dann mit der Eisenbahn immer weiter nach Westen. Bis wir schließlich endlich in Niedersachsen ankamen, wo wir endlich Aufnahme, Ruhe und etwas Frieden finden konnten.



Das letzte Hab und Gut auf einem Karren verstaut und dann nur noch das nackte Leben vor den Russen retten

## ● AUFGESCHNAPPT

Schleswig-Holsteins Wirtschaftsminister Claus Ruhe Madsen hat Grund zur Traurigkeit. Der wegen seiner besonnenen Art beliebte CDU-Politiker wollte keinen Hybridwagen mehr als Dienstfahrzeug: Bei seinem engen Terminkalender mit jährlich 80.000 Kilometern sei der zu umständlich. Also sollte es ein Audi S8 mit 571 PS sein. Als das öffentlich wurde, war der Aufschrei groß. Nun bekommt er doch den lahmen Hybrid. Madsens Pech: Die Bürger werden von der Politik emsig belehrt, „klimafreundliche“ Autos zu fahren. Aber Politiker selbst möchten fette Benziner nutzen? Schwierig, zumal sich Unternehmer, Vertreter oder Fernpendler fragen dürften, ob sich jene Politiker jemals mit ihren Alltagsproblemen auseinandergesetzt haben. Den Vogel der Doppelmoral hat die damalige NRW-Kultusministerin Sylvia Löhrmann abgeschossen. „Tichys Einblick“ erinnert daran, wie sich die Grüne in einem dicken Audi A8 zu einem Termin fahren ließ, um erst für die letzten Meter kameratauglich in ein „klimafreundliches“ Gefährt umzusteigen. H.H.



## ● STIMMEN ZUR ZEIT

Daniel Deckers beobachtet mit Sorge die Folgen der „personellen Auszehrung“ der SPD. In der „Frankfurter Allgemeinen“ (7. August) schreibt er:

„Die Sozialdemokratie, die einst die Kraft für die Agenda 2010 aufbrachte und noch im Kabinett Merkel/Müntefering eine zukunftsweisende Rentenreform auf den Weg brachte, gibt es nicht mehr. Heute ist die SPD nicht willens, sondern vielleicht auch nicht mehr fähig, einen Staat zu reformieren, der die Fundamente, auf denen er ruht, eigenhändig unterminiert.“

Gabor Steingart beleuchtet auf „Focus online“ (7. August) die Strahlkraft von Linkspartei-Chefin Heidi Reichinnek, die weit über die Grenzen ihrer eigenen Partei wirke:

„Wie einst der Rattenfänger von Hameln hat die rote Heidi die Flöte ausgepackt. Ihre Melodie, die von der Enteignung der Hausbesitzer und dem Tod des Kapitalismus erzählt, klingt süßlich ... Die Kinder der Sozialdemokratie rennen der Linken-Chefin Heidi Reichinnek schon hinterher. Dicht auf den Fersen folgen jene Bürgersöhne und -töchter, die ein Thesenpapier für die Tat, Arbeit für die Erfindung ihrer Eltern und Reichtum für eine Charakterchwäche halten.“

Volker Boehme-Neßler, Jura-Professor an der Uni Oldenburg, verurteilt bei „Nius.de“ (6. August) den Ausschluss des AfD-Kandidaten zur Oberbürgermeisterwahl in Ludwigshafen durch den örtlichen Wahlausschuss auf das Schärfste:

„Das ist ein echter Skandal, und es ist verfassungswidrig. Wo sind wir hier? Dass Kandidaten von Wahlen ausgeschlossen werden, kennen wir aus autoritären Staaten und Diktaturen ... In einer Demokratie entscheidet immer noch der Wähler. Ein Wahlausschuss, der unliebsame Kandidaten aussortiert, hat in einer Demokratie nichts, aber auch gar nichts verloren.“

In der „Berliner Zeitung“ (8. August) empfiehlt Katja Hoyer den Grünen, sich wieder ihrer Kernkompetenz zuzuwenden, um ihren Absturz in der Wählergunst zu revidieren, denn:

„Es sind nicht die Deutschen, die sich vom Umweltschutz abgewendet haben, sondern die Grünen, die das Thema bis zur Unkenntlichkeit verfremdet haben ... Die meisten Menschen in Deutschland befürworten Naturschutz – und bekommen dann eine grüne Partei angeboten, in der viele glauben, dass das Thema automatisch mit unbegrenzter Einwanderung und Gendersternen einhergehe.“

## ● WORT DER WOCHE

„Wenn Angela Merkel die beste Politikerin war, die die Grünen jemals hatten, so ist Friedrich Merz der beste Bundeskanzler, den die woken Sozialdemokraten jemals hatten.“

Klaus-Rüdiger Mai resümiert bei „Tichys Einblick“ am 11. August 100 Tage Kanzlerschaft von Friedrich Merz

## DER WOCHENRÜCKBLICK

## Wehe den Tapferen!

Wenn wahre „Kriegstüchtigkeit“ zum Verhängnis wird, und wie wir Wahlen noch zuverlässiger machen

VON HANS HECKEL

Deutschland müsse wieder „kriegstüchtig“ werden, hielt uns Verteidigungsminister Boris Pistorius noch zu Ampel-Zeiten eine knallharte Standpauke. Damit hatte der Sozialdemokrat einen wunden Punkt getroffen. Denn kaum noch jemand von uns Deutschen zeigt sich bereit, Leben und Gesundheit im bewaffneten Kampf für Freiheit und Demokratie unseres Vaterlandes zu riskieren.

Bleiben wir aber nachsichtig: Die ange-mahnte „Tüchtigkeit“ aufzubringen ist ja beileibe nicht einfach. Dafür braucht es gravierende Motive. Niemand wirft sich in die lebensgefährliche Schlacht, um die deutsche Flaschenpfandverordnung oder das Bundesbaugesetz mit der Waffe zu verteidigen. Dafür müssten die Leute etwas viel Wertvolleres erkennen, beispielsweise „eine Sache, die größer ist als sie selbst, die Heimat, den Fortbestand ihrer Kultur, eine gerechte Ordnung, die Abwehr einer Weltgefahr“. Erst solche hehren Beweggründe gebären die „Geschichte großer Männer und Frauen, die tun, was getan werden muss, weil sie ihren Werten und damit sich selbst treu bleiben wollen“.

Menschen dieses Schlages muss Pistorius im Kopf gehabt haben, als er „Kriegstüchtigkeit“ von den Deutschen eingefordert hat. Und ganz gewiss wird der Minister solche Mutigen mit Dank und Anerkennung überschütten, gemeinsam mit seiner ganzen Partei. Schließlich sind sie es, die er sich herbeisehnt, und die uns allen zum Vorbild gereichen sollen. Oder?

Ganz im Gegenteil: Offensichtlich machen sich solche „Männer und Frauen“ eher verdächtig, dass sie gerade wegen ihres Idealismus „möglicherweise nicht die Voraussetzungen der Verfassungstreue“ erfüllen. Die beiden Zitate oben stammen aus der Feder des AfD-Politikers Joachim Paul und wurden vom Verfassungsschutz des rheinland-pfälzischen Innenministers Michael Ebling zum Anlass genommen, an der Verfassungstreue von Paul Zweifel anzumelden. Das nahm der Wahlausschuss der Stadt Ludwigshafen zum Anlass, Paul aus der Kandidatenliste für die Bürgermeisterwahl am 21. September zu kugeln. Der gesperrte Kandidat hatte das erste Zitat als Kommentar zum Epos „Herr der Ringe“ verfasst und das zweite zur Neufilmung der Nibelungensage. Minister Ebling ist übrigens Parteigenosse von Boris Pistorius.

us. Vom Verteidigungsminister haben wir leider nichts gehört zu dem Ludwigshafener Vorgang. Das wäre doch ein guter Anlass für ihn gewesen, uns zu erklären, wie er denn nun zur „Kriegstüchtigkeit“ gelangen will.

Doch mit der Flaschenpfandverordnung? Natürlich nicht, das ist jetzt polemisch. Aber die Verteidigung der Demokratie fällt auch nicht leichter, wenn ein Gremium der bislang Herrschenden aussichtsreiche Kandidaten der Opposition einfach von der Wahlliste streicht. Diese Praxis kennen wir nämlich von scheidemokratischen Despoten wie im Iran. Und wenn ein deutscher Soldat an der Front zudem fürchten muss, dass er für die idealistische Triebfeder seines Mutes daheim vom Geheimdienst diffamiert und daraufhin in seinen demokratischen Rechten beschnitten wird, was soll er dann denken?

Es hat den Anschein, als attackierten linke Politiker ihr Volk von zwei Seiten gleichzeitig: Erst fordern sie Tapferkeit, dann wollen sie die Tapferen bestrafen für die unverzichtbaren Wurzeln ihres Opfermutes. Was für ein Kuddelmuddel. Woher kommt es, dass Linke so hektisch um sich schlagen und sich dabei in derartigen Widersprüchen verheddern?

## Sie haben sogar geredet!

Nun, wer die Entwicklung der vergangenen Jahre betrachtet, der wird dem Grund schnell näherkommen. Blättern Sie mal in älteren Umfragezahlen: In den 2000er Jahren sehen Sie da eine (zum Teil deutliche) Mehrheit für SPD, Grüne und Linkspartei. Heute landen die drei Formationen zusammen noch auf 35 bis 38 Prozent.

Dem gegenüber erreichen Union, AfD und FDP zusammen um die 55 Prozent. Wer ganz platt nur in „links der Mitte“ und „rechts davon“ unterscheidet, sieht also eine satte Mehrheit auf der Rechten – die Wähler des BSW lassen sich hier kaum gesichert zuordnen. Heißt: Demokratische Mehrheiten für eine linke Politik sind in Deutschland weit und breit nicht in Sicht. Diese Wahrheit wird nur noch verdeckt von der Brandmauer, an die sich die Union genagelt hat und die sie zu ständigem Nachgeben gegenüber dem linken Schrumpflager zwingt.

Um die Bedeutung dieses Bauwerks wissend wird die Mauer mit einem zittrigen Argwohn bewacht, der jederzeit in hysterische Ausbrüche münden kann. Da ist die CDU-Bundestagsabgeordnete Saskia Ludwig bei einer Tagung von Konservativen in der unga-

rischen Provinz AfD-Chefin Alice Weidel begegnet und hat dabei nicht nur deren Hand geschüttelt, sondern sogar ein paar Worte zu wechseln gewagt. Großalarm bei den Mauerwächtern! Auch Viktor Orbán und der US-Tech-Milliardär Peter Thiel sollen da irgendwo gewesen sein. Weltverschwörung!

Erschreckend fürs linke Lager ist nicht allein, dass es die Mehrheit im Volk verloren hat. Auch scheinen immer weniger Normaldeutsche Angst davor zu spüren, Meinungen zu äußern oder Wörter zu benutzen, welche ihnen linke Tonangeber längst aberzogen haben wollen. Ein beunruhigendes Beispiel dieser bürgerlichen Aufsässigkeit hat der Bürgermeister von Hiddensee, Thomas Gens, abgeliefert.

Der hat in seiner 900-Einwohner-Gemeinde ein „Indianerfest“ veranstaltet. Und das nicht etwa, weil er übersehen hätte, dass Linke das Wort „Indianer“ auf den antikolonialistischen Index gesetzt haben. Viel schlimmer: Gens wollte mit dem Etikett absichtlich ein Zeichen gegen die „Sprachpolizei“ setzen. Unlängst hatte eine Rostocker Kita ihr „Indianerfest“ abgesagt, weil sich Eltern über die Bezeichnung beschwert haben sollen. Da wollte Gens etwas dagegensetzen. Bei Livemusik, Schatzsuche und dem Bemalen von Tipis soll das Fest gut besucht gewesen sein.

So kannten wir das bis vor Kurzem noch nicht. Da hatten solche Namen wie „Indianerfest“ nur aus Unvorsichtigkeit überlebt und wurden umgehend geändert, wenn von links ein Lüftlein des Unmuts wehte. Das funktioniert offenbar nicht mehr so leicht.

Daher ist es nur zu verständlich, dass die Linksrünen auf das widerborstige Volk nicht mehr gut zu sprechen sind und nach Wegen suchen, „unsere (also ihre) Demokratie“ vom Volkswillen abzuschirmen. Die Säuberung der Kandidatenliste in Ludwigshafen bietet hier einen erfolgversprechenden Weg. Man könnte das Verfahren aber noch optimieren: Wir wäre es, wenn die Kandidaten nicht mehr demokratisch von den Parteien aufgestellt, sondern gleich von einem Gremium aus zertifizierten „Demokraten“ zentral bestimmt würden? Die wären dann automatisch gewählt, wenn die Bürger die Wahlzettel nur noch falten und einwerfen. Wenn doch einer die Wahlkabine aufsucht, könnte er zwar die ganze Liste oder einzelne Kandidaten durchstreichen. Aber von dem Kerl hätten wir immerhin den Namen.



Alle Beiträge von Hans Heckel finden Sie auch auf unserer Webseite unter [www.paz.de](http://www.paz.de)